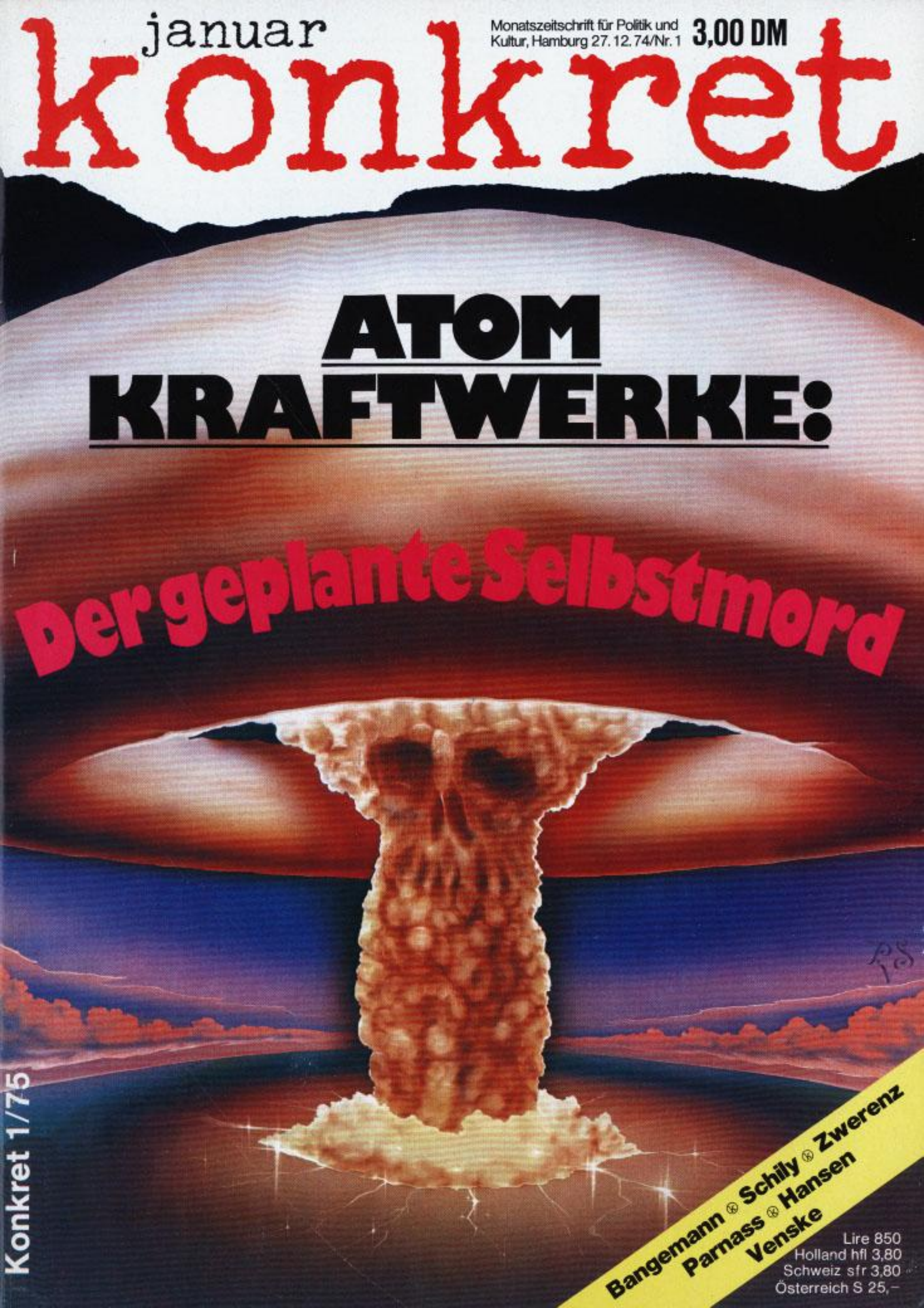
januar

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 27.12.74/Nr. 1 3,00 DM

ATOM KRAFTWERKE:

Der geplante Selbstmord

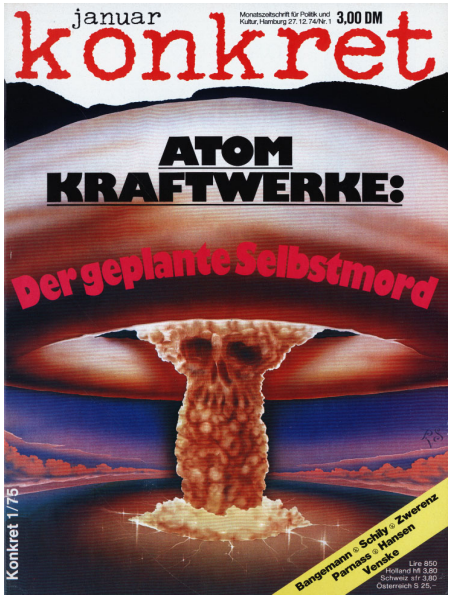


Bangemann ⊛ Schily ⊛ Zwerenz
Parnass ⊛ Hansen
Venske

Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

Konkret 1/75

in konkret Januar 1975



konkret intern

Und morgen mit der CDU? von Martin Bangemann
KONKRET-Interview mit FDP-Generalsekretär Bangemann:

Wo ist die Mitte? von Alexander von Hoffmann
Die CDU/CSU ist - nach eigenen Angaben - die Partei der Mitte, die FDP ist die Partei der progressiven Mitte und die SPD will die Partei der linken oder der neuen Mitte sein. Wem nutzt das dumme Schlagwort?

Klein-Chicago von Karl-Heinz Hansen

Staat ohne Recht? von Ulrich Sonnemann, Ingeborg Drewitz, Elisabeth Endres, Günter Grass, Gert Kalow, Marie Marks, Heinrich Vormweg
Sieben Autoren fordern: Keine Solidarität mit dieser Justiz

Biedenkohl von Hans Meierott

Eher eine Art Schau-Prozeß von Otto Schily
KONKRET-Interview mit dem RAF-Anwalt Otto Schily

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Atomkraftwerke - der geplante Selbstmord von Holger Strohm

Volle Kassen - hoch die Tassen von Carl L. Guggomos
Über die Schwierigkeiten des Bonner Verteidigungsministeriums beim Ausgeben überflüssiger Mittel

Waffen-SS im Fernsehen - oder die nützlichen Idioten von Winfried Thomsen

Von Miesmachern und Verfassungsfeinden von Horst Heidtmann

Der radikale Papst von Klaus Dede
Political Fiction: Berufsverbot für Coelestin XXIII.? Sein katholischer Glaube verbietet ihm, allzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen*

von Henning Venske
Henning Venske schreibt über Unterhaltungsmusik im Fernsehen -oder: die abenteuerliche Karriere des Alois Punzenschlecker

Halbzeit von Hermann L. Gremliza

Nulpen aus Amsterdam von Gustav-Adolf Wünsche
Gustav-Adolf Wünsche war mit Beate Uhse unterwegs

Italiens rechte Putschisten von Gisela Wenzel

Der Junggeselle von Gerhard Zwerenz

Contra Nostalgie von Hans Haustein

Berufsziel: Leberkrebs von Karen Andresen

PVC ist einer der meistgebrauchten Kunststoffe. Doch die Arbeiter, die PVC herstellen, ruinieren ihre Gesundheit. Die Industrie weiß das - und läßt weiterproduzieren

Dr. med. christ. von Regina Busch

Als „Bild“ laufen lernte von Michael Conrad

Filme im Januar

Bruno S. von Peggy Parnass

Scheiß alleino von Ulrich Maske

Wurm im Krautrock von Rüdiger Bloemeke

Platten im Januar

nananana... von Günter Ehnert

Kennen Sie einen deutschen Schlagersänger, der mit „Dr" anfängt und mit „ews" endet? Selbst wenn Sie wissen, wer Jürgen Drews ist: Können Sie sich einen Jürgen-Drews-Fan vorstellen, oder einen Jürgen -Drews-Fan-Club? Es gibt Dutzende von diesen und Tausende von jenen. Eine Subkultur ohne Hasch und Rockerketten durchzieht das Land, friedlich, freundlich, frömmlich, dümmlich - ein Glanzprodukt der Bewußtseinsindustrie. Günter Ehnert hat eine Jürgen -Drews-Fan-Hauptclub-Leiterin besucht:

Post

Radikalauer

Konkret 01/75, S. 2

konkret intern

"Heidi Wieczorek ist nicht Bundesvorsitzender der IG Chemie, sondern Bundesvorsitzende der Jungsozialisten", hieß es in einem Leserbrief. Das war - leider - nicht der einzige Druckfehler auf Seite 2 von KONKRET 3/'19'74. Da stand nämlich auch, daß auf die Schmidt-Umfrage drei Sozialdemokraten geantwortet hätten, von denen sich die Partei vor Jahren getrennt habe. Dieser Druckfehler brachte, da nur zwei ehemalige SPDler (Degenhardt und Abendroth) dabei waren, die drei treuen SPD-Mitglieder Heidemarie Wieczorek-Zeul, Wolfgang Roth und Karl Hauenschild in Verdacht. Richtig mußte der Vorspann natürlich lauten: Drei Sozialdemokraten und zwei Sozialisten, von denen sich die Partei vor Jahren getrennt hat.

Daß solche Pannen auch dort passieren, wo Dutzende von Redakteuren und Korrektoren über den Seiten sitzen, ist ein schwacher Trost, aber immerhin. So zitierte der "Stern" jüngst den neuen Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose mit dem Bekenntnis: "Ich habe Angst vor dem Klima der Aufrichtigkeit." Ohne Un-. Einen noch schöneren Fehler praktizierten pfiffige Setzer in den Leitartikel "Absage an das Abenteuer" des "Welt"-Kommentators Dieter Cycon (ohne 1): "Was sie (die Griechen) wahrscheinlich vor allem wollen, sind Ruhe und maßvoller Fortschritt. Was sie nicht wollen, sind neue Arbeiter." Sollte heißen: Abenteuer. Doch das richtige Wort hätte den Sinn der Sache nicht halb so gut getroffen wie der Druckfehler.

KONKRET wird sich bemühen, in Zukunft nur noch Druckfehler dieser bewußtseinserweiternden Qualität zu fabrizieren. Wie angekündigt, hat KONKRET diesmal 64 Seiten, ist geheftet und kann deshalb nun auch in Bus, Bahn und Bad gelesen werden. Die in den letzten Wochen überraschend stark gestiegene Zahl von Lesern, denen das geklappte Format besser gefiel, bitten wir um Verständnis: Sie blieben, trotzdem, die Minderheit.

Konkret 01/75, S. 4

Martin Bangemann

Und morgen mit der CDU?

KONKRET-Interview mit FDP-Generalsekretär Bangemann:

KONKRET: Herr Bangemann, nach einer Zeit relativer Stabilität beginnt Ihre Partei wieder zu schwanken. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Friderichs hält eine Koalition mit der CDU für denkbar. Frau Hamm-Brücher meint, die FDP müsse auch mal mit der Union zusammengehen, um ihre Eigenständigkeit zu beweisen. Der saarländische FDP-Vize Feling wollte mit der CDU koalieren. Der FDP-Landeschef Riemer will „auch anders können" als mit der SPD. Josef Ertl spricht in Bayern von SPD-Leuten, mit denen eine Koalition fast unmöglich sei. Fraktionsvorsitzender Mischnick hält eine CDU/FDP-Koalition für denkbar in Zukunft. Ein solch massiertes Ansprechen einer möglichen CDU/FDP-Koalition hat man eigentlich seit Mendes Ende in der FDP nicht mehr gehört. Wie kommt das?

BANGEMANN: Das kommt davon, daß Journalisten ständig die Koalitionsfrage stellen. Wir hätten von uns aus das Thema nicht so häufig angesprochen. Es ist auch relativ einfach abzuhandeln, und in einem Teil dieser Äußerungen steckt der Grundsatz auch drin: Der Grundsatz nämlich, daß man nicht sagen kann, daß eine demokratische Partei völlig aus der Frage der Regierungsbildung ausscheiden muß. Eine ganz andere Frage ist die nach den konkreten Möglichkeiten einer solchen Koalition. Das kann man eben nicht prinzipiell und allgemein beantworten, da muß man schauen, was in den einzelnen Ländern geht und was nicht geht. Dabei gibt es allerdings nun auch wieder einen Grundsatz: Es gibt keinen Zwang, parallel zu einer Koalition im Bund alle anderen Länderkoalitionen Inder gleichen Weise zu gestalten. Die Entscheidung muß konkret vor dem Hintergrund der landespolitischen Situation fallen. Die Überlegungen sind in einigen Ländern schon abgeschlossen -Schleswig-Holstein hat ja schon eine Aussage zugunsten der SPD gemacht und in Rheinland-Pfalz wirds am 11. Januar beschlossen. Im Saarland ist noch nicht offiziell beschlossen, aber Sie wissen ja, daß Herr Feling, der sich für eine CDU-Koalition eingesetzt hat, nicht einmal mehr in den Landesvorstand gewählt worden ist. In Nordrhein-Westfalen entwickeln sich die Dinge wohl auch so, daß unter ganz bestimmten sachlichen Voraussetzungen die Koalition mit der SPD fortgesetzt wird.

KONKRET: Gut, aber die FDP denkt über Koalitionen mit der CDU nach den Wahlen in zwei Ländern nach, wo ja nun nicht gerade der liberale Flügel der - wie Sie sagten - zweiten großen demokratischen Partei das Sagen hat.

BANGEMANN: Sicher, das ist für uns keine einfache Situation. Ich will Bayern ausklammern, weil in Bayern solche Überlegungen nach dem Wahlergebnis müßig sind. Das Beispiel Hessen ist signifikanter, weil wir in Hessen aus einer sozial-liberalen Koalition heraus in den Wahlkampf gegangen sind. Und was wir festgestellt haben, ist schlicht folgendes: Die SPD kann Unsinn machen, ihre Wähler wählen sie trotzdem. Die FDP macht, ich will nicht behaupten: hervorragende Politik, aber jedenfalls Politik, die die Wähler akzeptieren. Trotzdem werden wir für die Fehler der SPD geprügelt. Das ist ja wohl kein besonders befriedigender Zustand. Deswegen haben wir überlegt, was man machen kann, um die politische Verantwortung deutlicher zu machen. Nehmen wir das Beispiel der Rahmenrichtlinien. Da hat sich gezeigt, daß in solchen Fragen zwischen Liberalismus und Sozialismus die gleichen tiefen Konflikte entstehen können wie zwischen Liberalismus und Konservatismus. Zweifellos ist der Herr Dregger eine konservative Figur, und zweifellos jubelt bei der hessischen FDP kein Mensch, wenn der Name Dregger fällt. Aber wir haben eben festgestellt, daß es auch Probleme gibt zwischen Sozialisten und Liberalen in der Regierung. Wenn die SPD bereit ist, aus solchen Fehlern zu lernen und daraus die Konsequenzen zu ziehen, dann kann man auch sozial-liberale Koalitionen festsetzen. Ist sie dazu nicht bereit, kommen wir in das Dilemma, daß wir um einer vordergründigen Fortschrittlichkeit willen, die man einer sozial-liberalen Koalition zuschreibt, in Wahrheit etwas tun, was nach unseren eigenen Maßstäben rückschrittlich ist. Ich halte nichts davon, daß man einem vordergründigen Fortschrittsideal huldigt.

KONKRET: Erstens: Sie sagten, die liberale Position sei von der sozialistischen gleich weit entfernt wie von der konservativen. Zweitens: Die FDP kann nur mitregieren, wenn sie mit einer dieser beiden Positionen eine Koalition eingeht. Und drittens will ihre Partei dann auch noch mehr Eigenständigkeit zeigen. Wie macht man das?

BANGEMANN: Das ist eine Frage, die nicht nur in Hessen, sondern auch in allen anderen Ländern auftaucht. Da gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten: Einmal gibt es eine weitgehende Übereinstimmung in Sachen, die man gemeinsam angehen kann, ohne daß man dabei in eine ideologisch fixierte Position geraten muß. Nehmen wir das Beispiel der Ostpolitik. Hier

gab es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der SPD und FDP.

KONKRET: Das ist aber ganz bezeichnend, daß Sie hier ausgerechnet auf einen Punkt kommen, der im wesentlichen über'm Berg ist . . .

BANGEMANN: Das halte ich für eine ganz populäre Fehleinschätzung der Ostpolitik. Ich bin der Meinung, daß diese Politik noch nicht über dem Berg ist, daß sogar die eigentlichen Schwierigkeiten sich erst jetzt deutlich zeigen und daß es aus diesem Grunde ganz nützlich wäre, man könnte die sozial-liberale Koalition fortsetzen. Ich bin ein entschiedener Anhänger eben dieses Aspektes der sozial-liberalen Koalition auch heute. Und das ist ein Bereich, in dem es keine ideologisch fixierte Position, sondern von der Sache her gemeinsam akzeptierte Positionen gibt. Das ist die Basis für eine solche Koalition. Die andere Möglichkeit ist, daß wir in den Personen eine Übereinstimmung haben, die vielleicht die eine oder andere ideologische Differenz überbrücken kann. Solche Brücken waren zweifellos zu Brandt vorhanden und sind natürlich auch noch zu anderen Leuten in der SPD vorhanden, leider nicht mehr so ausgeprägt. Insofern gibt es auch von daher eine Schwierigkeit, die man überwinden kann, aber die man sehen muß.

KONKRET: Woran liegt das? Ist Helmut Schmidt etwa mehr an sozialistische Grundpositionen gebunden als Willy Brandt oder spielt sich das alles nur im Naturell der beiden Herrn ab?

BANGEMANN: Ich habe an Fragen gedacht, die ideologisch nicht fixiert sind. Nehmen wir einen Bereich der Innenpolitik: der auch sehr umstritten ist in der letzten Zeit: Belebung der Konjunktur, also Wirtschaftspolitik, Stabilitätspolitik, Konjunkturpolitik. Hier gibt es sicher bei Schmidt und auch bei Apel so wenig ideologisch fixiertes wie bei Brandt, vielleicht noch weniger. Es sind Sachprobleme, die man durch Diskussion lösen kann. Bei Brandt hatte man das Gefühl, daß man vernünftig miteinander umgehen kann, daß man einfach auch im Ton so miteinander umgeht, wie man das in einer Koalition eigentlich tun sollte. Das hat sich doch etwas geändert. Und ich bedaure das. Ich hoffe, daß sich das wieder zu einem besseren Zustand wird ändern lassen, aber es wäre ja unklug und auch gar nicht politisch verantwortbar, wenn man davor die Augen verschließen würde. Das sind die Schwierigkeiten, mit denen wir es jetzt im Augenblick zu tun haben in dieser Koalition.

KONKRET: Was müßte denn aus der Sicht der FDP diese Koalition bis 1976 noch hinter sich bringen?

BANGEMANN: Ich bin der Meinung, wir sollten auf jeden Fall die Mitbestimmungsfrage lösen. Wir sollten auch die Reform der beruflichen Bildung und des Hochschulrahmengesetzes noch zustande bringen, um mal die wichtigsten großen Gesetzesvorhaben zu nennen.

KONKRET: Bleiben wir gleich bei der Mitbestimmung: Wenn da wirklich noch was zustande kommen soll, wird von SPD wie FDP das äußerste an Kompromißbereitschaft verlangt. Das führt dann dazu, daß sich die SPD damit ihren Wählern nicht gerade stolz präsentieren kann. Denn bei allen Fragen, an denen die Industrie interessiert ist, macht sich die FDP für die Interessen ihrer Klientel stark. Für die SPD bleibt da an manchen Gesetzen - wie bei der Mitbestimmung- nur noch der Name.

BANGEMANN: Ich bestreite, daß die SPD mit der jetzt ausgehandelten Mitbestimmungsregelung vor ihren Wählern das Gesicht verlieren würde. DENN DIE Wähler der SPD sind ja nicht alle Gewerkschaftsmitglieder. Was die Gewerkschaften fordern - Besetzung eines Teils des Aufsichtsrats durch externe Gewerkschafter ohne Wahl - hat einfach mit Demokratie nichts zu tun. Das würde bedeuten, daß Herr Klunker als Aufsichtsrat der Lufthansa schlicht nicht mehr abgewählt werden kann.

KONKRET: Das mit der Demokratie wäre ein Argument, wenn der ganze Aufsichtsrat von der Belegschaft gewählt würde.

BANGEMANN: Das ist falsch, denn wir gehen ja alle - auch die Gewerkschaften - vom Grundsatz der Parität aus. Aber ich verstehe die gewerkschaftliche Position manchmal nicht mehr. Da ist zum Beispiel die Theorie der Gegenmacht-Position. Von einem liberalen Standpunkt aus gibt es eben nicht die Möglichkeit, eine Machtposition dadurch zu beseitigen, daß man in diese Position schlicht andere Leute einmarschieren läßt.

KONKRET: Macht läßt sich nur kontrollieren oder überwinden, indem man eine andere Macht dagegensetzt. Wer das nicht will, kann der bereits herrschenden Macht nichts anhaben. Und die Qualität von Macht bestimmt sich doch danach, in wessen Interesse sie ausgeübt wird.

BANGEMANN: Nein. Wenn Sie meinen, daß Macht, die im Interesse der Mehrheit ausgeübt wird, qualitativ gute Macht ist, dann negieren Sie Grundsätze der Demokratie.

KONKRET: Bleiben wir bei der Mitbestimmung: Sie können doch nicht davon ausgehen, daß die wichtigen Entscheidungen der Kapital-Seite innerhalb der Betriebe fallen. Fast überall wird auf Verbandsebene oder in Frühstückskartellen Betriebspolitik gemacht.

BANGEMANN: Das bestreite ich gar nicht, aber wir wollen das ja ändern. Im übrigen verlangen wir gar nicht, daß keine von außen kommenden Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsrat kommen. Wir wollen nur, daß sie sich durch Wahl der Belegschaft legitimieren.

KONKRET: Sicher ist doch, daß dieses Verfahren die Seite „Arbeit" aufteilt und sie dadurch gegenüber dem geschlossenen Block „Kapital" von vornherein in Nachteil bringt. Das wird noch deutlicher bei der weiteren FDP-Forderung, für die leitenden Angestellten eine Minderheiten-Schutzregelung einzubauen. Da könnte dann endgültig keine einheitliche „Arbeit"-Partei mehr auftreten.

BANGEMANN: Es ist nicht so, daß auf der Seite des Kapitals eine einheitliche Front da wäre. Es gibt auch unterschiedliche Interessen von Klein- und Großaktionären, von Banken und so weiter . . .

KONKRET: Sie tun so, Herr Bangemann, als sei Ihre Stellung zur Mitbestimmung durch nichts als sachliche, technische oder demokratie-theoretische Erkenntnisse bestimmt. Von Interessen reden Sie und Ihre Partei gar nicht.

BANGEMANN: Das ist die Stärke, zugleich aber auch das Dilemma der Liberalen. Sicher gibt es Interessen, die sich soziologisch auch unter dem Merkmal Arbeitgeber und Arbeitnehmer lokalisieren lassen. Da sagen nun die Sozialisten es gibt *ein* Interesse unter den vielen Interessen, das ist fortschrittlich, human und demokratisch . . .

KONKRET: Das objektive Interesse von achtzig Prozent der Bevölkerung.

BANGEMANN: Ja, beispielsweise, und die große Zahl soll dafür sprechen, daß dieses Interesse demokratischer ist. Das halte ich für falsch, und zwar deswegen, weil beide Interessen - das des Faktors Arbeit und das des Faktors Kapital - objektive Interessen sind. Man kann doch nicht sagen, daß der Einsatz von Kapital gegen das Interesse der Lohnabhängigen sei, denn letzten Endes müssen die Lohnabhängigen ja mit diesem Kapital arbeiten.

KONKRET: Es kommt nur darauf an, wer über das angesammelte Kapital verfügt.

BANGEMANN: Okay. Aber nun gibt es ja auch ein objektives Interesse derer, die das Kapital zur Verfügung stellen.

KONKRET: Nun tun Sie immer noch so, als ob die FDP gar keine spezifischen Interessen vertritt, sondern sozusagen nur den überlegenen Sachverstand.

BANGEMANN: Es gibt zweifellos FDP-Wähler im weiten Bereich der leitenden Angestellten, die davon angetan sind, daß wir sie deshalb in die Mitbestimmungs-Diskussion einbezogen haben. Die haben möglicherweise FDP gewählt, weil sie sagen: Da ist eine Partei, die kümmert sich um uns. Das ist dann auch richtig, aber es wäre falsch zu sagen, die FDP kümmert sich um die leitenden Angestellten, *weil sie* deren Stimmen will. Daß wir mit unserer Position zur Mitbestimmung ein gleichlaufendes Interesse der leitenden' Angestellten berührt haben, ist uns nicht unangenehm. Es ist aber nicht beabsichtigt und auch nicht das Motiv unseres Handelns.

KONKRET: Da haben Sie aber Glück gehabt.

BANGEMANN: Nein, das ist das Problem einer liberalen Partei, die sich gerade nicht als Interessenpartei versteht. Sie muß andererseits gewählt werden und deshalb auch mal sehen, daß etwas, was sie vorschlägt, gleichlaufend mit den Interessen ihrer Wähler ist.

KONKRET: Es gibt nun - wenn die Mitbestimmung durch ist- eigentlich keine große Regierungsaufgabe mehr, die FDP und SPD zusammen erfüllen können - es sei denn, die Aufgabe, die CDU/CSU von der Macht fernzuhalten.

BANGEMANN: Wenn wir keine gemeinsamen Aufgaben in der Koalition mehr haben, dann ist die Koalition am Ende. Das ist ganz klar. Aber es ist noch nicht soweit.

KONKRET: Zu regieren gibt es dann immer noch was: Die Konjunktur will gesteuert sein . . .

BANGEMANN: Das wäre nicht ausreichend.

KONKRET: Was könnte nach Ihrer Vorstellung die FDP denn an neuen Aufgaben in einer Koalition mit der CDU/CSU verwirklichen?

BANGEMANN: Im Augenblick kann ich mir das nicht vorstellen, weil die CDU/CSU in ihrem derzeitigen Zustand weiß Gott keinen Anlaß bietet, darüber nachzudenken, ob es Aufgaben gäbe, die man zusammen mit ihr besser lösen könnte. Sie hat in der Ost- und Deutschlandpolitik völlig versagt, sie hat sogar beim UNO-Beitritt gemauert und darüber ihren Fraktionsvorsitzenden gestürzt, und es war ein guter Fraktionsvorsitzender, den sie da gestürzt hat. Er hatte Mut, wir haben den Herrn Barzel vielleicht doch zu schlecht beurteilt. Er ist ein Politiker von Format. Aber weiter: Auch im Bereich der klassischen Außenpolitik gibt es derzeit keine Berührungspunkte. Straußens neuer Plan, der Nato ein atomar bewaffnetes europäisches Zentrum zu schaffen - er sprach in diesem Zusammenhang von „Operetten-Armeen", die wir augenblicklich unterhalten, - das ist einfach abenteuerlich. Im Bereich der Innenpolitik sehe ich auch nicht sehr viel, vor allem, weil die CDU/CSU nicht in der Lage ist, irgendeine Konzeption zu entwickeln.

KONKRET Darf man aus dem Lob für den Gestürzten schließen, daß das derzeitige Führungspersonal der CDU/CSU und ihrer Bundestagsfraktion dazu angetan ist, etwaiges Nachdenken über Koalitionen noch mehr zu erschweren?

BANGEMANN: Ja. Wir kennen Herrn Carstens. Über einen Oppositionsführer Carstens kann man sicher reden, das will ich nicht bestreiten. Aber ist er ein Kanzlerkandidat? Ich weiß nicht. Dann gibt's den Kandidaten Strauß, dann gibt's Stoltenberg, Kohl und eine ganze Reihe anderer, die sich Hoffnung machen wie der Herr Dregger. Das ist eine Situation, die uns eine Entscheidung einfach nicht erlaubt.

KONKRET: Herr Bangemann, die Jungsozialisten haben von sich selbst einmal behauptet, sie seien die SPD der achtziger Jahre. Davon sind sie weit entfernt, aber immerhin: Würde die FDP auch mit einer linkeren, sozialistischeren SPD koalieren?

BANGEMANN: Das kommt darauf an, ob man sich auf ein Regierungsprogramm einigen kann. Wir können der SPD nicht vorschreiben, wohin sie sich entwickeln will. Wenn sie zu alten Positionen zurück will, ist das ihre Sache. Ich schließe eine solche Koalition nicht aus, schwieriger würde sie auf jeden Fall, möglich ist sie nur mit einem auch von der FDP akzeptierten Programm.

KONKRET: Der Traum Ihres Parteifreundes Dahrendorf, daß die FDP im Laufe der siebziger Jahre noch den Kanzler stellen würde, ist wohl endgültig ausgeträumt?

BANGEMANN: Die siebziger Jahre sind ja noch nicht zu Ende. Das war aber so zu verstehen, wie es Genscher jetzt wieder in Hamburg gesagt hat: Daß die FDP aus dem Verständnis als „Dritte Kraft" herauskommen muß. Was wir damit meinen, haben wir schon einmal versucht, unserem Koalitionspartner deutlich zu machen: Als nach dem ersten Wahlgang bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl der CDU-Kandidat nicht die absolute Mehrheit, der SPD-Kandidat knapp über

30 Prozent und der FDP-Kandidat fast 17 Prozent erreicht hatten, war klar, daß der SPD-Kandidat das Potential der SPD in Stuttgart bei weitem nicht ausschöpfen konnte. Der FDP-Kandidat hatte dagegen weit mehr erreicht als das übliche FDP-Potential. Da sind wir zu den Sozialdemokraten gegangen und haben gesagt: Verzichtet in der Stichwahl auf Euern Kandidaten und ruft zur Wahl des FDP-Kandidaten auf. Denn Euer Kandidat wird den CDU-Mann mit Sicherheit nicht schlagen, unser Kandidat aber hat eine Chance. Vielleicht hat die SPD teilweise erkannt, daß unser Vorschlag logisch und vernünftig war, aber sie war nicht in der Lage, ihm zu folgen. Das ist verhängnisvoll. Wenn es nicht gelingt, der SPD klarzumachen, daß in dieser Koalition in bestimmten Situationen eben kein absoluter Führungsanspruch der SPD besteht - weil bestimmte politische Gründe dafür sprechen, daß die FDP einen Kandidaten präsentiert und die SPD ihn zu unterstützen hat - dann hat auch diese Koalition keine Zukunft.

Konkret 01/75, S. 7

Alexander von Hoffmann

Wo ist die Mitte?

Die CDU/CSU ist - nach eigenen Angaben - die Partei der Mitte, die FDP ist die Partei der progressiven Mitte und die SPD will die Partei der linken oder der neuen Mitte sein. Wem nutzt das dumme Schlagwort?

„Ohne die Mitte", so proklamierte Willy Brandt im April 1974, „gibt es in der Demokratie keine Mehrheit. Wer die Mitte preisgibt, opfert seine Regierungsfähigkeit. Sozialdemokratische Entschlossenheit bedeutet, die Mitte zu behaupten."

Stets berufen sich rechte Sozialdemokraten im Konflikt mit den linken auf eine politische „Mitte": Wähler der Mitte seien die ausschlaggebende Gruppe, deren Zustimmung oder Ablehnung über Erfolg oder Mißerfolg einer Partei bei Wahlen entscheide diese Gruppe dürfe deshalb nicht durch linke Programme oder gar linke Politik verschreckt werden.

Nach dem Hamburger Debakel, der schlimmsten Wahlniederlage seit 1972, lieferte das SPD-nahe Bonner Institut für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) eine Analyse, die den „Verlust der Mitte" konstatiert und Brandts These zu bestätigen scheint: Von den rund 100 000 Hamburger Wählern, die 1974 von der SPD zu anderen Parteien abwanderten, seien nur 28 Prozent dem „Arbeiterbereich" zuzurechnen, aber 45 Prozent dem „Mittelfeld" (l9 Prozent der Abwanderer gehörten zum „konservativen Bereich"). Wäre dieser Stimmenblock „behauptet" worden, so hätte die Hamburger SPD möglicherweise ihre absolute Mehrheit knapp halten können, die sie nun zum erstenmal seit 20 Jahren einbüßte. Analysen der niedersächsischen, hessischen und bayerischen SPD-Verluste melden ebenfalls, „Mitte"-Wähler hätten sich von der Partei abgewandt.

Aber solche Analysen beweisen nicht, daß es eine politische Mitte überhaupt gibt. Wer der Mitte eine derart entscheidende Bedeutung zumißt, der müßte sie wohl zunächst einmal überzeugend definieren können, müßte nachweisen, daß tatsächlich eine große gesellschaftliche Gruppe mit erkennbar einheitlicher Struktur und übereinstimmenden Interessen vorhanden ist, deren politischer Standort weder als links noch als rechts bezeichnet werden kann.

Wann immer eine Definition versucht wird, beginnt sie interessanterweise mit einer nur notdürftig verschleierten Darstellung der sonst heftig geleugneten Klassengesellschaft. Hier wird sie gebraucht, denn Mitte-Wähler lassen sich natürlich -wenn überhaupt - allenfalls dann definieren, wenn man sie gegen linke und rechte Wähler abgrenzen kann. Die linken Wähler also sind bei Infas der „Arbeiterbereich", bei Brandt und anderen Sozialdemokraten schlicht „die Arbeitnehmer". Die rechten Wähler bilden bei Infas den „konservativen Bereich", Helmut Schmidt spricht da schon deutlicher von „Privilegierten" mit „Pfründen" und „Vorrechten".

Wer nun aber zwischen den Arbeitnehmern und den Privilegierten die alles entscheidende, um jeden Preis zu hofierende Mitte bilde, darüber herrscht totale Verwirrung. Willy Brandt zum Beispiel meinte noch vor einem Jahr: „Die neue Mitte wirkt tief hinüber ins aufgeklärte und liberale, ja hier und da bis ins liberal-konservative Bürgertum." Mit dieser Auffassung, daß liberale Professoren, Schauspieler, Schriftsteller, Ärzte, Juristen, Journalisten, kurz, das in den SPD-Wählerinitiativen von 1969 und 1972 repräsentierte bürgerliche Nobel-Publikum die für die SPD wahlentscheidende „Mitte" darstellen, liebäugeln viele SPD-Politiker, vor allem solche, die selbst zu dieser Schicht gehören.

Brandt ordnet der Mitte inzwischen auch noch andere Gruppen zu, so „die selbständig Tätigen", „die Beamten und Soldaten", die Frauen. Hamburgs SPD-Schulsenator Günter Apel nannte kürzlich in einem Thesen-Papier „zur Position der SPD" die Hausfrauen, die Studenten und Schüler, die Alten als Mitte-Gruppen, ausdrücklich abgegrenzt von den Arbeitnehmern. Die Infas-Analytiker verstehen unter der „politischen Mitte", die der SPD untreu geworden sei, „Wahlberechtigte, die in Arbeiterfamilien aufwuchsen und in Angestellten- oder Beamtenpositionen aufgestiegen sind oder aufsteigen wollen, sowie gewerkschaftlich organisierte Angestellte und Beamte".

Um in dieser zusammengewürfelten „Mitte" die Übersicht nicht zu verlieren, muß man sich noch einmal an die Abgrenzungsposten erinnern: links Arbeitnehmer, rechts kapitalkräftige Privilegierte. Nun wird klar, daß die Abgrenzung unsinnig ist, daß die sogenannte Mitte sich in dieselben Gruppen scheidet, von denen sie abgegrenzt werden soll. Die Frauen, die Alten, die Angestellten, die Beamten, die Studenten und Schüler, das „aufgeklärte und liberale Bürgertum", die Selbständigen -sie gehören alle entweder zum Arbeitnehmerbereich oder zu den kapitalkräftigen Privilegierten.

Entsprechend konträr sind auch die objektiven Interessen in der angeblichen Mittelgruppe. Die einen sind abhängig, ihre Qualifikation, ihr Einkommen, ihre Aufstiegschancen sind begrenzt, ihre Existenz und die ihrer Familien ist materiell eingeengt und bei jeder Krise (etwa: Krankheit, Konjunkturrückschlag, Inflation) sofort bedroht. Sie befinden sich in der typischen, unterprivilegierten Arbeitnehmersituation, und ihr Interesse muß sein, diese Situation zu Lasten der bislang Privilegierten nachhaltig zu verbessern.

Die anderen in der angeblichen Mittelgruppe gehören zu eben jenen Privilegierten. Sie verfügen über ein hohes Maß an Unabhängigkeit, hohe Qualifikation, hohes Einkommen und hohe Aufstiegschancen, ihre Existenz ist gut gepolstert und weithin krisensicher. Ihr Interesse muß sein, diese Situation zu erhalten, gegen den Druck der Unterprivilegierten zu verteidigen.

Mit anderen Worten: Auch in der „Mitte" gibt es nur links und rechts, auch dort ist den einen nur mit linker Politik gedient, den anderen nur mit rechter. Eine Politik der Mitte, die den fundamentalen Interessen der Lohnabhängigen wie der Privilegierten gleichermaßen dient, ist so unmöglich wie die Quadratur des Kreises.

Allerdings lassen sich subjektive Haltungen ausmachen, die ein kleiner Angestellter und ein großer Rechtsanwalt gemeinsam haben können, etwa: Aversion gegen CSU und KPD; soziales Mitgefühl mit Randgruppen; gegen den Paragraphen 218 und für Umweltschutz zu sein.

Das subjektive Verhalten kann auch in direkten Widerspruch zu den objektiven Existenzbedingungen und Interessen geraten, wie es sehr selten bei Privilegierten, häufig bei Arbeitnehmern geschieht. Nennenswerte Teile der Arbeitnehmerschaft votieren bei demoskopischen Umfragen regelmäßig gegen die Mitbestimmung. Infas ermittelte in Hamburg, daß 27 Prozent der SPD-Anhänger der Partei die Gefolgschaft aufkündigen wollen, wenn sie die Großbanken vergesellschaftet, und sogar 35 Prozent würden abtrünnig, wenn es an die Kommunalisierung von Grund und Boden geht.

Da begeben sich Arbeitnehmer gegen ihre Interessen in eine Meinungskoalition mit den Privilegierten, und auf solche Koalitionen berufen sich dann die sozialdemokratischen Verfechter der „Mitte", an ihnen orientiert die Arbeitnehmerpartei, wie sie sich immer noch gern nennt, ihre Politik - ohne die nach wie vor entgegengesetzten Interessen der Koalitionspartner, den Scheincharakter der Koalition, zur Kenntnis zu nehmen.

So wird die Fixierung der SPD auf die nicht vorhandene Mitte mehr und mehr zum Verhängnis für die Partei. Sie glorifiziert mit dem attraktiv-irreführenden Wort „Mitte" eine politische Haltung, die von den Interessen der Privilegierten bestimmt ist und in Konflikt steht zu den objektiven Interessen der Arbeitnehmer - bei der es sich also in Wahrheit um eine rechte Haltung handelt.

Solange sich die SPD an dieser „Mitte" orientiert, muß sie zwangsläufig immer wieder rechte Politik machen, Politik für die Privilegierten und gegen die objektiven Interessen der Arbeitnehmer - auch jener Arbeitnehmer, die sich subjektiv als zur „Mitte" gehörig fühlen.

Und sogar die erfahren ihre objektiven Interessen früher oder später am eigenen Leibe - spätestens dann, wenn ihr kleiner Aufstieg frühzeitig abbricht, wenn sie um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen oder arbeitslos werden, wenn das seit je knappe Einkommen plötzlich an allen Ecken nicht mehr reicht, wenn die Existenz brüchig wird - während ihre privilegierten „Mitte"-Partner allenfalls einmal den Kauf des neuen Zweitwagens oder der dritten Eigentumswohnung verschieben müssen.

Haben diese Arbeitnehmer ihre „Mitte" erst einmal satt, dann desertieren sie von einer SPD, die ihnen nichts anderes anbietet, als stur eben diese Mitte zu behaupten. Langfristig stabile Wählermehrheiten kann die SPD nur finden, wenn sie aus ihrem politischen Weltbild die Illusion einer Mitte streicht und sich auf die Interessen der Arbeitnehmer konzentriert.

Keine Sorge: Eine Volkspartei wäre sie dann immer noch. 30 Millionen abhängig Beschäftigte und Rentner, samt Angehörigen rund 80 Prozent der Wahlberechtigten in diesem Land, sind Volk genug.

Konkret 01/75, S. 9

Karl-Heinz Hansen

Klein-Chicago

Man schlägt Zeitungen auf und liest, daß der Bundesnachrichtendienst - womöglich mit eigenen Mitteln - emsig Waffenhandel betreibt, daß in diesem Zusammenhang Mordverdacht laut wird, daß Abgeordnete in schmutzige Rüstungsgeschäfte verstrickt sind.

Man findet seinen Verdacht bestätigt, daß Flugzeuge, Panzer, Schiffe und Raketen wohl nicht nur wegen gestiegener Material- und Lohnkosten sehr viel teurer als alle anderen Produkte unserer profitorientierten Wirtschaft sind, sondern eher, weil in ihren Preisen erkleckliche Aufschläge für Bestechungsgelder und Wahlspenden stecken.

Man liest über die Einrichtung von Sonderstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Weißer-Kragen-Kriminalität. Vergeblich wartet man darauf, daß die mit Waffen handelnden Verbrecher, deren weißer Kragen nicht nur mit Blut bespritzt, sondern oft noch mit dem Bundesverdienstkreuz verziert ist, vom Bundeskriminalamt genau so unerbittlich verfolgt werden, wie *offene* Terroristen.

Man liest in den Zeitungen, daß Agenten des Bundesnachrichtendienstes im Ausland sich als Journalisten tarnen, daß Journalisten im Inland Agenten sind, die sogar den beruflichen Ruin politisch mißliebiger Kollegen betreiben. Daß der Bundesnachrichtendienst manche Seite in einem bekannten Nachrichten-Magazin selbst gestaltet hat. Vergeblich sucht man nach einer Meldung, in der Journalisten selbst die rücksichtslose Offenlegung dieser verwerflichen Praktiken und die Namensnennung solcher Schreibtäter unter ihren Kollegen verlangen.

Was soll ein Abgeordneter tun, von dem die Wähler mit Recht erwarten, daß er kontrolliert, was korrupt ist? Wie kann er kontrollieren, wenn er sich auf von Geheimdiensten mit bestimmtem Drall Erforschtes als Grundlage für politische Entscheidungen verlassen muß, wenn die Exekutive mit den verschiedenen Siegeln von „vertraulich" bis „Streng geheim" darüber befindet, wieviel er von was wissen darf?

Wie weit kann ein Abgeordneter bei dem Bemühen um Abschaffung von Mißständen auf die Hilfe der Öffentlichkeit rechnen, wenn er in jedem Journalisten zukünftig einen Spitzel vermuten muß, wenn Journalisten ihre privilegierte Stellung (Redaktionsgeheimnis, Zeugnisverweigerungsrecht) als Mittler zwischen ihm und der Öffentlichkeit so mißbrauchen, daß sie sich als Komplizen von Korruption willig - und zuweilen nicht billig - verkaufen? Ist die Bundesrepublik ein Land der „unbegrenzten Zumutbarkeiten "?

Vorbeugend gegen derartigen „vorbeugenden Geheimschutz" wäre vielleicht ein Gesetz über den bis heute ohne gesetzliche Grundlage „arbeitenden" Bundesnachrichtendienst, indem zumindest enthalten sein müßte:

- Ein besonderer Parlamentsausschuß zu seiner Kontrolle,
- ein ausdrückliches, mit empfindlicher Strafandrohung verbundenes Verbot jeder Inlandsaufklärung,
- direkte Unterstellung unter den Bundeskanzler, der allein begrenzte Aufträge zur Aufklärung genau bestimmter Komplexe erteilen kann,
- eine erhebliche Reduzierung des Personals und des Etats.

Kurzum: Ein Abgeordneter stünde seinem Auftrag vielleicht nicht mehr ganz so hilflos gegenüber, wenn auch im Pullacher Klein-Chicago ein bißchen Rechtsstaat einziehen würde.

Konkret 01/75, S. 10

Ulrich Sonnemann, Ingeborg Drewitz, Elisabeth Endres, Günter Grass, Gert Kalow, Marie Marks, Heinrich Vormweg

Staat ohne Recht?

Sieben Autoren fordern: Keine Solidarität mit dieser Justiz

Die Plenarversammlung des Verbandes deutscher Schriftsteller fordert die Bundesregierung und die deutsche Öffentlichkeit auf, die Eskalation der Gewalt in der Bundesrepublik und Westberlin zu beenden. Sie verurteilt die Tötung des Gerichtspräsidenten von Drenkmann durch Überfall und die ihr unmittelbar voraufgegangene des Untersuchungsgefangenen Holger Meins durch Verhungernlassen. Sie weist auf die Unteilbarkeit ihres unmenschlichen Zusammenhangs hin, der mehr als sieben Jahre zurückreicht.

Der Tod, mit dem er begann, ist gegen alle Evidenz für seine Feigheit und Hinterhältigkeit niemals gesühnt worden. Sein Opfer, der Student Benno Ohnesorg, war alles andere als ein Gewalttäter oder Terrorist gewesen, und auch sonst hatte es in Deutschland seit dem Kriegsende keine Terroristen gegeben. Sie erschienen erst an jenem 2. Juni l967, teilweise als Polizei, teils als Jubelperser, später auch von der Gegenseite.

Dies zur Gedächtnisstärkung für Mitbürger, die den Wald nicht vor Bäumen und auch die Bäume nur in vorentschiedener Auswahl sehen. Unentschuldbar wie der Terror ist eine Scheinheiligkeit, die seine Ursachen ignoriert.

Der Verband deutscher Schriftsteller warnt vor doppeltem Maß für die Straftaten von Staatsbürgern und von Beamten. Jede Kundgebung öffentlicher Entrüstung nur über die erste dieser beiden Gruppen ist Heuchelei. Sie kann dem Entsetzen kein Ende machen, sondern steigert es weiter. Da ein menschenrechts- und grundgesetzwidriger Haftvollzug nicht nur Gesetze bricht, sondern obendrein - unter Machtmißbrauch - Amtseide, kann sein Fall krimineller sein. Nur hat man in dieser Sichtweise, die zur Demokratie gehört, in Deutschland noch keine Übung.

Der Vorsatz der Verantwortlichen, den Tod von Meins bei ihrem Verhalten, das sich über mehrere Wochen hinzog, in Kauf zu nehmen, ist unmittelbar an den Tatsachen ablesbar, die von keiner Seite bestritten werden. Daß er bei einer Körpergröße von I ,85 Meter zuletzt 39 Kilo wog, heißt, daß er lange schon in keine wie immer geartete Haftzelle gehört hätte, sondern ins Krankenhaus. Dies gilt nicht nur in jeder Gesellschaft, die ein Normalmaß an menschlicher Gesittung erreicht hat, sondern ausdrücklich auch nach dem Urteil der „Süddeutschen Zeitung" vom 12. November. Daß Erfordernisse der Verfahrenssicherung dem im Weg gestanden seien, die Zellenhaft nötig machten, fügt im Fall eines Menschen, der nur noch flüstern und sich kaum mehr bewegen kann, zum Grauen das Lächerliche.

Es ist festgestellt worden, daß bei diesem Zustand von Meins seine künstliche Ernährung einen Tag lang auch noch ausgesetzt wurde. Die Begründung, der Arzt hätte verreisen müssen, ist ihr eigener Kommentar.

Da aber die Exekutive in Deutschland immer unfehlbar gewesen sein muß, muß die Schuld nun die Anwälte treffen. Das ist für Minister eines großen Landes mitten in Europa nicht nur zu primitiv. Es ist eine Bestätigung der psychoanalytischen Projektionstheorie, die sie selbst imstande sein sollten zu durchschauen. Aber es liegt nur auf der Linie von voraufgegangenen Verdächtigungen und Entwürdigungen des Anwaltsberufes, mit denen nicht nur eine Demokratie in den Diffamierungsbetrieb obrigkeitsstaatlicher Willkür, sondern eine Gesellschaft hinter die Anfänge ihrer eigenen Kulturgeschichte zurückfällt: 1n einem Fall haben sich Rechtsanwälte bei Gefangenenbesuchen splitternackt ausziehen müssen, und es wurde von ihnen verlangt, sich rektal untersuchen zu lassen.

Aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, in jedem Fall hätte Meins sich zu Tode gehungert. Wie bei allen Gefangenen seiner Gruppe hatte sein Hungerstreik das Ziel einer Aufhebung der besonderen Haftbedingungen. Ob sie begründet oder unbegründet verhängt waren (soweit die Begründungen nicht widerlegt sind, bestehen sie bis heute in emphatisch wiederholten Versicherungen): Für diese Veränderung zu kämpfen ist in einer zivilisierten Gesellschaft in jedem Fall das Recht von Gefangenen. Die Wahl des Mittels mußte sich nach einem Zustand richten, in dem diese Rechte auf dem Papier stehen, faktisch gebrochen, dreißig Jahre nach dem Dritten Reich auch in der Bevölkerung noch gar nicht verstanden werden; wo Anträge von Untersuchungsgefangenen an Behörden und Gerichte mit einer voraussagbaren Automatik verworfen werden, die sich belegen läßt.

Entgegen offiziösen Irreführungen ist der Hungerstreik weder ungesetzlich noch Selbstmord, sondern eine Waffe von Wehrlosen. Zur Selbstzerstörung kann ihn erst eine Gesellschaft werden lassen, in der Haftvollstreckung faktisch so unkontrolliert ist, daß er kaum Chancen hat.

Vollends ist Hungerstreik fehl am Platz, wo der Haß auf eine Gruppe von Straftätern durch Verhetzung so total werden kann, daß er seine Schranke noch nicht einmal an dem Recht findet, das er beständig im Mund führt. Umso ungeschorener läßt er Massenmörder, die unbestraft und unverfolgt in unserer Mitte leben und ihn schon zu ihrer Zeit praktizierten. Voraussetzung für Hungerstreik ist eine Gesellschaft, die überhaupt unterscheiden kann, nicht eine Strafanklage noch vor dem Urteil mit totaler Verurteiltheit durcheinanderwirft, und nicht Solidarität mit mißachteten Menschenrechten mit einer Obereinstimmung mit den Handlungen der Entrechteten. Voraussetzung für Hungerstreik ist eine Gesellschaft mit einem Mindestmaß an selbstverständlicher Humanität, die an Gefängnismauern nicht endet.

Diese Bedingung ist nicht erfüllt, wo Untersuchungshaft ohne Gefahr für die Täter zur Bestrafung, ja Vernichtung von Unverurteilten mißbraucht werden kann und die Presse solche Zustände dann entweder schlicht verschweigt oder sie leisetritt. Das Verhungernlassen von Meins ist in der nachgewiesenen Sequenz solcher Praktiken nur die vorläufig letzte.

Voraufgegangen war ihm das sichere Todesurteil für die krebskranke Untersuchungsgefangene Katharina Hammerschmidt durch Verweigerung ärztlicher Hilfe in den ersten Monaten ihres Leidens. Die Geschwulst mußte mehr als faustgroß werden, ehe sie auch nur untersucht wurde.

Voraufgegangen war die Ermordung des Untersuchungshäftlings in Mannheim Ernst Christ, der mit schwerer Hirnhautentzündung auch nicht ins Krankenhaus gebracht, vielmehr methodisch zu Tode gebracht wurde. Nachdem ein Vollzugsbeamter ihn mit Steinen beworfen und die Zellenheizung auf Höchsttemperatur gedreht hatte, hätten sich nach Aussage anderer Beamter auf dem Zellenfußboden Setzeier backen lassen.

Voraufgegangen waren die Gefangenenmorde in der Hamburger Glocke und im Kölner Klingelpütz. Sie wurden durch die Zeitungen schon um die Mitte der sechziger Jahre bekannt, die zweite Serie dann Anfang der siebziger: es hatte sich gar nichts geändert. Es konnte sich nichts ändern, wo aus zu wenig erforschten Ursachen eine Öffentlichkeit gar nicht zustande kommt, ohne die eine Demokratie nicht bestehen kann: Wo Kritik entweder diffamiert wird oder eine Feigheit in öffentlichen Dingen sie sprachlos macht, deren Ausbreitung unverkennbar ist. Wo man früher wenigstens den Mut hatte, sie noch manchmal beim Namen zu nennen, heißt sie jetzt Selbstzensur.

Wir könnten in der Aufzählung von Ermordungen von Gefangenen fortfahren. Die Gesinnung, aus der sie entspringen, würde damit nicht begreiflicher. Sie wird es eher an solchen Lappalien wie der kammergerichtlich bestätigten Verhängung von fünf Tagen Dunkelarrest über den Berliner Untersuchungsgefangenen und jetzigen Verurteilten Heinrich Jansen; offenbar zum Ausgleich dafür, daß er drei Jahre und sieben Monate lang jede Stunde, Nacht für Nacht, durch Einschaltung der Zellenbeleuchtung geweckt wurde. Sein Disziplinarvergehen bestand darin, daß er sich, was gegen die Ordnung ist, wie ein Mensch benahm: Beim Spaziergang im Gefängnishof den Gruß von Mitgefangenen erwidert hatte.

Diese Ordnung wurde neuerdings selbst für Argloseste wiedererkennbar. Voraufgegangen ist dem Verhungernlassen von Meins auch der bundesgerichtliche Freispruch des Nazi-Arztes Dr. Kurt Borm zu Beginn dieses Jahres. Die Taten Borms, der keinen einzigen Monat in Untersuchungshaft saß, seit er bei der Ermordung von 6652 Patienten im Dritten Reich leitend mitwirkte, wurden in Totschlag - der verjährt ist - gegen sämtliche erwiesenen Tatsachen umbenannt; also der Rechtsstaat vernichtet.

Zu Charakterisierung des vernichtenden Gremiums erinnern wir an den Bundesrichter Matthes, dessen Karriere auf drei Todesurteile wegen Bagatelldelikten in Böhmen-M<ihr-cn zurückreicht: und an den Bundesanwalt Dr. Rejewski, der seinen Doktortitel für einen verschärfenden Kommentar zur Rassengesetzgebung Hitlers trägt. Wir erinnern ferner an die kollegialen Freisprüche von NS-Richtern durch ihre bundesdeutschen Kollegen, nach deren Begründung - wie im Fall Oske/Rehse - von deutschen Richtern weniger Unrechtbewußtsein - nicht etwa mehr - als von denen erwartet werden kann, über die sie Gericht halten.

Wir erwarten es daher in der Tat nicht von ihnen; meinen aber, daß ein so verkommener Justizapparat nicht reformiert werden kann, sondern nur von Grund auf neu aufgebaut. Alle diese Dinge sind dem Erscheinen von Terrorismus in der

Bundesrepublik lange vorangegangen.

Nach genannter Zerstörung, die nur der letzte Akt, da von einer Offenherzigkeit war, die es zuvor nicht gegeben hatte, forderten Heinrich Böll und andere deutsche Schriftsteller in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinemann, der Bundestag müsse die einzige Konsequenz ziehen, die den Rechtsstaat wiederherstellen könnte. Sie bestünde in einer Generalamnestie für Straftaten aus politischen Motiven, gleichgültig welcher Gesinnung, die vor dem Karlsruher Urteil begangen wurden.

Der Verband deutscher Schriftsteller schließt sich dieser Forderung an und richtet sie unmittelbar an den Bundestag. Amnestie gibt es in vielen Ländern - neuerdings sogar in der Türkei - nur in der Bundesrepublik niemals. Dort, wo man sie haben will, hat man sie mit der Einäugigkeit der richterlichen Beweiswürdigung ohnehin. Da nach einer Pressemeldung vom 14. November die Bundesregierung an die Öffentlichkeit um Solidarisierung mit der Justiz appelliert, ist zurückzufragen, was sie zu tun gedenkt, um die Befolgung des Appells in unseren Verhältnissen ohne Gewissenszwang möglich zu machen. Mit einer Justiz, die Mord deckt, vorausgesetzt nur, daß er im Namen der Ordnung - ob nun 1941 oder 1974 - begangen wurde, können sich nur Unanständige solidarisieren.

Nichts kann geschützt werden, außer es existiere zunächst. Solange der Rechtsstaat nicht verwirklicht ist, die Unabhängigkeit seiner Richter eine auf nichts zu stützende, leere Behauptung bleibt, seine obersten Organe selber wie schon zu Weimarer Zeit ihn zum Spott machen, kann er gegen niemand - daher auch nicht gegen Terroristen - verteidigt werden.

Der Verband deutscher Schriftsteller erinnert an die Rolle des Staatsapparates und seiner immergleichen Vorstellung von Legalität bei Errichtung des Dritten Reiches. Die Demokratie in Deutschland ist noch nie von unten, immer von oben zerstört worden. Der Verband fordert die Einführung des Grundgesetzes in die Justiz und den Strafvollzug dieses Landes.

Für die Verhältnisse des Haftvollzugs insgesamt macht er sich die Forderung Birgitta Wolfs zu eigen, daß - was außerhalb des Haftvollzugs strafbar ist - es auch in ihm zu sein hat.

Er macht ferner darauf aufmerksam, daß der Fall Meins der zweite ist, in dem die Behauptung der Justiz, eine Sonderbehandlung der politischen Gefangenen diene unter den gegebenen Umständen ihrer Fälle der Sicherung eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens, sich selbst widerlegt. Nach dem ärztlichen Gutachten, aufgrund dessen die Justiz Astrid Proll - die sich diesem Verfahren dann entzog - aus der Haft entließ, haben im Gegenteil diese besonderen Haftbedingungen, indem sie an der Haftunfähigkeit mitwirkten, das Verfahren vereitelt.

Da im Fall des Holländers Augustin eine Kommission seiner Landsleute zu ganz anderen Erkenntnissen über diese Bedingungen gekommen ist als ihre deutschen Kollegen, kann die Forderung Innenminister Maihofers nach öffentlicher Aufklärung über die Isolationsmaßnahmen nur unterstützt werden. Aber diese Aufklärung würde keine, sondern monologisch-monolithische Propaganda, wenn sie sich nicht in voller Freiheit für Verteidigung und Wissenschafter vollzieht, sich mit den Thesen der Exekutive - und der Jurisdiktive - genauso öffentlich auseinandersetzt wie umgekehrt.

Es gibt in einer Demokratie kein Monopol des Staatsapparates auf Verkündung der Wahrheit.

Wir protestieren bei dieser Gelegenheit gegen die öffentliche Diffamierung von Strafverteidigern durch hochgestellte Vertreter der Exekutive, die ihnen im Fernsehen nach den beiden Ereignissen die Schuld an dem Hungerstreik zuschoben. Zur Erkenntnis des Grades der Fairness solcher Angriffe ist die Tatsache ausreichend, daß die Angegriffenen keine Chancen hatten, vor dem gleichen Millionenpublikum zur gleichen Stunde zu antworten.

Auch stellte Herr Posser, Justizminister von Nordrhein-Westfalen, in seinem Fernsehinterview erst seine Unkenntnis wichtiger Einzelheiten des Falls Holger Meins fest; und keine zehn Minuten, nachdem er dies gesagt hatte, Meins' Alleinschuld an seinem Tode.

Offenbar garantiert in unseren Verhältnissen auch ein ausdrückliches Bekenntnis zur Vernunft nicht bereits deren Mitwirkung.

Der Verband deutscher Schriftsteller bittet die bundesdeutschen Journalisten, ihn in Forderungen zu unterstützen, die in der Demokratie unstrittig sind. Vorerst erwartet er, daß die Beamten und Ärzte, die für den Haftvollzug an Meins verantwortlich waren, mindestens wegen ihrer Unterlassung von Hilfeleistung vor Gericht gestellt werden.

Er erwartet weiter, daß bei diesen Maßregeln die Vorgesetzten der unmittelbar Beteiligten nicht geschont werden. Die Dringlichkeit dieses Verlangens ergibt sich aus den Machtpositionen einer Gesinnung, die unsere Institutionen durchsetzt. Wie unverändert sie in dreißig Jahren geblieben ist, läßt folgende Meldung der „Süddeutschen Zeitung" vom 14.11. erkennen:

Gegen den Vorwurf, er habe von den Vorgängen in der Mannheimer Strafanstalt nichts bemerken wollen und weder Anstaltsleitung noch Staatsanwaltschaft davon etwas mitgeteilt, hat sich der vom Dienst suspendierte frühere evangelische Anstaltsgeistliche., Dieter Frettlöh, zur Wehr gesetzt. In der evangelischen Monatsschrift „Neue Stimme" weist Frettlöh darauf hin, daß er in den inzwischen bekannt gewordenen Fällen von Mißhandlung der Gefangenen und Verkauf von Alkohol im Gefängnis bei der Staatsanwaltschaft jeweils um gründliche Ermittlungen gebeten, Zeugen benannt und sich selbst als Zeuge zur Verfügung gestellt habe, „wenn ich mich von blutunterlaufenen Striemen und Flecken selbst überzeugt hatte". Die Staatsanwaltschaft habe jedoch die Ermittlungen eingestellt und der Generalstaatsanwalt die Beschwerde verworfen, ohne daß er, Frettlöh, als Zeuge vernommen worden wäre. Im Juli dieses Jahres, als die Vorfälle noch nicht in der Öffentlichkeit bekanntgewesen seien, habe er außerdem den Oberkirchenrat in Karlsruhe von dem Totschlag an einem Gefangenen informiert, ohne daß etwas geschehen sei.

Kennzeichnend für die gleichen menschlichen Verhältnisse, die ihre Vorherrschaft mindestens nicht so unangefochten vor der Nase einer kritischen Presse hätten behaupten können, ist, daß die „SZ" diese Alarmmeldung nicht auf ihrer ersten, sondern auf ihrer vierzigsten Seite brachte. Es gab keinen Kommentar.

Am Bekenntnis der besagten Zeitung zum Rechtsstaat kann es keinen ernsthaften Zweifel geben. Was kann es nur sein, das deutsche Bekenntnisse von ihrer Praktizierung in Fällen zurückhält, an denen sie sich zu bewähren hätten?

Aus einem einzigen Grunde schließlich bittet der Verband die Gefangenen, ihren Hungerstreik einzustellen; und ihre Verteidiger, hierauf hinzuwirken.

Der Grund ist hier ausgeführt und belegt worden. Vorläufig sind in Deutschland die Voraussetzungen für eine Wirksamkeit dieses grundgesetzgeschützten Kampfmittels nicht gegeben.

Konkret 01/75, S. 14

Hans Meierott

Biedenkohl

Kurt H. Biedenkopf, der Generalsekretär der CDU, hat ein Buch „Die Freiheit, sich dem Fortschritt anzupassen. Umrisse einer Taktik, ihn zu verhindern" unter dem Titel in den Handel gebracht: „Fortschritt in Freiheit. Umrisse einer politischen Strategie".

Der Piper Verlag, dessen Lektoren es anscheinend abgelehnt haben, die 238 Seiten zu redigieren, hat noch eine Banderole gedruckt, „Strategie für eine freie Gesellschaft", obwohl es heißen müßte „Taktik gegen eine freie Gesellschaft".

Es ist anzunehmen, daß das Werk in erster Linie für Sozialdemokraten gedacht ist, die bisher über die Lyrismen auf der dritten Umschlagseite ihres Parteibuches verzweifelt waren; der Generalsekretär der CDU treibt es schlimmer und ausschweifender, das ist eine diakonische Stärkung und moralische Aufrüstung.

Das sechste Kapitel ist überschrieben: „Das Ziel, den Wandel in Freiheit beherrschen", im 13. Kapitel schreibt er: „Führung: ein knappes Gut." Oft schreibt er nur wie der Ghostwriter von Klaus Harpprecht. Meistens unseriöser, denn es treibt ihn geradezu eine nostalgische Hemmungslosigkeit zu der Suche nach dem Neuen. Die Verpackungsindustrie ist sein Metier, und alten Wein, der aus guten Gründen sauer geworden ist, in neue Schläuche zu füllen, darin sieht er seine Chance.

Es muß ja auch Reaktionäre geben, und gäbe es intelligente Konservative, so wäre das zu begrüßen. Das Peinliche an Herrn Biedenkopf ist die Vertretermentalität mit dem Hang zum Höheren, Elmer Gantry in Person.

„Wer bemerkte schon, daß durch den Abbau unserer gewachsenen Wertordnung und unserer kulturellen Substanz ein Vakuum geschaffen wurde, in das früher oder später ein wie immer gearteter Ersatz eindringen mußte, der unsere Sehnsucht nach Sinn und Ziel des Lebens besetzte?"

„Die Angst ist ebenso Teil der menschlichen Natur, wie die Fähigkeit zur Freude oder das Denkvermögen."

„. . programmiert einen Konflikt, von dem wir nur wissen, daß seine Auswirkungen verheerend sein werden, von dem jedoch niemand sagen kann, zu wessen Gunsten die Zukunft ihn letztlich entscheiden wird."

Stutzig macht die Unbefangenheit im Umgang mit der Logik, die ständige Verkehrung von Ursache und Wirkung, von Prämisse und Folgerung:

„Der weltweite Verteilungskampf ist nicht das einzige Anzeichen einer krisenhaften Entwicklung". Es ist natürlich andersherum: Die Krise ist das Zeichen des Verteilungskampfes.

„ . . daß die Bewältigung der Zukunft nicht nur . . . grundlegende Veränderungen unserer gesellschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen erfordert, sondern vor allem die Gewinnung neuer Einsichten . . ." Richtig wäre: Daß neue Einsichten grundlegende Veränderungen bewirken.

„Planung setzt Ordnung . . . voraus." Nein: Ordnung setzt Planung voraus.

Spätestens jetzt wird klar, daß es sich bei Biedenkopfs Äußerungen nicht nur um sprachliche Ohnmacht handelt, sondern um ideologische Zwänge. Von Profilneurose nicht zu sprechen und einem erstaunlichen Mangel an geistiger Tradition. Aber natürlich ist „dieser Eindruck falsch und richtig zugleich", um mit Biedenkopf zu sprechen.

Sein Neologismus ist nichts anderes als das Neoplasma, das die CDU-Generation vor ihm auszeichnete:

„ . . so bleibt . . . als Alternative nur die Aktivierung der moralischen, ethischen und nicht zuletzt religiösen Bindungen des Individuums (woran?) und die Sicherung außerordentlich intakter gesellschaftlicher Strukturen, angefangen von der Familie bis hin zum Staat."

„Wer politische Bewegungen nicht nur unter dem Gesichtspunkt aktueller Tages- oder Machtfragen sieht, sondern in größeren geschichtlichen Zusammenhängen, wird zu der Feststellung gelangen, daß der Sozialismus zwar eine konkrete historische Aufgabe habe, diese Aufgabe aber inzwischen erfüllt ist".

„Die Vermeidung von Krisen oder, positiv gewendet, die zielvolle Steuerung eines Gemeinwesens ist, wenn Politik als die aktive und planmäßige Einwirkung auf gemeinschaftsbezogene Zielsetzung verstanden wird, vor allem die Aufgabe der Politiker."

Nichts scheint er mehr zu fürchten als den Ruf des Machers, so flüchtet er sich in Philosophie, die linker Hand jeder Werbetexter beherrscht. Das allerdings bedenkt er nicht.

„Die Ungleichheit der Verteilung der Güter dieser Erde ist längst als Ungerechtigkeit erkannt."

„Wenn es richtig ist, daß die politische Gestaltung der Gesellschaft der Verwirklichung der politischen Wertordnung dienen soll, so gilt das in besonderem Maße für diejenigen gesellschaftlichen Einrichtungen, in denen durch Bildung und Ausbildung die Inhalte und Ziele der Wertordnung an die nachfolgenden Generationen weitergegeben und damit die Voraussetzungen für die geistige, kulturelle und politische Kontinuität der verfaßten Gesellschaft gesichert werden."

Pragmatiker, der er ist, möchte er am liebsten Ideologe sein, aber Ideologie ist ihm ein Schimpfwort, deshalb behauptet er, seine Fragen seien „nicht abstrakt, theoretisch oder akademisch". Am liebsten möchte auch er ständig „Über den Tag hinaus" denken.

So wirkt er wie ein Prediger, der mit seiner Organisation verkracht ist, ein Nationalökonom, der sich als Irrationalist versucht (was übrigens so paradox gar nicht ist).

In seinem Buch kommt er mit wenigen verbalen Versatzstücken aus: „Menschenbild, diese Gruppen, wertfreier Fortschritt, Umbruch und Wandel". Gern denkt er an den „Aufbruch zu neuen Ufern", oft spricht er vom Mond, wobei er auf die Raumfahrt verweist und sich gleich nachdenklich zeigt. Sein Lieblingswort aber ist „Anpassung", das Geheimnis seines Erfolges.

Auf Seite 25 sagt er deutlicher als nötig, was er darunter versteht. (Außer der Abgrenzung gegen seine Parteigenossen):

„Um schwerwiegende Fehlentwicklungen zu vermeiden, muß die Gesellschaft in einen Zustand hochgradiger sozialer Empfindsamkeit und Reaktionsfähigkeit versetzt werden. Nur so kann sie sich ohne heftige Erschütterungen an Veränderungen unverzüglich anpassen und bevorstehende Veränderungen soweit als möglich vorwegnehmen."

Ist Biedenkopf etwa ein Opportunist? Das kann nicht sein: „Da Wahrheit . . . immer auch eine Sache der Werte ist und damit des Glaubens, ist diese Annahme unhaltbar."

Konkret 01/75, S. 16

Otto Schily

Eher eine Art Schau-Prozeß

KONKRET-Interview mit dem RAF-Anwalt Otto Schily

KONKRET: Seit dem Tod von Holger Meins und Günter von Drenkmann werden in Bonn viele neue Gesetze geplant und beschlossen. Worum geht es dabei?

SCHILY: Das sind - trotz aller gegenteiligen Beteuerungen - eindeutig Gesetze, die der besonderen Vorbereitung des 1975 stattfindenden Stuttgarter Verfahrens gegen Baader, Meinhof, Raspe und Ensslin dienen sollen. Offensichtlich sind die beteiligten Staatsschutzbehörden der Meinung, daß ihr bisheriges gesetzgeberisches Instrumentarium nicht dazu ausreicht, den Prozeß in dem Sinne zu steuern, wie sie es für richtig halten. Man will mit aller Macht verhindern, daß dieser Prozeß als ein politischer Prozeß begriffen wird. Dazu plant man das Verteidigerausschlußgesetz, mit dem nicht etwa gegen Verteidiger vorgegangen werden soll wegen irgendwelcher krimineller Delikte - das ist nur der Vorwand -, sondern damit will man bestimmte Verteidiger, die eben die politische Seite des Prozesses auch in ihre Verteidigung miteinbeziehen, aus dem Verfahren hinausmanövrieren. Diese Absicht wird besonders klar durch das weitere gesetzgeberische Vorhaben, nämlich das Erklärungsrecht des Verteidigers und des Angeklagten in weitem Umfang einzuschränken. Es soll damit, das heißt es im Klartext, verhindert werden, daß politische Erklärungen der Angeklagten bzw. ihrer Verteidiger in den Prozeß eingebracht werden.

KONKRET: Das ist aber noch nicht alles?

SCHILY: Nein, in dieses Paket gehören noch weitere Dinge, z.B. das Vorhaben, daß Gespräche zwischen Verteidiger und Mandanten nur in Anwesenheit eines Richters stattfinden sollen. Das wäre ein besonders schwerwiegender Eingriff in die Rechte der Verteidiger, denn jeder kann sich - auch mit geringer Phantasie - vorstellen, daß bei einer solchen Überwachung der Verteidigergespräche eine rechtsstaatliche Verteidigung kaum mehr möglich ist.

KONKRET: Verstößt die Schaffung dieser Gesetze nicht gegen den Grundsatz, daß niemand nach Gesetzen bestraft werden darf, die nicht bereits vor Begehen der angeklagten Tat in Kraft waren?

SCHILY: Was Sie jetzt erwähnen, ist eigentlich ein materieller Grundsatz. Dies muß nicht unbedingt für Strafverfahrensgrundsätze gelten. Aber man muß sehen, daß es ein Ausnahmerecht ist, was hier geschaffen wird. Und dies verstößt auch nach meiner Überzeugung gegen die verfassungsmäßigen Garantien.

KONKRET: Bundesjustizminister Vogel hat zu der schier endlosen Dauer der Untersuchungshaft erklärt: „Verzögerungen sind nicht auf Unterlassungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften, sondern darauf zurückzuführen, daß Beschuldigte und Verteidiger von den prozessualen Möglichkeiten einen überaus ausgedehnten und intensiven Gebrauch machen." Heißt das nicht, wenn jemand, der nach geltendem Recht noch als unschuldig zu gelten hat, seine rechtlichen Möglichkeiten voll ausschöpft, er damit rechnen muß, durch überlange Untersuchungshaft quasi im voraus bestraft zu werden?

SCHILY: Hier findet eine intensive psychologische Vorbereitung der Hauptverhandlung statt. Dies ist bisher in der ganzen Nachkriegsgeschichte noch nie dagewesen, daß in einer solchen massiven Form eine psychologische Vorbereitung der Verurteilung der jetzt unter Anklage stehenden Baader-Meinhof-Gruppe Oder wie sie sich selbst nennt - Roten-Armee-Fraktion stattfindet. Dazu gehört eine Vorausverurteilung in der Form, daß man in aller Öffentlichkeit sagt, daß dies ja Leute sind, die Menschen umgebracht haben. Das hat beispielsweise der Bundeskanzler Schmidt vor kurzem hier in Berlin gesagt, ohne etwa irgendeine Einschränkung wie „steht in Verdacht". Mit der Unschuldsvermutung wird also in einer Weise umgegangen, daß man sie einfach als nicht mehr gültig betrachten kann.

In diesen Bereich der psychologischen Vorbereitung gehört auch die immer wieder aufgestellte Behauptung, das Verfahren sei durch die Angeklagten bzw. die Verteidiger verzögert worden. Die Herren, die solche falschen Behauptungen aufstellen, mögen mir doch einen einzigen Antrag nennen, der zu einer Verzögerung des Verfahrens geführt hat. Den ersten Antrag, in dem ich um eine Fristverlängerung gebeten habe, habe ich vor einigen Tagen gestellt. Dabei geht es um die Frist zur Erklärung zur Anklage. Sonst gab es vor Anklageerhebung nicht einen einzigen Antrag der Verteidigung, der eine

Verzögerung des Ermittlungs- bzw. des Voruntersuchungsverfahrens bewirkt haben konnte. Anträge sind von den Verteidigern nur gestellt worden zu Haftproblemen. Wer die Materie kennt, der weiß, daß gerade für Haftfragen eine besondere Akte geführt wird, und daß Entscheidungen über Haftfragen eine Verzögerung des Ermittlungsverfahrens gar nicht bewirken können.

Das zweite: Wenn in einem solchen Zusammenhang erklärt wird, die Verteidiger würden alle ihnen zu Gebote stehenden rechtlichen Möglichkeiten für die Angeklagten ausschöpfen, und dies verbunden wird mit einer Art Kritik, dann frage ich mich, inwiefern eigentlich die Ausschöpfung rechtlich zur Verfügung stehender Möglichkeiten etwas Negatives sein soll. Entweder hat man Rechtsgarantien in einem Rechtsstaat und dann darf man sie auch ausschöpfen, oder man sagt eben, diese sind nur für bestimmte Personenkreise bestimmt, meinethalben für Wirtschaftskriminelle oder für NS-Täter.

KONKRET: Müßte man da nicht allen U-Häftlingen empfehlen, ein Geständnis abzulegen, um die U-Haft abzukürzen?

SCHILY**:** Dieser Druck kann dann entstehen. Ich kenne sogar Fälle dieser Art, wo Leuten erklärt wird, entweder sie bekennen jetzt, daß sie das und das gemacht haben oder sie bleiben eben in Untersuchungshaft. Ich kenne solche Fälle, in denen dann sogar ein falsches Geständnis abgelegt wurde, weil die Leute aus dem Untersuchungsgefängnis herauskommen wollten, da sie sonst ihre Existenz zusammenbrechen sahen. In dem Fall, den ich meine, handelt es sich um Leute, die eine freiberufliche Existenz hatten, so eine Art Fotounternehmen. Entweder ging dies kleingewerbliche Unternehmen, wie man es nennen könnte, zugrunde oder . . . Vor diese Zwangslage sahen sie sich gestellt. Solche Fälle kommen durchaus vor.

KONKRET: Die Anwälte der RAF-Häftlinge werden beschuldigt, durch Briefe, Zusendung von Büchern etc. den organisatorischen Zusammenhalt der RAF zu gewährleisten.

SCHILY: Zunächst einmal: Es handelt sich bei der Anklage der Bundesanwaltschaft um eine Blockanklage oder wie man dies nennen will. Um eine Anklage also, die ‚o abgefaßt ist, daß jeder Anklagepunkt jeden der fünf, jetzt noch vier, Angeklagten betrifft. Aus diesem Grund muß die Verteidigung sich auf diese Blockanklage ein

stellen und hat dem dadurch Rechnung getragen, daß jeder der gewählten Verteidiger jeden der Angeklagten im Stuttgarter Verfahren vertritt. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat diese Einstellung der Verteidiger dadurch anerkannt, daß sechs Verteidiger für alle fünf, oder jetzt noch vier, Angeklagten als Pflichtverteidiger bestellt worden sind. Das Oberlandesgericht hat gesagt, jeder dieser sechs Verteidiger darf, als Pflichtverteidiger wohlgemerkt, alle Angeklagten vertreten.

Dann gehört dazu, daß der Verteidiger natürlich das Recht hat in einem politischen Verfahren, dem Mandanten auch Informationsduellen zugänglich zu machen, meinethalben einen Pressebericht über angebliche Aktivitäten der RAF, um ihm eine Basis zu verschaffen für seine politische Argumentation. Oder nehmen Sie etwas anderes, z.B. einen Bericht aus einem Wirtschaftsteil der Zeitung über die Aktivitäten der multinationalen Konzerne, oder sonstige Berichte über imperialistische Strategie und Taktik. Texte auch der marxistisch-leninistischen Literatur. Weitgehend wird dies auch von den Gerichten zugelassen mit gewissen Einschränkungen, zum Teil mit albernen Einschränkungen, wenn mitunter die Peking Rundschau nicht zugelassen wird oder der Extradienst. Dann kann man sich nur fragen, was geht in den Köpfen der Richter vor, die solche Zeitschriften dem Gefangenen nicht aushändigen lassen.

Es ist auch möglich, daß die Verteidigung das, was sie mit dem einzelnen Mandanten erörtert, auch mit den anderen Mandanten erörtert. Dies ist ohne weiteres zulässig. Das geht bis an die Grenze natürlich, und es gibt eine Grenze, wo der Verteidiger etwa in den Bereich kommen würde, daß er einen Beitrag zur Verdunkelung leistet. Das ist aber hier nicht der Fall und kann meiner Meinung nach auch den Verteidigern nicht vorgeworfen werden.

Es gibt noch eine andere Grenze: Wenn etwa der Verteidiger einen Kontakt herstellen würde, aus dem Gefängnis heraus oder in das Gefängnis hinein, zwischen im Untergrund illegal arbeitenden Gruppen und den Haftinsassen; das ist selbstverständlich unzulässig. Das ist eine Grenze, die der Verteidiger strikt einhalten muß. Aber er hat durchaus die Möglichkeit, etwa von einer Veranstaltung im universitären Bereich, wo es um die Solidarisierung mit der Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft geht, dem Mandanten zu berichten, da gibt es überhaupt kein rechtliches Hindernis.

KONKRET: In der Öffentlichkeit ist der Eindruck einer Zusammenarbeit auch dadurch entstanden, daß die Anwälte die politische Zielsetzung der RAF dargestellt und erklärt haben. Zum Teil haben sie auch mit sehr emotionalen Angriffen wie

etwa „faschistische Vernichtungshaft", „Vernichtung von Revolutionären" und ähnlichem reagiert.

SCHILY: Nein, ich glaube nicht, daß es richtig ist, daß wir etwa die politische Zielsetzung der RAF in der Öffentlichkeit vertreten haben. Das ist nicht richtig, selbst wenn heute auch mit Fleiß das Differenzierungsvermögen von interessierten Kreisen abgebaut werden soll. Wenn wir etwas kritisieren und in der Öffentlichkeit auch in aller Schärfe angreifen, wie beispielsweise Sonderbehandlung politischer Gefangener, dann ist das etwas, was durchaus im Bereich rechtsstaatlicher Forderungen liegt, und man soll nicht so tun, als ob damit etwas in Richtung der Zielsetzung der Roten-Armee-Fraktion eingebracht würde. Eine solche Vermengung wird ja nur erklärt von den Verantwortlichen, um von den berechtigten Forderungen abzulenken. Das ist doch der Kern dieser Dinge.

Und man läßt keine Gelegenheit aus, und dies ist keine Sache von heute, gestern oder vorgestern, sondern dies geht schon seit Jahren, die Anwälte, die in diesen Mandaten tätig sind, zu diffamieren. Ich könnte Ihnen tagelang erzählen, wie man Anwälte in Mißkredit gebracht hat bzw. versucht hat, in Mißkredit zu bringen. Nehmen Sie nur ein Beispiel, was auch kürzlich wieder in den Erklärungen des Bundesjustizministers und des Bundesinnenministers im Bundestag eine Rolle gespielt hat. Es wurden Ermittlungsverfahren gegen Anwälte erwähnt. Ich weiß von Kollegen, daß zwar in der Öffentlichkeit ständig mit solchen Ermittlungsverfahren operiert wird, das betrifft beispielsweise den Kollegen Ströbele, daß er aber bis heute keine offizielle Kenntnis von diesen Ermittlungsverfahren hat. Es ist ihm in keiner Weise rechtliches Gehör gegeben worden. Man hat ihm noch nicht einmal gesagt, was Gegenstand der Vorwürfe sei.

Man tritt also mit großem Aplomb in die Öffentlichkeit: Es wird ein Ermittlungsverfahren geführt. Andererseits gibt man überhaupt keine Möglichkeit, sich gegen solche Beschuldigungen zur Wehr zu setzen. Das nenne ich, meinethalben in Anführungsstrichen, „psychologische Kriegführung". Mit rechtsstaatlichen Überlegungen hat das überhaupt nichts zu tun.

KONKRET: Gegen Sie und drei weitere Anwälte ist Strafantrag wegen verleumderischer Äußerungen im Zusammenhang mit dem Tod von Holger Meins gestellt worden. Auch Ihre Standesorganisation hat sich von den Anwälten der RAF distanziert.

SCHILY: Das ist auch eine Methode der Ablenkung. Man weiß ganz genau, daß die Umstände des Todes von Holger Meins so sind, daß die Staatsschutzbehörden und die sonstigen Beteiligten eine Verantwortung trifft. Nun nimmt man dies nicht etwa ernst und untersucht das, geht den Vorwürfen nach, sondern man will von dieser Verantwortlichkeit ablenken in der Weise, daß man den Finger richtet auf die Anwälte und sagt, das sind die Bösen, weil sie es gewagt haben, die Umstände, unter denen Holger Meins zu Tode gekommen ist, anzuprangern.

Für meine Person kann ich dazu erklären: Ich habe in der Stuttgarter Pressekonferenz nicht gemacht, was allenthalben sonst gemacht wird, daß man nämlich eine Vorverurteilung vornimmt. Ich habe nicht gesagt: Das ist Mord, sondern ich habe gesagt: Es besteht der Verdacht, daß durch eine strafbare Handlung der Tod von Holger Meins herbeigeführt worden ist. Und ich habe im gleichen Zusammenhang geäußert, wenn die Öffentlichkeit bereit wäre, es hinzunehmen, daß die politischen Gefangenen in Raten hingerichtet werden, dann wäre das ein alarmierender Hinweis auf den gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft.

Diese Äußerung muß man richtig interpretieren: Einerseits sage ich, es besteht der Verdacht, und andererseits warne ich davor, daß solche Hinrichtung stattfindet. Was heißt Hinrichtung? Hinrichtung heißt, daß jemand, der der staatlichen Gewalt unterworfen ist, durch staatliche Gewalt, und dies kann auch unterlassene Hilfeleistung sein, getötet wird. Eine solche Warnung habe ich ausgesprochen, einen Alarmruf in aller Öffentlichkeit. Weil man natürlich nach dem Tod von Holger Meins zu allen Befürchtungen Anlaß hatte. Wie berechtigt diese Befürchtungen sind, beweist nicht nur der Tod von Holger Meins, sondern beweisen auch die Äußerungen, die jetzt der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz abgegeben hat, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Carstens. Beide haben in etwas variierten Äußerungen zum Ausdruck gebracht, daß es eigentlich nicht mehr zu vertreten sei, daß die politischen Gefangenen, die sich im Hungerstreik befinden, vor dem Tode bewahrt werden. Herr Kohl hat dem Sinne nach gesagt, wenn es so viel kostet, die am Leben zu erhalten, soll man es doch lieber lassen. Und Herr Carstens hat gefragt, ob es überhaupt zu vertreten sei, diese Leute am Leben zu erhalten, wenn sie hungern wollten, sollten sie doch hungern. Der Gleichklang mit Äußerungen in den deutsch-nationalen und faschistischen Zeitungen, wie der Deutschen Wochenzeitung, ist beeindruckend.

KONKRET: Auch in der Presse hat es eine Hetzkampagne gegen die Anwälte gegeben.

SCHILY: Das gehört offenbar dazu, daß man voll auf diese Propaganda eingestiegen ist. Ich muß leider auch feststellen, daß weite Teile der liberalen Presse bedauerlicherweise sich dazu haben hinreißen lassen, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, in diese Kampagne einzusteigen. Beispielsweise wird die Behauptung aufgestellt, die Verteidiger seien eigentlich die Bösen, die bewußt den Hungerstreik herbeigeführt hätten und damit ihre Mandanten dem Hungertod preisgeben. Dazu muß man sagen, solche Vorwürfe sind schon einfach deshalb so ungeheuerlich, weil niemand wissen kann, was die Anwälte ihren Mandanten geraten haben. Wir können uns gegen diese Vorwürfe gar nicht im Detail zur Wehr setzen, weil wir natürlich an unsere anwaltliche Verschwiegenheit gebunden sind. Ich kann Ihnen nicht sagen, was ich meinen Mandanten geraten habe hinsichtlich des Hungerstreiks. Ich kann praktisch nur an Ihre Phantasie appellieren, was ein Anwalt, der es mit seinen anwaltlichen Verpflichtungen ernst nimmt, seinen Mandanten raten wird. Im übrigen muß man wissen, was auch an anderer Stelle und von anderer Seite immer wieder gesagt wird, daß diese politischen Gefangenen durchaus sehr willensstarke und in ihren Zielen und Überlegungen sehr dezidierte Persönlichkeiten sind, die sich im Bezug auf ihre politischen Zielsetzungen kaum von ihren Anwälten beeinflussen lassen. Sie haben ihre Entscheidung in eigener Souveränität getroffen. Wenn sie das aber tun, dann ist es die Verpflichtung des Anwalts, die Forderungen, die mit diesem Hungerstreik verbunden werden, auch -soweit sie berechtigt sind - in der Öffentlichkeit zu unterstützen.

Nun hat man gesagt, das ganze sei ja nur eine Kampagne, um die Verhandlungsunfähigkeit, die Haftunfähigkeit und damit die spätere Haftentlassung durchzusetzen. Auch dies ist eine ungeheuerliche Verdrehung des wahren Sachverhalts. Die Forderung hieß nie: Haftentlassung oder Vermeidung des Prozesses, sondern: Aufhebung der Isolation. Diese Forderung könnte von heute auf morgen erfüllt werden. Sie sehen es in Berlin.)n Berlin war es möglich, von heute auf morgen die Isolation aufzuheben, ohne daß die Sicherheit darunter gelitten hätte.

KONKRET: Es gibt Meldungen, nach denen die Anwälte von ihren Mandanten unter Druck gesetzt worden sein sollen.

SCHILY: Ich bin nicht unter Druck gesetzt worden und ich würde mich auch nicht unter Druck setzen lassen. Wenn von der Mandantenseite ein Druck ausgeübt würde, wenn etwas verlangt würde, was mit meinen Anwaltspflichten nicht vereinbar wäre, wäre das das Ende des Mandats. Das ist doch eine ganz klare Situation. Daß mitunter die Mandanten vielleicht massiv eine Forderung vertreten, die nicht ganz dem entspricht, was der Anwalt sich vorstellt, das kann man sich denken. Nur ist die Frage, ob der Verteidiger einem solchen Verlangen nachkommt. Das ist aber nichts, was sich unterscheidet von anderen Mandaten.

KONKRET: Haben die Anwälte in dem bevorstehenden Strafverfahren überhaupt noch eine Funktion oder dienen sie nicht eher der Verschleierung von Rechtsbrüchen?

SCHILY: Es kann irgendwann der Punkt kommen, wo man sagt, die Mitwirkung ist eigentlich sinnlos geworden. Wann dieser Punkt erreicht ist, ist eine sehr schwierige Frage, die auch mit den Mandanten erörtert werden muß. Wir haben ja jetzt schon erheblich Einschränkungen, an die die Öffentlichkeit sich schon gewöhnt hat. Es ist z.B. auch eine Beschneidung der Verteidigerrechte, daß Durchsuchungen stattfinden. Die Anwälte werden zum Teil in einer Weise behandelt, die mit der Anwaltsehre kaum noch vereinbar ist. Sie müssen sich ihrer gesamten Utensilien vor den Augen eines Untersuchungsbeamten entledigen. Früher mußten sich die Anwälte sogar bis aufs Hemd ausziehen, was inzwischen abgestellt worden ist. Aber solche Maßnahmen, auch die Durchsuchung der Verteidigerpost, sind ja schon erhebliche Einschränkungen. Nur muß man dann fragen, ob dies schon reicht, eine im Sinne der umfassenden Wahrung der Interessen der Mandanten gestaltete Verteidigung vollkommen aufzugeben. Das wird man sehen.

KONKRET: Was kann man unter diesen Voraussetzungen von dem bevorstehenden Prozeß in Stuttgart erwarten?

SCHILY: Die Perspektive dieses Prozesses ist meiner Meinung nach sehr düster, denn von einem fairen Verfahren kann ja längst nicht mehr die Rede sein. Das beginnt bei der äußeren Ausstattung des Prozesses. Wenn man bedenkt, daß hierein eigenes Gerichtsgebäude für 12 Millionen erbaut wird, außerhalb von Stuttgart auf dem freien Feld, neben dem Gefängnis, mit einem Sicherheitsaufwand, der bisher noch nie dagewesen ist, dann ist das eigentlich ein in Beton gegossenes Vorurteil. So hat es der Mitverteidiger, Professor Preuß, einmal genannt.

Vorverurteilung findet aber auch in anderer Form statt. Ich habe bereits die Erklärung von Bundeskanzler Schmidt erwähnt, aber auch die CDU/CSU tut sich da besonders hervor, wenn Herr Carstens sagt, Mörder müssen Mörder genannt werden und von der Mörderbande spricht. Ganz zu schweigen von bestimmten Presseerzeugnissen, allen voran die Springer-Presse. Wenn Sie das alles lesen, was da in der „Bild"-Zeitung geschmiert wird und ähnlichen Produkten, dann kann man von einem fairen Verfahren nicht mehr reden.

Hinzu kommt der ganze Strauß von ad hoc - Gesetzen, die einer weiteren Beschneidung der Verteidigung dienen.

Ein Prozeß unter solchen Umständen ist aber wiederum auch ein Politikum, denn es bedarf einer politischen Interpretation, warum eigentlich ein Prozeß in dieser Form geführt wird. Diese Frage wird sich die Öffentlichkeit vorlegen müssen, warum eigentlich dieser Prozeß als ein nicht mehr fairer durchgeführt wird. Und ob er nicht in der Tat eher eine Art Schauprozeß ist.

-

Konkret 01/75, S. 20

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

„Übertriebenes Mitleid für Menschen, die durch Terror uns vernichten wollen, ist fehl am Platze. Gilt die Stimme des Volkes überhaupt nichts mehr?" fragt **Wilhelmine Lübke** in einem Brief an die „Bild"-Zeitung. Die Witwe des früheren KZ-Baumeisters meinte Holger Meins, nicht den kurz zuvor wegen Erschießen von acht jüdischen Frauen und Männern zu lebenslänglich verurteilten Adolf Kühnel. Bei dem wäre übertriebenes Mitleid wirklich fehl am Platze: Kühnel, 60, erhielt Haftverschonung - wegen hohen Alters.

Noch eine Nutznießerin der Vergangenheitsbewohltätigung: **Leni Riefenstahl,** des Doktor Goebbels filmende Propagandaschnalle und Autorin des Parteitags-Strips „Triumph des Willens" erscheint im „Zeit"-Magazin als „alte Dame" und „jugendliche Lady" im „würdigen Alter von 72 Jahren". **Mick Jagger,** Führer der ‚Rolling Stones", ließ sich von ihr ablichten, nicht ohne -wie die „Zeit"-Leute berichten - „ehrfürchtig" zu sagen: „Ich habe Lenis ‚Triumph des Willens' fünfzehnmal gesehen." Die „Zeit" findet das „verständlich, denn die brillante Regisseurin der Hitlerzeit ist heute zur Heroine der angelsächsischen Popszene aufgestiegen." Ein Satz mit Tiefenwirkung: Daß in der angelsächsischen Popszene zwar nicht die Heroine, doch die Heroin-Händler Regie führen; hat man schon gehört. Aber daß es Leni gewesen sein soll, die die Hitlerzeit in Szene gesetzt hat, gibt zu denken. Chor der Moorsoldaten: I can't get no satisfaction . . .

Vom „Zeit"-Magazin zur „Zeit" als solcher, von Leni Riefenstahl zu **Marion Dönhoff,** Lady wie Leni. Die Gräfin, so erfuhr man im Laufe der Guillaume-Ermittlungen, hat sich als „Zeit"-Chefredakteuse mit dem BND-General Gehlen „außerordentlich gut verstanden". Überhaupt kam über die Beziehungen des Pullacher Nachrichtenschiebers zu der damals sogenannten „liberalen Presse" manches raus. Etwa in der Aussage des früheren Gehlen-Adlatus Kurt Weiß: „Wir haben uns dann mit den beiden Chefs des ‚Spiegel' **(Augstein und Becker)** zusammengesetzt. Wir haben dann . . . einen kleinen Film ablaufen lassen, und der ‚Spiegel hat das natürlich dankbar entgegengenommen . . . Es war gar nicht schwer, sie haben alles genommen und so gebracht, wie wir es gerne wollten."

Der Satz: „Für ein Kind ist es auch in Westdeutschland entscheidend, in welche Klasse es hineingeboren wird; als Mitglied des Bürgertums und Teilen der Intelligenz erlangt es durch die Geburt Vorteile wie Namen, Besitz, Beziehungen und die Möglichkeit guter Ausbildung, die es gegenüber allen anderen Kindern der Gesellschaft hervorhebt . . .", dieser Satz hat im niedersächsischen Landtag zu einer - wie die FAZ schrieb „erfolgreichen" - Anfrage der CDU-Opposition geführt. SPD-Minister **Mahrenholz** erklärte, auch er halte den Text nicht für geeignet, in Klasse 6 behandelt zu werden. (Was eigentlich, wegen erneuter Verwendung des Wortes „Klasse", zu einer neuerlichen CDU-Anfrage hätte führen müssen.) SPD-Mahrenholz berichtete auch, daß der Schulleiter den „sehr lernwilligen" Lehrer, der diesen Text zum Diktat benutzt hatte, zurechtgewiesen habe. Empfehlung an etwas weniger lernwillige Lehrer: Diktiert aus dem Ahlener CDU-Programm: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden . . ." Möglich, daß die CDU-Troglodyten trotzdem protestieren, aber vielleicht findet dann Mahrenholz sein Rückgrat wieder.

„Professor Dr. **Herbert Weichmann,** Dienstagabend im Haus der Patriotischen Gesellschaft. Aus dem benachbarten ‚Fleetenkieker' drang fröhlicher Lärm, zwei Bereitschaftswagen der Polizei schmiegten sich an die Dunkelheit - Sorglosigkeit und Vorsicht Rücken an Rücken." Beinahe ein „Zeit"-Symbol, aber es stammt aus dem **„Hamburger Abendblatt"** (Springer). Draußen also Petting der Peterwagen, drinnen -in Gesellschaft der Patridioten - ein Weichmann. „Er wolle dazu beitragen, die schweigende Mehrheit zu mobilisieren. Aber auch an diesem Abend war sie zu Hause geblieben." Rücken an Rücken? Sorglos oder vorsichtig? Oder mit fröhlichem Lärm im Dunkeln? Und ohne einen Weichmann.

Leutnant **William Catley,** 1971 wegen Ermordung von 22 vietnamesischen Zivilisten in dem Dorf My Lai zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, wurde jetzt von einer zivilen Berufungsinstanz freigesprochen. Damit sind alle Beteiligten an dem Massaker, bei dem 347 Dorfbewohner niedergemetzelt wurden, wieder in Freiheit. Aber es ist nicht so, daß die US-Armee keine Schuldigen gefunden hätte: Es waren, so der abschließende „Peers Report", „mißverständliche Befehlsausgaben". Das erinnert an eine Geschichte, die Tucholsky erzählt: Zwei ältere Hamburgerinnen haben „Kabale und Liebe" gesehen. Als sie aus dem Theater kommen, sagt eine seufzend zur andern: „Gott, was Mißvers-tändnisse."

Noch immer sind die USA und der CIA mit der Verteidigung ihrer Beihilfe zum Allende-Mord beschäftigt. CIA-Chef **William Colby** hat jetzt den Anspruch der USA bekräftigt, für ihre Interessen und die ihrer Verbündeten „in allen Ländern diskret zu intervenieren". Beispiel einer solchen diskreten Intervention war Chile (Diskretion ist Ehrensache). Indiskret ist dann wohl, wenn man gleich mit Atombomben schmeißt.

Sebastian Haffner, einst Springers kältester Krieger, dann zur Apo-Zeit Mitschreiber der Rebellion, ist auf dem Weg zurück schon weit gekommen. „Ich möchte wirklich wissen", fragt er im ‚Stern', „was meine liberalen Freunde, die im Fall der Roten Armee Fraktion die lange Dauer der Untersuchungshaft . . . tadeln, selbst an Stelle der Richter und Gefängnisbeamten tun würden." Denn gerade „die aufrichtigen Liberalen" (wer immer das ist) sollten sich „ernstlich prüfen, ob sie den Rechtsstaat, den sie in Gefahr glauben, durch mäkelnde Kritik an seiner Selbstverteidigung nicht selber gefährden." Klartext: Wer verlangt, daß der Staat und seine Organe die Gesetze strikt einhält, gefährdet den Rechtsstaat. Wann heuert Haffner wieder bei Springer an?

1975 wird das Programm des ersten Fernsehens um 9640 Minuten gekürzt. ARD-Programmdirektor **Hans Abich:** „Dabei ist nicht auszuschließen, daß sich auf diese Art das Programm auch verbessert." Weitere Verbesserungsvorschläge - Stunden, Tage, Wochen - nimmt die ARD-Programmdirektion entgegen.

Der **„Spiegel"** schreibt: „Beweismaterial aus allen Nationen - so Schilderungen weiblicher Gefangener über Vergewaltigungen und sexuelle Quälereien - sammelt eine Zentrale ausgerechnet im galanten Paris." Der Verfasser bleibt, wie immer, anonym. Ein anonymer Drecksack.

Alle haben sie geweint bei **Hedwig Courths-Mahlers** „Bettelprinzeß". „Welt"-Libero Valentin Polcuch: „Der Endesunterzeichnete jedenfalls bekennt sich in allem Freimut zu einer Träne, die er zum rührenden Schluß der Bettelprinzeß sich aus dem Augenwinkel wischte." Auch Sozialdemokraten wurden weich und so standen „selbst vielen Erwachsenen die Tränen in den Augen und - so das Ergebniseiner Morgenpost-Umfrage - sie schämten sich ihrer Rührung nicht." Die SPD-Zeitung scheint überhaupt entschlossen, sich für gar nichts mehr zu schämen. Unkommentiert zitiert sie die Morgenpost-Leserin Ingrid Buchbinder, 46: „Mit vierzehn habe ich die Bücher gelesen. Es wäre schön, wenn diese Zeiten wiederkämen." Als Frau Buchbinder 14 war, schrieb man das Jahr 1942. Ein bißchen schämen möcht' schon sein.

BND-Gehlen sagte am 20. November vor dem Guillaume-Ausschuß aus. Schlagzeilen am 21. in der **„Welt":** „Keine politische Aufklärung im Inland", und in der **„Frankfurter Rundschau":** Inlandsaufklärung bestätigt". Der Verleger der „Hessischen Allgemeinen", Paul Dierichs, hat den unteilbaren Axel vorab exkulpiert: „Man muß der Presse auch die Freiheit geben, Lügen zu verbreiten, denn die Pressefreiheit ist unteilbar."

Die „Welt" meldet: „Jahrhundert-Rekord der Deutschen: Sie tranken 1973 pro Kopf 12,22 Liter Alkohol." Der Anteil, den „Welt"-Redaktionsdirektor Herbert Kremp an der Steigerung hat, wird in der Statistik nicht extra ausgeworfen. Unfälle wegen Trunkenheit am Steuer lassen Kremps Bemühungen, daß die Deutschen jetzt auch im Suff vorn sind, bloß ahnen.

„Eine nachhaltige Beeinflussung der Belegungsfrequenzen in den Heilbädern und Kurorten der Bundesrepublik dürfte in den kommenden Monaten aufgrund der absehbaren Anpassungsprozesse im Markt nicht zu erwarten sein", heißt es in einer Pressemitteilung von der Herbsttagung **sozialdemokratischer Kurdirektoren.** Und dazu haben Liebknecht und Bebel die Partei gegründet.

„Der lange Marsch" ist eine Westberliner Zeitschrift, die ihre politische Position unter anderem dadurch ausweist, daß Rudi Dutschke an ihr mitarbeitet- der Rudi Dutschke, der am Grab von Holger Meins vor den Kameras der „Bild"-Reporter die geballte Faust reckte und ausrief: „Holger, der Kampf geht weiter." Diese Zeitschrift nun druckt einen Leserbrief mit dem redaktionellen Vorspann: „Wir veröffentlichen diesen Leserbrief, weil wir der Meinung sind, daß in der Diskussion über die RAF und Nachfolger auch die *knallharte* Ablehnung von RAF-Positionen einbezogen werden muß." Irgendwo muß es offenbar immer knallen bei den Jungs, die zu den „Knallt die Schweine ab"-Positionen der RAF eine knallweiche Position haben.

Das Zitat des Monats Dezember stand im **Playboy**, über Fidel Castro: „Als der heute 47jährige 1927 in der Großgrundbesitzerprovinz Oriente geboren wurde, sah es nicht danach aus, daß der kleine Fidel jemals einen Präsidenten der USA verschrecken könnte. . ." Als Hitler 1889 im Innstädtchen Braunau geboren wurde, sah es auch nicht danach aus,

daß der kleine Adolf jemals sechs Millionen würde umbringen lassen.

Konkret 01/75, S. 22

Holger Strohm

Atomkraftwerke - der geplante Selbstmord

Im Firmenwappen der Kernreaktorbauer könnte der Spruch stehen „Ach wie gut, daß niemand weiß . . ." Zum Beispiel: Daß ein Stück Plutonium von der Größe einer Apfelsine, fein verteilt, ausreichen würde, alle Menschen dieser Erde durch Lungenkrebs zu töten. Daß die Strahlungen von Kernkraftwerken und Reaktorabfällen zu Krebs, Leukämie und Totgeburten führen können. Daß ein Reaktorunfall ganze Länder unbewohnbar machen würde. Daß die Bundesrepublik am 25. Februar 1973 nur ganz knapp an einem solchen Unfall vorbeigekommen ist. Daß alljährlich radioaktives Material zentnerweise verlorengeht oder gestohlen wird. Und daß ein vierzehnjähriger Schüler eine Atombombe bauen kann.

Heute wird erst 1 Prozent der elektrischen Energie in Kernkraftwerken gewonnen. Im Jahr 2000 sollen es 70 bis 80 Prozent sein. Bis dahin will man den Elektrizitätsverbrauch verachtfachen. Dann werden die Reaktoren rund 500mal mehr Wärme, Radioaktivität und Atommüll produzieren.

Sicher ist, daß dies die Wärmeenergie-Balance der Erde stören, daß sich das Klima verändern wird, der Meeresspiegel sinken sowie Pflanzen- und Tierarten aussterben können.

Schon beim Normalbetrieb geben Kernkraftwerke radioaktives Tritium, Krypton und Jod ab. In den Wiederaufbereitungsanlagen werden noch größere Mengen frei, dazu radioaktives Xenon und Jod-129. Die Radioaktivität von Jod-129 baut sich in 17 Millionen Jahren nur um 50 Prozent ab.

Das britische Committee for Environmental Conservation und die Royal Society of Art hielten die Gefahr in einem Report vom Juli 1974 fest: Wenn die Zunahme der Strahlungsmenge um ein Rem (Röntgen pro Mensch) zu einem zusätzlichen Krebsfall unter 1000 Einwohnern führt, so bedeutet dies 50 000 zusätzliche Krebsfälle allein für Großbritannien.

In den heute gebauten Kernkraftwerken mit 1300 Megawatt Leistung sammelt sich nach drei Jahren Betriebsdauer die Radioaktivität von 4000 Hiroshima-Bomben. Die Explosion eines solchen Reaktors würde aus der Bundesrepublik eine Mondlandschaft machen. Auch die amerikanische Atomenergiekommission (AEC) gibt zu, daß schon ein größerer Leichtwasserreaktor-Unfall bei ungünstigen Wetterbedingungen ein Katastrophengebiet von der halben Fläche der Bundesrepublik entstehen ließe.

Dennoch ist der angesehene Sicherheitsexperte C.J. Hocevar aus der Atomenergiekommission ausgetreten: entgegen den beruhigenden Versicherungen, die die Kommission einer uninformierten und irregeführten Öffentlichkeit gebe, seien „die ungelösten Fragen der Reaktorsicherheit so schwerwiegend, daß die Vereinigten Staaten den Bau von Atomkraftwerken ganz stoppen sollten". Zudem wurde bekannt, daß die Kommission die Ermittlungen ihrer eigenen Sicherheitsexperten „systematisch unterdrückt" (so der Vorsitzende der Union of Concerned Scientists, Daniel Ford).

Zu den wichtigsten Reaktorsicherungen gehören die Notkühlsysteme. Die von der AEC im Sommer 1973 durchgeführten Notkühlsystem-Versuche waren niederschmetternd. Bereits im November 1970 und im März 1971 hatten die Notkühlsysteme bei ähnlichen Tests vollkommen versagt. Herbert J. C. Kouts, Direktor der AEC, meinte, daß das Versagen der Notkühlsysteme keinen überrascht habe, man hätte nichts anderes erwartet. Über 20 Prozent der Notstromdieselaggregate der Notkühlung hatten versagt, obgleich die AEC verlangt, daß sie zu 99 Prozent sicher sein müssen.

Sir Alan Cottrell, wissenschaftlicher Chefberater der britischen Regierung und international geachteter Metallurgist, warnte im Frühjahr die britische Regierung: Man wisse nicht genug, um garantieren zu können, daß ein Druckbehälter nicht breche. Er wies darauf hin, daß die kritische Bruchlänge zur Auslösung eines schnellen Bruches geringer sei als die Wandstärke des Druckbehälters. Dieser Bruch könne sich bei normalen Betriebsbedingungen ohne vorherige Anzeichen so schnell entwickeln, daß alle Gegenmaßnahmen zu spät kämen.

Die Union of Concerned Scientists zählt eine ganze Reihe technischer Mängel auf, die auch die Sprüh- und Flutsysteme bei einem Kühlwasserverlustunfall wirkungslos machen würden.

Dennoch berufen sich die bundesdeutschen Industriefirmen und Sicherheitsbehörden auf die unzuverlässigen und systematisch verfälschten Reaktorsicherheitsunterlagen der AEC. Und dies, obwohl in der BRD die größten Kernkraftwerke der Welt gebaut werden.

Die Möglichkeit eines katastrophalen Unfalls wurde von der der UNO angeschlossenen Internationalen Atom Energie Agentur (IAEA) mit 1 : 10 000 für einen 1000-Megawatt-Reaktor pro Jahr angegeben. Nach Bekanntwerden der umfangreichen Verfälschungen der Sicherheitsunterlagen schätzen viele amerikanische Experten die Wahrscheinlichkeit für einen Riesenunfall auf 1 : 1000. Eine ähnliche Schätzung für den Bruch einer Kühlwasseranlage, die einen solchen Unfall einleiten kann, wird von der AEC mit einer Wahrscheinlichkeit von l : 1000 pro Reaktor und Jahr angegeben. General Electric nennt in einem Bericht für ihre Reaktoren eine Möglichkeit von l :)0 000.

Als Eric Varley, der britische Minister für Energie, am 10. Juli 1974 die Entscheidung der Britischen Regierung gegen das Druckwasserprogramm des Central Electricity Generating Board bekanntgab, reagierte er damit auf die Voraussagen von Sicherheitsexperten, daß man ab 1980 alle 5 Jahre mit einem ernsthaften Reaktor-Unfall in der Welt rechne. Drei angesehene britische wissenschaftliche Vereinigungen kamen zu dem Schluß: „Es ist schwierig zu glauben, daß kein ernsthafter Reaktorunfall vor dem Jahr 2000 auf Weltebene eintreten wird."

Die AEC ließ unterdessen mit 3 Millionen Dollar Aufwand eine Studie anfertigen, die das Risiko eines katastrophalen Unfalls auf 1 : 1 Milliarde bagatellisierte. Dabei arbeitete die AEC mit allen Tricks: So wurden Sabotage, Kriege und Gewalteinwirkungen nicht berücksichtigt; ein Versagen der Notkühlung wurde entgegen eigenen Erkenntnissen mit 1 : 1000 angenommen. Man ging von 2000 Reaktorjahren Erfahrung aus, obgleich Kernkraftwerke über 500 Megawatt erst 75 Reaktorjahre bestehen. Ein großer Teil der Gutachter stand direkt oder indirekt auf der Gehaltsliste der AEC. William Bryan vom National Instiute for Applied Research sagte vor dem Kalifornischen Parlament aus, daß die AEC die verwendeten Werte so oft manipuliert habe, bis die gewünschte Unfallwahrscheinlichkeit erreicht war.

Noch sind die Mengen hochradioaktiver Abfälle relativ klein. Aber schon im Jahre ?000 sollen Mengen von 100 Milliarden Curie erreicht werden. Die Spaltprodukte müssen im allgemeinen Tausende Jahre und die transuranischen Aktivitätsprodukte Millionen Jahre strikt isoliert werden. Zu diesen transuranischen Aktiniden gehören auch das Plutonium und andere Substanzen, die eine 10 000fach höhere radiologische Wirksamkeit als das Natur-Uran und seine Tochterprodukte haben.

Ernst Winter, Berater des „Gouverning Councils" der UNO, berichtete, daß die transuranischen Abfälle 20 Millionen Jahre aus der Umwelt ferngehalten werden müssen. In einem Report, der im Februar 1974 für das „Gouverning Council" angefertigt wurde, wird festgestellt: „Solche toxischen Radioisotope verlangen eine unfehlbare und ewig dauernde Isolierung von der Biosphäre und es ist schwer vorzustellen, wie dies möglich sein sollte." Zu einem ähnlichen Schluß kommt selbst die AEC, die durch ihren Direktor Pitmann am 5. Juli 1972 erklären ließ, (laß es keine sicheren Deponien für Atommüll gebe.

Als Übergangslösung bedient sich die AEC ausschließlich der Lagerung in Tanks, während man alle anderen Lösungen vorläufig verworfen hat. In der BRD betrachtet man die Lagerung in Salzbergwerken als die sicherste Lösung. Nobelpreisträger Prof. Alfven fragte dazu: „Welcher verantwortliche Geologe kann garantieren, daß hochradioaktiver Müll für viele hunderttausend Jahre in Salzbergwerken absolut sicher ist, obwohl auf diesem Gebiet keinerlei Erfahrungen vorhanden sind."

Aber auch die Lagerung in Tanks bringt viele Probleme mit sich, da die Tanks durch die Radioaktivität aufgelöst und brüchig werden. Bis 1970 waren über 15 lecke Tanks in Hanford und Savannah gemeldet worden, und seitdem reißen die Meldungen über neue Lecks nicht ab.

Am 8. Juni 1973 liefen über 430 000 Liter in Richland aus. lm Juli 1973 liefen in Hanford fast 2 Millionen Literradioaktiven Mülls aus. Bei ähnlichen Lecks wurde in Savannah River (Südkarolina) das Grundwasser mit radioaktiven Stoffen kontaminiert. Im September 1973 fanden die Gesundheitsbehörden Colorados im Trink- und Grundwasser radioaktive Rückstände aus Plutonium und Tritium, die aus einem Atommüllager der AEC in der Nähe von Rocky Flats stammten. Am 14. November 1973 liefen in Hanford ?5 000 Liter hochradioaktiven Mülls aus. Im April 1974 liefen 9500 und 7500 Liter in Richland, Washington, aus.

Die AEC berichtete im April 1972, daß in Hanford 300 Kilo Plutonium aus Tanks herausgesickert und in den Erdboden gedrungen sind. Jetzt müsse man das Plutonium entfernen, da man befürchte, es könnten sich kritische Massen zu einer

Explosion finden.

Im März dieses Jahres sagte Bruce L. Welch, Sabotageoffizier der Marine, vor einem Ausschuß des US-Kongresses: „Ich könnte mir drei oder fünf Mann aus einem Ex-Marinesprengkommando, Marinespähtrupp oder Green-Beret-Kommando willkürlich heraussuchen und praktisch jedes Kernkraftwerk in diesem Lande sabotieren . . . Es gäbe keinen Weg, uns daran zu hindern . . ." Zur Bestätigung zählte er ein Dutzend Methoden detailliert auf. Als .gutes Ziel bezeichnete er die Kühlwassereinlaufrohre eines Kernkraftwerkes. Saboteure könnten Zeitbomben anbringen und zünden. Durch Explosion würden starke Schockwellen innerhalb des Kühlsystems auftreten, die Rohre, Pumpen und Ventile zerstören könnten.

Am 7. November 1973 wurde in den USA eine Studie veröffentlicht, die der Senat in Auftrag gegeben hatte. In ihr wird über die unzureichenden Sicherheitseinrichtungen zum Schutze angereicherten Urans und Plutoniums berichtet, die als Anfangs- oder Ausgangsprodukte für Kernkraftwerke nötig sind, aus denen sich aber auch Atombomben herstellen lassen.

Der Bau einer Atombombe ist erschreckend leicht. Eine Person, die nur die einschlägig veröffentlichte Literatur versteht, kann aus ungefähr 10 Kilogramm Plutoniumoxyd innerhalb einer Woche eine Atombombe in ihrem Keller zusammenbauen, die mit einer ungefähren Sprengkraft von 100 Tonnen hochexplosiver Chemikalien vergleichbar ist.

Professor Arthur Tamplin von der Berkeley University berichtete KONKRET: „.Um eine Atombombe zu bauen, genügt es, die Anweisungen in der Encyclopaedia Britannica zu befolgen. Der Bürgermeister von Jacksonville, Florida, bekam vor zwei Jahren einen Briet, in dem er mit der Zündung einer selbstgebastelten Atombombe erpreßt wurde. Eine Beschreibung der Bombenkonstruktion war beigefügt. Die amerikanische Atom-Energiekommission, die den Bauplan prüfte, hielt ihn für glaubwürdig. Aber bevor sich Panik unter den Behörden breitmachen konnte, wurde der Erpresser festgenommen: ein vierzehnjähriger Schüler."

Bereits jetzt ist genügend strategisches Material gestohlen worden, um Dutzende von Atombomben zu bauen. 1966 vermißte die Nuclear Materials Enrichment Corporation in Pennsylvania 6 Prozent ihres strategischen Materials. Anfang 1974 wurde dem Congress mitgeteilt, daß die AEC 5 Millionen Dollar ausgegeben hatte, um den Diebstahl von 132 Pfund Uran-235 aufzuklären. Es gelang nicht, obgleich die AEC zugab, daß I I Pfund Uran-235 ausreichen, eine Atombombe zu bauen.

Bis zum Jahr 1980 soll allein in den USA durch die Kernkraftentwicklung ein Jahresbedarf von über einer Million Kilo strategischen Bombenmaterials im Umlauf sein. Zwangsläufig wird dann noch mehr gestohlen, obgleich laut einer geheimen Studie der AEC die Folgen schon jetzt furchtbar wären: Bei der Zündung einer Atombombe in der Nähe von Atommülltanks, die hochradioaktiven Müll enthalten, könnte so viel Radioaktivität verdunsten, daß der folgende Fall-Out menschliches Leben in der nördlichen Hemisphäre nicht mehr und in der südlichen nur noch bedingt zuließe. „Bedingt" heißt hier: Mit gefilterter Luft und gefiltertem Wasser.

Plutonium ist das gefährlichste Gift für den Menschen. Fein verteilt kann schon ein einziges Pfund Plutonium bei neun Milliarden Menschen Lungenkrebs auslösen. Außerdem ist Plutonium extrem aggressiv, es zersetzt alle Behälter und ist sehr schwer zu beherrschen. Der AEC-Commissioner Clarence E. Larson berichtete, daß die Industrie jährliche Verlustraten von 1 bis 2 Prozent für unvermeidlich hält. Dies ist besonders erschreckend, wenn man die geplanten Produktionsmengen betrachtet: Im Jahr 2010 werden es zehntausende Tonnen sein - ein Potential, das ausreicht, diesen Planeten in einen Mond zu verwandeln. Denn auch das Blattgrün verträgt die künstlich erzeugte Substanz „Plutonium" nicht. Daß die Isolierung von Plutonium überhaupt gelingt, daran glaubt nicht einmal das US-Innenministerium.

Doch die Kernkraftwerke gefährden nicht nur Gesundheit und Leben, sie sind auch nicht einmal rentabel. Ein hoher Beamter der AEC sagte über die Wirtschaftlichkeit und Energiestatistiken von Kernkraftwerken: „Die Zahlen in der Literatur schwanken mindestens um einen Faktor von 10. Aus drei Gründen werde ich nicht versuchen, Ihnen genauere Zahlen anzugeben: 1. Sie existieren nicht, auch innerhalb der AEC nicht. 2. Wenn sie existieren würden, könnten sie aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden. 3. Wenn sie existieren und freigegeben würden, würde ich trotzdem nichts davon glauben."

Diese Worte beschreiben die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken präzise. Es ist die einer Energiequelle, in die in den USA in den letzten 25 Jahren über 100 Milliarden Mark für Forschung und Entwicklung gesteckt wurden und der es

erstmals in diesem Jahr gelang, mit dem Feuerholz als Energiequelle gleichzuziehen.

Die Kernenergie war noch nie wirtschaftlich. Die Atomindustrie wäre sofort bankrott, wenn sie die wirklichen Kosten, die sie verursacht und die bisher aus Steuergeldern oder gar nicht beglichen wurden, zu bezahlen hätte. Es sind dies die Kosten für den Lungenkrebs der Uranbergarbeiter und der durch Plutoniumstaub gefährdeten Bevölkerung, für die Zerstörung der Gewässer, für Versicherungen im Falle eines nuklearen Unfalls, für die Lagerung radioaktiver Abfälle und des Atommülls, für genetische Schäden und Totgeburten, für Krebs und Leukämie, für die Kosten der Forschung und Entwicklung der Kernkraftwerke sowie für die Übernahme von Ausfallgarantien und Bauzuschüssen durch den Staat.

Es gibt Pläne, 4000 Nuklearparks mit jeweils 40 Millionen Kilowatt Leistung und 80 Millionen Kilowatt Abfallwärme zu errichten. Diese Parks würden jährlich 700 Milliarden Curie hochaktiven, langlebigen Müll erzeugen. Als Brennstoff würden jährlich 1,8 x 108 Kilo Uran-238 und Thorium-232 benötigt, die aus 5,5 x 10'z Kilo Granit erzeugt würden (das ist zweimal mehr als der gegenwärtige Kohleverbrauch der Erde).

Die derzeitigen Abfälle aus dem Uranabbau betragen in den USA über 100 Millionen Tonnen, die vollkommen ungeschützt gegen Erosion in riesigen abstrahlenden Kiesbergen gelagert werden. Der Radiumteil in diesen Abfällen ist hundertmal höher als im Uranerz. Es ist vollkommen ungeklärt, was in Zukunft mit den gewaltigen Mengen Abfall geschehen soll, die durch den Ausbau der Kernenergie entstehen.

Zum Abbau der Uranerze, zum Wiederaufbereiten und für Transporte werden ungeheure Energiemengen benötigt. Nach Angaben von Prof. E.J. Hoffmann (University of Wyoming) geht ungefähr die Hälfte der Nennleistung eines Kernkraftwerks wieder zurück in dessen Kreislauf.

Die Analyse kürzlich veröffentlichter Daten ergibt für kommerzielle Kernkraftwerke von über 100 Megawatt einen Leistungsfaktor von 54 Prozent an. Laut David D. Comey fiel der Leistungsfaktor für die ersten 6 Monate des Jahres 1974 sogar auf 50,4 Prozent ab. Die AEC Daten von 1973 und 1974 zeigen, daß der Leistungsfaktor für Kernkraftwerke, die länger als 7 Jahre im Betrieb waren, nur noch bei 38 Prozent liegt.

Das bedeutet, daß Brennkreislauf und Inbetriebnahme eines Kernkraftwerks mehr Energie verbrauchen, als durch die Kernenergie erzeugt wird. Berücksichtigt man den weiteren Energieverbrauch z.B. für den Atommüll, der für die nächsten Millionen Jahre gewartet und gekühlt und alle 20 Jahre mit neuen Behältern versehen werden muß, so ergibt sich neben der Gefährdung allen Lebens ein Energieverbrauch, der weit größer ist als die von Kernkraftwerken erzeugte Energie.

Weitere finanzielle Belastungen kommen später durch die Demontage von Kernkraftwerken hinzu. Bei diesem Vorgang, der sehr kostspielig und kompliziert ist, fallen pro Kernkraftwerk ungefähr 6000 Kubikmeter an festem Müll mit unterschiedlichen Aktivitätsgraden an. Für die Demontage der kleinen Wiederaufbereitungsanlage in Mol, Belgien, werden viele Millionen Mark veranschlagt.

Die Kernenergie hat einen besonders hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft, sie ist die Achillesferse der „sozialen Marktwirtschaft". Ohne ausreichende Energien ist jenes Wirtschaftswachstum nicht möglich, das ein marktwirtschaftliches System zur Überwindung seiner eingebauten Schwierigkeiten braucht. So benötigt Reynold Aluminium in der Endproduktion mehr Energien als die zwei Millionen Hamburger einschließlich Kleingewerbe, um seine Einwegbehälter - Aluminiumgetränkedosen und -Folien herzustellen.

Da Energie aber nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung steht, erschien der Industrie, Institutionen und Politikern die Kernenergie als rettende Lösung. Zur Beruhigung der Bevölkerung entwickelte man eine Sicherheitsphilosophie, die hauptsächlich auf verfälschten Unterlagers beruht. Auch General Electric, der Lizenzgeber für deutsche Kernkraftwerke und alleinige Besitzer großer kapitalintensiver Testanlagen, ging mit den wissenschaftlichen Forschungen, die mit Millionen Steuergeldern durchgeführt worden waren, großzügig um.

Nicht nur, daß sich bundesdeutsche Behörden ohne eigene Oberprüfungen auf manipulierte Unterlagen verließen, sie unterdrückten auch andere Informationen und ließen durch Steuergelder und Subventionen Millionen Broschüren mit Falschinformationen verbreiten.

Die Energieplaner, die voraussagen, daß sich der Elektrizitätsbedarf in den nächsten 10 Jahren verdoppeln wird und dann alles tun, um ihre Prophezeiung zu verwirklichen, sollten von vernünftigen Politikern gestoppt werden. Daß dies möglich ist, ohne den Lebensstandard zu senken, hat ein Report der in dieser Frage gewiß unverdächtigen Ford Foundation längst ermittelt.

Da die Kernenergie unwirtschaftlich und gefährlich ist, für ihre Entwicklung große Mengen herkömmlicher Brennstoffe verwandt werden und die Reserven der Kernbrennstoffe nicht länger als die herkömmlichen vorhalten werden, sind keine langfristigen Vorteile von der hektisch vorangetriebenen Kernenergie zu erwarten. Es wird nur der Verbrauch der anderen Brennstoffe beschleunigt.

Noch einmal Professor Tamplin: „Wenn Politiker meinen, daß sie das Recht haben, unsere noch nicht geborenen Urenkel zu gefährden, dann ist die Kernenergie der sicherste Weg dazu."

Konkret 01/75, S. 28

Carl L. Guggomos

Volle Kassen - hoch die Tassen

Über die Schwierigkeiten des Bonner Verteidigungsministeriums beim Ausgeben überflüssiger Mittel

An die 40 Milliarden DM Defizit verzeichnet der öffentliche Haushalt der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit. Dieser Fehlbestand ist das Hauptargument der Macher dafür, daß sie keine sozialen Reformen mehr machen.

Klar, daß an allen Eckchen und Enden, an jeder Schule und an jedem Kindergarten, an jedem Stückchen Berufsausbildung oder Arbeitsschutz gespart werden muß. Nur an einem Brocken darf kein Rotstift angesetzt werden: am Rüstungsetat. Der ist von allen Tabus dieser Republik das allerunantastbarste. Das hat Folgen. Die Bundeswehr hat nicht zu wenig Geld, sie hat zuviel. Sie kam im abgelaufenen Jahr gar nicht dazu, alles auszugeben, was vorhanden war.

Im November und Dezember konnte man in den Lobbyisten-Infos die unverhüllte Aufforderung der Rüstungsbeschaffer aus dem Ministerium an die Rüstungslieferanten nachlesen, doch noch schnell vor Ultimo Angebote abzugeben, daß man noch Vorauszahlungen leisten könne. Denn: Was am 21. Dezember nicht ausgegeben ist, fließt zurück ins Sparschwein - eine schreckliche Vorstellung vor allem für die Leute aus dem Verteidigungsministerium. Denn was würden Parlamentarier bei der nächsten Etatvorlage mit erhöhtem Ansatz sagen, wenn man nicht mal den niedrigeren Etat des vergangenen Jahres ausgeschöpft hat?

Im Jahr der Finanzkrise 1974, als bei jedem bescheidenen Reformwunsch das Menetekel eines Staatsbankrotts an die Wand gemalt wurde, griff der militärischindustrielle Komplex dabei ohnehin schon so ungeniert in die Kasse, daß es einem bunt vor Augen wird. Hier ein paar Beispiele und nicht mal die größten.

•

Rund 40 Millionen DM steckten 14 Konzerne für „Forschungsvorhaben im Bereich Festkörperphysik" ein. Die Konzerne - u.a. AEG, Siemens, SEL, Bosch -bekamen dieses Geld ohne jede Rückflußpflicht. Nur ein Bruchteil der Forschungsergebnisse ist für den militärischen Bereich auswertbar, der Rest ausschließlich für den zivilen, den diese Konzerne ohnehin ausgeforscht hätten. Mit anderen Worten: Das Verteidigungsministerium steuerte 40 Millionen DM zum Konzern-Profit bei.

•

2,1 Milliarden DM beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages im März 1973, als Festpreis für die Lieferung von 432 Flakpanzern, Typ Gepard 1, an die Firma Krauss-Maffei auszuschütten. Im Jahr 1974 war das Krauss-Maffei zu wenig - der Profit wäre zu klein geraten. Das Ministerium erklärte sich freundlichst bereit, für das gleiche Geld weniger Panzer zu akzeptieren.

•

24 Millionen DM jagte eine „Arbeitsgemeinschaft Feststoff-Triebwerks-Technologie" von Dynamit Nobel und Bayer-Chemie durch den Schornstein. Die AG wurde im Herbst 1973 auf Betreiben des Leber-Ministeriums „im nationalen Verteidigungsinteresse" gegründet und sollte zwei Jahre lang monatlich eine Million Mark erhalten, „projektungebunden". Nobel verlor inzwischen die Lust an der AG, kündigte sie für dieses Jahr und stellt obendrein den Betrieb im Werk Liebenau, wo man mit dieser Technologie arbeitete, ein. Hinausgeworfenes Steuergeld für die Konzernkasse, von Ergebnissen keine Spur.

•

1,5 Millionen DM pro Panzer (!) kostet die Umrüstung des in der Bundeswehr noch gebräuchlichen US-Panzers M 60, weil ein stärkerer Motor gebraucht wird und das Kanonenrohr stabilisiert werden soll. Diese immensen Kosten werden ausgeworfen, obwohl die neue Panzer-Generation schon angelaufen ist. Fragt man nach den Ursachen, kommt man zu zwei sich ausschließenden Ergebnissen: Entweder ist die Umrüstung nicht nötig, oder man hat sich seinerzeit von den Amis einen untauglichen Tank aufschwatzen lassen.

•

Nicht nur Konzerne, auch Einzelpersonen greifen zu. Der Ex-Staatssekretär im Verteidigungsministerium Johannes Birckholz bekam für zwei Jahre einen ‚Beratervertrag" der ihm monatlich 1900 Mark plus Reisespesen einbrachte. Er sollte dafür „Expertisen" liefern. In Bonn geht das handfeste Gerücht, er habe nie eine Zeile abgeliefert, sondern nur „mündlich Bericht erstattet". Der Ex-Generalleutnant Herbert Büchs, der sich zu einem NATO-Verein verbesserte, bekam ebenfalls einen zweijährigen „Beratervertrag", der mit monatlich 2500 DM dotiert war. Er sollte dafür eine „Dokumentation" erstellen. So gut bezahlte Archivare gibts im öffentlichen Dienst sonst nicht nebenamtlich.

•

Nicht von Pappe, aber mit Pappe zu tun, hat auch ein Geschäftchen, das die bereits erwähnte Dynamit Nobel AG an Land zog: Einen Auftrag für 300 000 Panzerfaust-Granaten, Typ Lanze 32, Kostenpunkt 58 Millionen. Bedingung des Haushaltsausschusses war, daß Nobel noch andere Unternehmer mitverdienen ließ. Das paßte Nobel nicht. So wurde jetzt ein zweiter Auftrag in gleicher Größenordnung nachgeschoben. Nun wird der Profit für Nobel wohl stimmen. Aber auch für die Sub-Unternehmer: Denn einer von ihnen berechnet die Papp-Verpackung pro Granate mit sage und schreibe 25 DM.

Nun werden vielleicht arglose Gemüter auf die Idee kommen, die für die Beschaffung von Rüstungsgütern verantwortlichen Herren im Verteidigungsministerium seien nicht ganz bei Troste. Aber iwo.

Oder vermag man sich vorzustellen, daß der Leiter des Referats Explosivstoffe im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Wilhelm Oversohl, ein Dummer ist - wo er doch bis zu seiner Verbeamtung Manager der Wasagchemie, eines der Hauptlieferanten für Explosivstoffe für die Bundeswehr war?

Oder glaubt man etwa der Referatsleiter für elektronische Waffentechniken im Leber-Ministerium, Rudolf-Dieter Sachers, sei kein Schlauberger - wo er doch bis zu seinem Eintritt in das Verteidigungsministerium leitend im Management eben jener Firma „Namma" tätig war, die seit 1969 geschäftlich am Elektronikteil des Mehrzweckflugzeuges MRCA beteiligt ist?

Ein Gestank von Korruption? Nicht mal ein Geruch. Nur „Zusammenarbeit" zwischen dem Verteidigungsministerium und der privaten Rüstungsindustrie im „nationalen Interesse". Was gut ist für Krupp, ist gut fürs Vaterland. Die Krauses müssens schlucken.

Konkret 01/75, S. 29

Winfried Thomsen

Waffen-SS im Fernsehen - oder die nützlichen Idioten

Auf dem gemeinsamen Weihnachtsmarkt mehrerer Sender bietet der WDR eine dreiteilige „Geschichte der Waffen-SS" feil, Produkt der „stern-TV"-Autoren Heinz Höhne und Peter Buschbom. Es erschien also auf den wie gewohnt zu kleinen Bildschirmen ein - exemplarischer - Ausschnitt aus der NS-Totale.

Exemplarisch, weil dieses Teilbild das durchaus zeitnahe Funktionieren von Markt-Mechanismen illustriert (die Hitlers als Angebot auf eine Nachfrage) und weil, denn die politischer Großwetterlage verregnet ja gern die Pointen, der beschnittene Blickwinkel zwar die vordergründig agierenden Marionetten erfaßt und die stillen Drahtzieher im Hintergrund mit dem Schleier eines nostalgischen, geradezu courths-mahlerischen Kanonendonners bedeckt. So kann Allgemeinverbindlichkeit der Teilansicht und die Abgeschlossenheit des phänomenalen Kapitels Faschismus suggeriert werden.

Meine Nachfrage ist: wie sieht das komplette Gemälde aus? Nötig ist es, die in einer Flut von Fakten versteckten Verbindungen und Hintergedanken freizulegen, Spuren zu sichern. Eine findet sich im ersten Filmteil in dem bescheidenen Hinweis, die Wirtschaftslage im Reich habe sich schon bald *nach* Hitlers Amtsantritt verbessert. Davor muß die Krise gewesen sein. Mangels Markt-Nachfrage ist die Produktion weit unter die Kapazität der Betriebe gefahren worden und in die Zone, in der Gewinne nur noch durch Lohnabbau und Arbeitslosigkeit möglich sind. Die damit produzierte Angst erweckt Bedarf nach Erlösung, die zugleich als billiger Massenschlager in Gestalt des Markenartikels Faschismus angeboten wird. Der Absatz ist groß; schließlich wird sogar die Regierung abgesetzt: die Ware Hitler, dieser kreischende Volksempfänger, sichert Arbeitsplätze mit Autobahn und garantiert Auslastung von Betriebskapazitäten durch die Produktion marktunabhängiger Güter. Man rüstet sich.

Für einen ungestörten Geschäftsablauf sorgt - als eine Art Marktpolizei - nun die SS. Beim Aufräumen (so wieder der Film) hinterlassen ihre Männer eine breite Schleifspur, hinein in die Konzentrationslager, für deren Zubehör - es entsteht ja nicht in Heimarbeit - nun auch ein Markt geschaffen ist. Vollends empor flammen könnte die Konjunktur, gäbe es nicht noch diese SA mit ihren diffusen sozialutopischen Vorstellungen, ihren (außen braun, innen rot) Beefsteak-Abteilungen.

Wie auch immer der vage SA-Antikapitalismus ist marktfeindlich, damit irgendwie systemverändernd und wird liquidiert. Schließlich fürchtet das Kapital nicht den schwulen Röhm, obschon die Propaganda sich in dieser Eigenschaft festbeißt. Ergebnis: SA kastriert, SS marschiert. Der deutsche Markt kennt nur noch Konsumenten.

Markt ist Konkurrenz, ist Krieg, den an allen Fronten siegreich zu führen die SS erlesen ist. Nachdem der Binnenmarkt - ergänzend durch eine Arisierung genannte Reform von Besitzverhältnissen, die noch heute ihren Ries ernährt - befriedet ist, wendet sich das Erschließungsinteresse nach außen, wandelt sich folgerichtig die SS von der Bürgerkriegsarmee zur militärischen Elite. Die Umschulung des Personals auf die Erfordernisse des auswärtigen Marktes beginnt.

Ehemalige Bauern und Handwerker, durch die Logik des Marktes einst ökonomisch zum Proletariat verdrängt, sind es, die „auf Härte dressiert" und, so abgerichtet, zur Avantgarde, zur Speerspitze der Spießbürger werden. Im Gegensatz zu der in den sozialen Unterschieden der Kaiserarmee verkalkten Reichswehr sind bei der SS nicht Herkunft und Bildung, sondern Eignung und Leistung entscheidend, schwindet die Distanz zwischen den Dienstgraden.

Drill und Kadavergehorsam werden ersetzt durch jene Entscheidungsfreude und Funktionsfähigkeit, die dem Vollzugspersonal den Eindruck selbständigen Handelns vermitteln. Die SS ist, wie sich das kriegsblinde CDU-MdB Wissebach erinnert, „besonders modern". In der Tat, hier hat sich die Harzburger Front zum Vorläufer des Harzburger Modells entwickelt: es gilt das Leistungsprinzip, die Auslese der Führungskräfte nach den Regeln der marktwirtschaftlichen Konkurrenz. „Jeder hatte den Marschallstab im Tornister", so wieder Wissebach.

Dieses napoleonische Bonmot, die auf Effizienz gerichtete privilegienfreie Struktur, gibt dumpfe Erinnerungen wieder an unverdaute patriotische Ideale der früh- und kleinbürgerlichen Geburtswehen, die zusammengerührt mit neuzeitlicher Waffentechnik und einem barbarisch-germanischen Ehrencodex jenen grauenvollen Fusel ergeben, der Mythos des 20. Jahrhunderts heißt. Dieses Getränk wird den SS-Soldaten eingeflößt; der Nährwert ist gering, doch das Gebräu benebelt

das Bewußtsein und stimuliert zu dem Wahn, dem Volke zu dienen mit der Eroberung von Lebensraum, der in Wirklichkeit nichts ist als ein Markt für Reich und Rendite.

Man war eben noch nicht so weit wie heute, wo statt des EK I auf des Helden Brust ein Firmenzeichen für den Fusel wirbt, der uns einredet, Freiheit sei, wenn das Eis im Glase klingelt. Die Methode hat sich gewandelt, der Schwachsinn ist geblieben. Voll ihres Gebräus schwärmen die SS-Mannen aus auf dem europäischen Markt und erbrechen ihr ideologisches Gewölle über den Gemüsestand des Abendlandes. Sie sind - mit Sepp Dietrich - von Kopf bis Fuß auf Marketing eingestellt, und sonst gar nichts.

Die Spur wird breiter: abgeknickte Leben häufen sich am Rande des Weges, den die Handelsvertreter der Agentur Hitler nehmen. Marktwirtschaft - da hat Strauß recht - verleiht Kriegsrecht. Ihre Divisionen gewinnen - wie es so schön heißt - „verkaufsaggressiv" einen Kunden nach dem anderen, erobern den großen Markt Europa, schalten die alten Konkurrenten aus - ein 1914-18 unverrichteter Job.

Den militärischen Stoßtrupps folgen die Killer (im Film), aber auch die Absahner und Konkursverwalter, die Enteigner und Vermögensbildner (nicht im Film). Die SS: Blödmänner, nützliche Idioten des Kapitals. Panzer sind ihr Kredit, den sie mit billigen Rohstoffen und Arbeitskräften (Gastarbeit macht frei) heim ins Reich zinsen. Sie tragen ihre Haut zu Markte dabei, eine Viertelmillion Gräber fällt an -aber das läßt sich ja, wie immer mit Gewinn, abschreiben: die Schlachter verdienen, nicht die Schweine.

Jedoch: der natürliche Verschleiß des zermürbenden Geschäfts führt zu Personalnot, und den Ersatz darf nunmehr der frisch gewonnene Markt Europa liefern, über den die SS-Divisionen mit dem Sang ;,Wir pfeifen auf oben und unten", also dynamisch, modern, eben im Stil der neuen Zeit frischwärts hinweggebraust sind, immer klar zum Entscheidungskampf gegen den damals größten Feind der Marktordnung: die Sowjetunion. Soviel Pep und Pop, das imponiert.

Spätestens nach Stalingrad taucht diese neue Fährte auf: jetzt müssen auch ausländische Mitarbeiter eingestellt werden, zur Verteidigung Europas gegen den Osten. Freiwillige aus Nord und West kommen zur „Waffen SS" und als Kanonenfutter mit dem Gütesiegel „Europa" auf den Markt. Die Junkerschule Tölz wird kurzerhand umgetauft in Europäische Militärakademie, es kommt die Rede auf von dem dereinst Vereinten Europa, das nach dem Endsieg als „Europa der Vaterländer" bis zum Ural reicht, antikommunistisch und christlich.

Die Waffen SS legte die Grundlagen für das moderne Europa, weiß einer ihrer Ex-Kämpfer aus Flandern zu berichten, wo der SS-General Berger in der „katholischen Geistlichkeit" seine besten Werber fand - wohl in Erwartung einer fetten Dividende. Später treten auch Volksdeutsche aus Osteuropa (deren humanitäres Problem damit gelöst ist) in die SS ein, deren aktive Arbeitsmarktpolitik sogar Männer slawischer Zunge erfaßt und europäische Solidarität üben läßt. Zuletzt müssen die Kinder an die Front- sie sind, wir wissen es, hervorragende Werbeträger und fanatische Konsumenten, ob sie nun vom Faschismus uniformiert und deformiert werden oder von Pop-Fängern der Neuzeit - überall ist Hameln - chloroformiert und desorientiert.

Das Geschäftsleben freilich ist rücksichtslos, daher muß die Ausbildung hart sein. In der „schweren Prüfung" des Trommelfeuers sind - wie heute auf den Autobahnen - die Verluste hoch. Und -wie heute in der Autoindustrie - der Markt verengt sich, so daß nun auch SS-Generäle zum Widerstand gegen die Geschäftsleitung stoßen, um - Aufgabe der Opposition - wenigstens einen Teil des Marktes zu retten. Und an der Westfront ist man zuletzt auch noch nett zueinander, hält sich an die Spielregeln der Genfer Konvention: Versöhnung tut not mit den Seniorpartnern von morgen. Und dann ist der Markt verloren. Wessen eigentlich? Die Spur scheint mit der Stunde Null-Null weggespült, Ende.

Zusätzlich verwischt wird die Fährte nach dem Krieg: als wäre sie auf eigene Faust, aus eigenem Antrieb über Europa gewalzt, wird sie komplett, pauschal zur verbrecherischen Organisation erklärt. Von wem denn? Hiroshima verurteilt Oradour, und die Richter, die da die Totenkopf-Division schuldig sprechen, werden später eine ähnlich-grausige Elitetruppe, die Americal-Division, auf den vietnamesischen Markt werfen und etwa dem Leutnant Calley einen Auftrag geben, für dessen Ausführung sie ihn später belangen. Wie es so ist in der Wirtschaft: der Dealer wird auf frischer Tat ertappt oder auf der Flucht erschossen, und der Schah bleibt ein seriöser Geschäftsmann. Aus der beschränkten wird die volle Haftung des Arbeitnehmers.

Bei solchen Prinzipien wird der Handlanger zum Alibi: die Frage nach dem Arbeitgeber ist Tabu, denn das hieße, tabula rasa machen mit den Schreibtischtätern und Buchhaltern, die gerade fein heraus sind und ihre Hände Erster Klasse reinwaschen. Der SS-Soldat kann nur bedauern, daß er nicht Richter war oder Mitarbeiter des Propagandaministeriums, denn er könnte noch heute urteilen oder volksvertreten oder unternehmen. Der harte Kern der braunen Nuß aber stellt sich taub: Wer gehörte zum „Freundeskreis des Reichsführers SS"? Wie hießen die Herren doch? Welche SS-Ränge hatten sie? Keine Ahnung.

Sie rufen schnell: „Haltet den Ladendieb" und greifen schon wieder tief in die Kasse. Denn inzwischen ist das Geschäft wieder angelaufen: der Laden wird restauriert und neu gestrichen, und gleichzeitig verwandeln Kiosk-Demokraten das Ruhebedürfnis in eine Bürgerpflicht. „Waffen SS" - das endet 1945, aber der Wurm setzt sich fort: die Bundeswehr übernimmt den blütenreinen Rock der Reichswehr, und Europa ist wieder da: ein christlich-abendländischer, antikommunistischer Großmarkt. Hier kommandieren die Generäle der Bauwirtschaft, hier vernichten die Kommandos der Landwirtschaft, hier rollen statt der Räder D-Mark für den Sieg.

Doch schon wieder ist der Markt zu klein, sind die Rohstoffe zu teuer, die Löhne zu hoch, die Hexenjäger - wegen des gestörten Geschäftsablaufs - unterwegs. Gestern galt für die SS-Marketing-Truppe, unwürdig sei „jegliches Mitleid mit Staatsfeinden". Welche Maxime werden die Marktaufreißer von morgen verfolgen?

Ein möglicher neuer Faschismus mag -das ist der einzige Unterschied - nicht gestiefelt und gespornt daherkommen: er bleibt Produkt und Spielart der Marktwirtschaft. Und seine Anstifter und Nutznießer bleiben diskret in der freiheitlichen Hintergrundordnung - man sieht sie, verkehrte Welt, nicht in ihrem Dunkel, sondern nur ihre Puppen im Licht, die -wollen sie überleben - nur ja nicht in das Dunkel hineinleuchten sollen.

Das ist der Sachzwang bei solchen Filmen.

Konkret 01/75, S. 31

Horst Heidtmann

Von Miesmachern und Verfassungsfeinden

„Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und der Sozialdemokratische Hochschulbund sind kommunistisch geworden. Wie wird die Entwicklung bei den Jusos sein? Heute steht die SPD ohne jeden Studentenverband da. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist der einzige einer demokratischen Partei nahestehende Studentenverband, der an unseren Universitäten einen mutigen, entsagungsvollen Kampf für diese Demokratie führt."

Alf□ ed D□ egge□

Wie Dregger redet das ganze Rechtskartell: Natürlich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herbert Kremp („Welt") und der Bund Freiheit der Wissenschaft (BuFW). Ihr Gegner ist der Sozialistische Hochschulbund (SHB), seit Jahren an den westdeutschen Hochschulen die größte und einflußreichste Studentenorganisation.

Vor 15 Jahren wurde er mit Unterstützung des SPD-Parteivorstands als Sozialdemokratischer Hochschulbund gegründet, um parteikonformen Ersatz für den nach links abgedrifteten SDS zu schaffen. Das gelang nur kurzfristig. Inzwischen hat die Partei längst auch zum SHB alle Beziehungen abgebrochen, die finanzielle Unterstützung eingestellt und die Benutzung des Namens „sozialdemokratisch" verbieten lassen. Dennoch versteht sich der SHB (derzeit etwa 3 200 Mitglieder, 70 Prozent davon in der SPD) nach wie vor als Bestandteil der fortschrittlichen Sozialdemokratie.

Die Erfolge des SHB an den Hochschulen sind den Unions-Christen und ihren studentischen Nachwuchs-Garden ein Balken im braunen Auge. Was liegt da für Vertreter des Kapitals näher als der Versuch, den politischen Gegner seiner „Kapitalien" zu berauben?

In einer Erklärung vor der diesjährigen Haushaltsdebatte forderte die CDU/CSU-Fraktion, daß im Bundesjugendplan die Mittel für den SHB gestrichen würden, weil mit diesem Geld „die wahren Miesmacher noch finanziell unterstützt werden".

Am 14. November beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages, die Förderung des SHB aus Bundesjugendplan-Mitteln vorläufig einzustellen. Gleichfalls ausgesetzt wurde die Förderung des SVI, des Dachverbands der Fachhochschulstudenten. Der für 1974 zur Verfügung stehende Bundesjugendplan-Etat von mehr als 77 Millionen Mark soll (laut Parlamentsbeschluß) verstärkt für die politische Bildung der Jugend genutzt werden.

Wer bekommt das Bonner Geld? Das weitaus größte Stück vom Bundesjugendplan-Kuchen fällt für singende, konfessionelle und mehr oder weniger (um sich) schlagende Verbindungen ab. Man darf allerdings nicht unterstellen, daß die Gelder ausschließlich für die Pflege der zahllosen Verbindungsheime, für geselligen Schlagaustausch mit Säbel oder für wöchentlichen Umtrunk draufgehen. Es gibt auch politischere Aktivitäten:

So hat die „Deutsche Burschenschaft" in Zusammenarbeit mit ihrer Bruderorganisation „Bund Chilenischer Burschenschaften" im Sommer dieses Jahres mit Unterstützung der Junta und aus Mitteln des Bundesjugendplanes eine Chilereise organisiert. Ein „Verbandsbruder" aus Chile wird in der BRD herumgereicht, um „interessierten örtlichen Vereinigungen alter Burschenschaftler" Vorträge über die derzeitige Situation in Chile zu halten.

Ein weiteres großes Stück aus dem Bundesjugendplan ist dem RCDS zugedacht, sowie seinen Bruder- und Schwesterorganisationen, von manchen auch RCDS-Tarnorganisationen genannt, die unter vernebelnden Bezeichnungen wie „Liberale Aktion", „Aktion Demokratische Mitte", „Sozial-Liberale Hochschule" laufen. Auch für den RCDS gilt der Pinochet-Putsch nicht als Zerschlagung einer Demokratie, sondern er erklärt (z.B. in Clausthal), daß Chile „nicht anders als durch das Eingreifen des Militärs . . . vor dem totalen Verfall gerettet werden konnte". In Sachen „Radikalenerlaß" hat man sich zusätzlich Meriten erworben. Forderungen nach Berufsverboten und Verweisen von der Hochschule für politische Gegner sind durchaus üblich. Auch konnte RCDS-Mitgliedern Spitzeltätigkeit für die politische Polizei nachgewiesen werden.

Man darf die Sozialliberalen in Bonn wohl fragen, warum sie das alles für so förderungswürdig halten. Reicht es denn nicht völlig aus, wenn hier die von RCDS und CDU-Wirtschaftsrat ständig angemorste Großindustrie großzügig weiterhilft?

Wenn man von den konfessionellen studentischen Gruppierungen absieht, verbleiben vom Bundesjugendplan für die links vom RCDS stehenden Gruppen nur noch Krümel. Doch auch das ist den Rechten noch zu viel. In einer kleinen Anfrage vom 13. 11. 1974 zweifelt die CDU/CSU-Fraktion nicht nur die Verfassungstreue von SHB und SVI an. Vielmehr müßten der Bundesregierung solche Zweifel auch kommen bei den Hochschulgruppen der Jungsozialisten und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie beim Liberalen Hochschulverband. Die Angriffe der Unions-Christen basieren darauf, daß diese Gruppen mit dem „linksradikalen" SHB und dem kommunistischen MSB Spartakus zusammenarbeiten und „durch diese Zusammenarbeit bei gleichzeitiger prinzipieller Absage an jede Kooperation mit nicht linksorientierten Gruppen den Linksextremen erst ihre breite politische Wirksamkeit im Hochschulbereich von Studentenparlamenten über allgemeine Studentenausschüsse bis zum VDS ermöglichen."

Die Tendenz, alles was links von der CDU/CSU steht, als verfassungswidrig einzuordnen, ist in diesen Kreisen nicht neu. Mit nahezu alttestamentarischem Eifer hängt die Christen-Union an ihrer Verfassungsexegese. Daß nun auch andere auf diese Rabbulistik hereinfallen und sie übernehmen, macht die seit Monaten anhaltende, verstärkte Formierung der Rechtskräfte in unserem Lande deutlich.

Konkret 01/75, S. 32

Klaus Dede

Der radikale Papst

Political Fiction: Berufsverbot für Coelestin XXIII.? Sein katholischer Glaube verbietet ihm, allzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen*

Der niedersächsische Kultusminister konnte beim besten Willen nicht wissen, wer da bei ihm ins Büro trat: Er hielt den jungen Mann für einen etwas spinnerten Studenten - spinnert deshalb, weil der angehende Lehrer verlangt hatte, daß er auf seine Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung überprüft werde. An sich hatte keine Veranlassung bestanden, denn beim Verfassungsschutz lag gegen Herrn Pauper, so hieß der Besucher, nichts vor: Er war weder Mitglied einer verdächtigen Organisation noch hatte er je- so weit bekannt - an irgendeiner Demonstration teilgenommen (Fronleichnamsprozessionen ausgenommen, denn die habe man nicht überprüft, hatte der Sachbearbeiter vorsichtshalber seinem Bericht zugefügt). Also: Was wollte der Mann?

Der Minister hatte einen Augenblick gezögert, ob er auf die verrückte Idee eingehen sollte, aber dann hatte ihm sein Pressereferent zugeredet, daß er gerade durch eine solche im übrigen völlig unbedenkliche Vernehmung seine Objektivität unter Beweis stellen könne, weswegen es auch gut sei, wenn der Herr Minister sie selbst vornehme. Man solle es auch recht gut bekannt machen, denn diesen Fall könne man anführen, wenn irgendjemand auf den Gedanken kommen sollte, ihn, den niedersächsischen Kultusminister, zu beschuldigen, er verfolge mit dem Berufsverbot nur Linke - weit gefehlt, neulich -das war nämlich ein Katholik - ein Herr Pauper...

Wie gesagt, der Minister konnte wirklich nicht wissen, daß in Gestalt jenes jungen Mannes der Papst selbst in sein Arbeitszimmer trat, der durch die Gnade des Herrn zur Würde des Apostolischen Stuhles erst kürzlich erhobene Coelestin, der sich der XXIII. nannte. Der war nach Hannover gekommen, weil er nicht, so hatte er seinem Beichtvater anvertraut, an jenen vorbeigehen wolle, die in die Hände der Ministerialbürokratie gefallen seien, gleichsam wie jener, der von Jerusalem nach Jericho wollte, unterwegs aber unter die Räuber fiel, bis ihn der barmherzige Samariter auffand und rettete.

Deshalb hatte sich also der Papst einer Verjüngungskur unterzogen, und nun trat er, als Herr Pauper, in das Ministerbüro, bescheiden, höflich, vom Hausherrn freundlich begrüßt:

„Nehmen Sie Platz, Herr Pauper - Sie haben doch nichts dagegen, wenn der Herr Staatssekretär sozusagen Mäuschen spielt . . . hahaha." Nein, Herr Pauper erhob keinen Widerspruch, setzte sich auf den ihm zugewiesenen Platz und wartete. Der Minister verlor auch keine Zeit.

„Ihr Anliegen ist ungewöhnlich, jedoch - nun wohl, ich glaube, daß wir die Sache kurz machen können, denn als Katholik - als solcher wünschen Sie angesprochen zu werden - treten Sie selbstverständlich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die vorläufige Verfassung des Landes Niedersachsen und das Beamtengesetz verlangen. Sie brauchen das nur kurz zu bestätigen, dann sind wir schon fertig."

Herr Pauper hatte den Minister freundlich angesehen - jetzt antwortete er, leicht nuschelnd:

„Die staatliche Gewalt muß in der Form, in der sie tatsächlich besteht, angenommen werden und zwar ohne Hintergedanken, mit der vollkommenen staatsbürgerlichen Treue, wie sie sich für Christen geziemt."

„Na sehen Sie," rief der Minister aus, „gar kein Problem - ich glaube, daß wir die Überprüfung als abgeschlossen betrachten können - Sie treten also für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein . . ." Der Papst unterbrach: „Sobald . . . in einer Gemeinschaft eine Gewalt konstituiert ist und tatsächlich regiert, ist das Gemeinwohl an eben diese Gewalt gebunden und man muß sie aus diesem Grund annehmen, so wie sie ist."

„Wie sie ist?" Zweifel lag in der Stimme des Ministers. „Auch der Faschismus in Spanien ist und die Junta in Chile ebenfalls - bitte, Herr Pauper, Sie wollen doch kein Mißverständnis wecken, es geht doch darum, daß Sie besonders für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten - also eine faschistische Diktatur ablehnen - bitte erläutern Sie das doch noch einmal?"

Pauper nickte freundlich und meinte dann gleichmütig: „Soweit es sich um diese rein theoretische Erörterung der Dinge handelt, haben die Katholiken wie jeder Bürger volle Freiheit, der einen Regierungsform vor der anderen den Vorzug zu geben und zwar um deswillen, weil keine dieser gesellschaftlichen Formen, rein in sich betrachtet, in Widerspruch steht mit den Ansprüchen der gesunden Vernunft noch auch mit den Grundsätzen der christlichen Lehre."

Der Minister schüttelte heftig den Kopf. „Sie mißverstehen mich - ich frage nicht, ob Sie die Demokratie tolerieren- sondern ob Sie besonders, mit Ihrer ganzen Person, für sie eintreten. Aber halten wir uns an den großen Hegel: Die Wahrheit ist konkret! Ich frage Sie: Stimmen Sie mit mir darin überein, daß jede Herrschaft vom Volke ausgehen muß?"

„Oberste Voraussetzung aller dieser Lehren", so antwortete der Papst, „ist der Satz, alle Menschen, wie sie ihrer Natur und Art nach gleich sind, seien auch gleich im staatlichen Leben; ein jeder sei darum derart unabhängig, daß er in keiner Weise einer fremden Autorität sich verpflichtet erkenne; daß es ihm darum freistehe, über alles alles zu denken, was er mag, zu handeln, wie es ihm beliebt. Niemand habe Gewalt, anderen zu befehlen. Auf Grund solcher Prinzipien erkennt die Gesellschaft in der Regierung nur den Ausdruck des Volkswillens, das selbstherrlich und sein Gebieter ist und darum seine Organe wählt, denen es die Regierung überträgt, nicht als ein ihnen zukommendes Recht, sondern als seinen Bevollmächtigten, welche in seinem Namen ihren Auftrag üben . . ."

Der Minister seufzte erleichtert auf, aber der Papst schüttelte leise den Kopf: „Es liegt am Tage, daß eine also geartete bürgerliche Gesellschaft nichts anderes ist als eine Massenherrschaft und weil man sagt, alle Gewalt und alles Recht ruhe im Volke, so folgt, daß eine solche Gesellschaft in keiner Weise sich Gott gegenüber verpflichtet erachtet, eben darum auch keine Religion öffentlich bekennt, auch nichts weniger als bestrebt ist, nach der allein wahren Religion zu forschen und die eine wahre den andern falschen vorzuziehen und ihr ihren Schutz angedeihen zu lassen; sie wird vielmehr alle für gleichberechtigt erklären, so lange das Staatswesen nicht durch dieselben geschädigt wird . . ."

Ungeduldig sah der Politiker auf seine Uhr: „Ich weiß nicht, was Sie wollen - aber ich weiß, was ich wissen möchte: Lehnen Sie die Demokratie ab?"

Papst Coelestin fuhr unerbittlich fort: „Die von den Neuerern erfundenen Theorien bezüglich der politischen Gewalt haben bereits bittere Früchte getragen und es ist zu befürchten, daß sie noch das äußerste Unglück bringen werden. Denn das Recht zu gebieten nicht auf Gott als seinen Ursprung zurückzubeziehen, ist nichts anderes als der politischen Gewalt ihren schönsten Glanz rauben und ihren Lebensnerv durchschneiden. Wenn sie sagen, sie hänge von der Willkür der Menge ab, so ist diese Meinung falsch. Jener Häresie entstammte im vorigen Jahrhundert eine fälschlich so genannte Philosophie und das moderne Recht sowie die Volkssouveränität und eine über alles Maß schreitende Zügellosigkeit, worin allein viele das Wesen der Freiheit sehen."

Der Minister schüttelte den Kopf: „Ich gebe zu, daß Sie mich verwirrt haben. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Einmal tragen Sie hier, rein sachlich gesehen, das vor, was ich als Stuß bezeichnen würde, wenn ich noch Professor und Sie mein Schüler wären, und dann glaube ich Sie so verstanden zu haben, daß Sie die Volkssouveränität ablehnen. Aber nun mal im Ernst, mein lieber Herr Pauper, meinen Sie das alles, was Sie eben gesagt haben, wirklich?"

Der Papst nickte ernsthaft mit dem Kopf, dann sagte er: „Bei dieser so schwierigen Sachlage werden die Katholischen leicht ihre Pflicht erkennen, sowohl in Hinsicht auf ihre Meinungen, wie auch auf ihre Handlungen. Was ihre Meinungen angeht, so haben sie allem und jeglichem ohne jeden Zweifel beizustimmen, was immer die römischen Päpste gelehrt haben oder noch lehren werden, und auch in der Öffentlichkeit, so dieses erforderlich ist, sich dazu zu bekennen. Namentlich aber sollen sie bezüglich der sogenannten freiheitlichen Errungenschaften der Neuzeit auf den Ausspruch des Apostolischen Stuhles hören und alle ohne Ausnahme sich danach richten."

„Ich weiß nicht, was ich mit Ihnen anfangen soll," stöhnte der Minister. Dann aber faßte er sich wieder. „Ich stelle jetzt eine andere Frage: Sie sind sicherlich mit mir der Ansicht, daß alle Menschen gleich sind . . .`

Der Papst antwortete ungerührt: „Die Sozialisten hören nicht auf, immerfort zu erklären, alle Menschen seien von Natur aus untereinander gleich. Doch die Ungleichheit im Recht und in der Gewalt rührt von dem Urheber der Natur selbst her."

„Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau lehnen Sie ab?"

„Daher ist nach der Mahnung des Apostels wie Christus Haupt der Kirche so der Mann Haupt des Weibes; und wie die Kirche Christo untergeben ist, der sie mit keuschester und immerwährender Liebe liebt, so ziemt es sich, daß auch die Frauen ihren Männern unterworfen seien, die sie hinwieder mit treuer und standhafter Hingebung zu lieben haben."

„Und die Meinungsfreiheit? Die Pressefreiheit?"

„So ist die unbedingte Denk- und Pressefreiheit, die weder Maß noch Schranken kennt, keineswegs an und für sich ein Gut, dessen sich die menschliche Gesellschaft mit Recht erfreuen mag, sondern Anlaß und Ursache von vielem Bösen," meinte der Papst.

Der Minister sah ratlos zu seinem Staatssekretär. „Wissen Sie weiter?" Der nickte: „Sie wollen Religion geben. Dann nehmen Sie doch bitte zur Freiheit des religiösen Bekenntnisses Stellung. Was ist mit denen, die nicht die katholische Religion bekennen? Lassen Sie eine Opposition zu?"

Die Stimme des Papstes wurde hart: „Was nicht der Wahrheit und dem Sittengesetz entspricht, hat objektiv kein Recht auf Dasein, Propaganda und Aktion. Nicht durch staatliche Gesetze und Zwangsmaßnahmen einzugreifen, kann trotzdem im Interesse eines höheren und umfassenderen Gutes gerechtfertigt sein!"

„Kann?" fragte der Beamte, „Was heißt das?" Der Papst ließ sich nicht durcheinanderbringen: „Nun maß die katholische Kirche, aus ihren göttlichen Prärogativen überzeugt, die einzig wahre Kirche sein, für sich allein das Recht auf Freiheit beanspruchen, da dieses Recht allein der Wahrheit, niemals dem Irrtum zukommen kann. So wird sie zwar die anderen Religionen nicht bekämpfen, aber sie wird verlangen, daß ihnen - mit gerechten und menschenwürdigen Mitteln - versagt wird, falsche Lehren zu verbreiten. Infolgedessen wird die Kirche in einem Staat, wo die Mehrheit katholisch ist, verlangen. daß dem Irrtum keine gesetzliche Existenz gegeben werde und das den nichtkatholischen Minderheiten nur eine taktische Existenz ohne Möglichkeit der Propaganda gelassen werde. Wenn aber die konkreten Umstände die volle Anwendung dieses Prinzips nicht erlauben, dann wird die Kirche für sich größtmögliche Konzessionen verlangen. Zugleich wird sie genötigt sein, als geringeres Übel die gesetzliche Tolerierung anderer Religionsgemeinschaften anzunehmen. In einigen Ländern werden die Katholiken überdies gezwungen sein selber die volle Religionsfreiheit für alle zu verlangen, wo sie im Grunde allein das Existenzrecht hätten.

1n diesem Fall verzichtet die Kirche nicht auf ihre These, aber sie paßt sich der Hypothese an, das heißt der tatsächlichen Lage, von der das konkrete Leben nicht absehen kann. Aber ich darf vielleicht hinzufügen, was Seine Eminenz, der Kardinal Ottaviani, im Jahre 1960 schrieb: Du sagst vielleicht: Die katholische Kirche braucht also zweierlei Maß und Gewicht. Denn wo sie selbst herrscht, will sie die Rechte der Andersgläubigen einschränken, wo sie aber eint Minderheit der Bürger bildet, verlangt sie gleiche Recht wie die anderen? Darauf ist zu antworten: In der Tat, zweierlei Maß und Gewicht ist anzuwenden, das eine für die Wahrheit, das andere für den Irrtum."

„Und Sie wollen Lehrer werden'?" fragte der Staatssekretär, „und das in einem Staat, der all das verlangt, was Sie ablehnen? Wäre es nicht auch von Ihrem Standpunkt redlicher, Sie würden nicht Beamter? Warum wollen Sie in den Öffentlichen Dienst?"

„Die Katholiken", antwortete der Papst kopfschüttelnd, „haben einen gerechten Grund sich an den Staatsangelegenheiten zu beteiligen: denn sie tun es nicht deshalb - und dürften es auch nicht tun - um das zu billigen, was im Staatswesen der Gegenwart nicht gut ist, sondern um das Staatswesen selbst, so weit als möglich, aufrichtig und wahrhaft dem öffentlichen Wohl anzupassen, dadurch, daß sie sich bestreben, die Weisheit und Kraft der katholischen Religion wie ein heilkräftiges Lebensblut in die Adern des Staates zu leiten."

Der Staatssekretär sah nun seinerseits seinen Minister hilfesuchend an: „Dumme Situation!" Der Minister suchte einen Ausweg: „Nicht wahr, das alles, was Sie gesagt haben, ist falsch!" Papst Coelestin schüttelte ohne jedes Mitleid den Kopf: „Nein, das alles ist Lehre der römischen Kirche, wie sie niedergelegt ist von den Päpsten - und bis zum heutigen Tage ist davon kein 1-Punkt zurückgenommen worden, wie ja von der Lehre der Kirche nichts zurückgenommen werden kann."

Der Minister hatte sich erhoben und ging nun zum Schreibtisch. Ergriff nach der Ernennungsurkunde und setzte mit entschlossener Geste seine Unterschritt darunter:

„Was Sie gesagt haben, Herr Pauper, ist nicht wahr! Bitte keine Widerrede - ich spreche jetzt als Ihr Vorgesetzter: Wir haben den Extremistenerlaß gegen die Kommunisten, die wir als Verfassungsfeinde bezeichnen - sie sagen daß sie es nicht seien, aber wir glauben ihnen nicht. Das ist eine politische Entscheidung. Bei Ihnen ist das umgekehrt: Sie wollen hieraus Gründen, die ich nicht kenne - den Eindruck erwecken, daß Sie verfassungsfeindlich sind. Wenn Ihnen das gelungen wäre, dann dürften wir im öffentlichen Dienst Katholiken ebensowenig einstellen wie Kommunisten - aber wir glauben Ihnen nicht. Auch das ist eine politische Entscheidung!"

Man sah, daß der Staatssekretär erleichtert aufatmete - er sah den Minister dankbar an. Der Kandidat hatte sich von seinem Platz erhoben und drehte sich wortlos um: Papst Coelestin XXIII, Bischof von Rom, Patriarch des Westens, Vicarius Christi, Diener der Diener Gottes.

---

* Alle Papst-Zitate sind bindende katholische Glaubensregeln

Konkret 01/75, S. 35

Henning Venske

Henning Venske schreibt über Unterhaltungsmusik im Fernsehen -oder: die abenteuerliche Karriere des Alois Punzenschlecker

Der Fernsehapparat ist ein Unterhaltungsapparat. Egal, was rauskommt Nowottny oder Löwenthal, Sommerauer oder Gisela Schlüter, Kohl, Heck, Helmut Schmidt und Ilja Richter - alles Unterhaltung. Der eine mit mehr Pep, der andere mit mehr Pop. Jeder Pup: Unterhaltung.

Aber es gibt seriöse, und es gibt unseriöse Unterhaltung. Unseriöse Unterhaltung ist, wenn Alleinunterhalter wie F.J. Strauß eine gekonnte Show abziehen. Seriöse Unterhaltung ist, wenn Alleinunterhalter wie Henning Venske eine dünne Show durchstehen. Davon soll hier die Rede sein. Seriöse Unterhaltung? Richtig: Man muß das ziemlich verbissen sehen. Der seriöse Unterhaltungsmacher hat alle zweifelhaften Dinge beiseite zu lassen, wenn er wen unterhält: die schmutzige Politik, den anstößigen Sex, Religion und Geld und Irrenwitze und jede Form von schwarzem Humor. Der seriöse Macher enträt in seiner Unterhaltungssendung aller Themen, die jedermann interessieren. Seriöse Unterhaltung unterhält mit Nichts.

Denn: Der seriöse Unterhaltungsmacher hat wenn er die Chance erhält, vor die Fernsehkameras zu treten, bereits eine ausgezeichnete Schulung hinter sich. Er hat gelernt, daß Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer dazu neigen, eher Beschwerdebriefe als freudig erregt zu schreiben.

Er hat vor allem gelernt, daß Unterhaltung kein Transportmittel sein darf für einen allzu ausgeprägten Geschmack - und für eine politische Ansicht schon gar nicht. Formatgerecht und bildschirmfüllend präsentiert sich der Kandidat, wenn er deutliche Anzeichen einer gut entwickelten Fähigkeit zur Selbstzensur erkennen läßt.

Natürlich ist es einfacher, gleich Unterhaltungsmacher zu engagieren, die sich von Anfang an mit Nichts beschäftigen und Nichts im Kopf haben. Aber die findet man heutzutage auch nicht mehr so leicht. Pflege der Selbstzensur also - zur Pflege des Arbeitsplatzes und der Einschaltquoten. Früher gab's noch den sogenannten Index, an dem der Unterhaltungsmacher sehen konnte, ob das Fernsehvolk ihm eine gute oder eine schlechte Note gab - aber der ist offiziell abgeschafft. Wenn eine Unterhaltungssendung hohe Einschaltquoten aufweist, kann man sicher sein, daß es sich um eine gelungene deutsche Unterhaltungssendung handelt.

Das hinwiederum bedeutet: keine Politik, kein Sex, kein Papst und kein Irrenwitz, kein Wort über Streik und Arbeitslosigkeit. Kurz: Nichts. Oder etwas länger: Peter Alexander. Oder Rothenberger. Oder Schanze. Das sind unsere Lieben. Nie ein böses Wort auf den Lippen. Immer die Mutter im Herzen. Die Unterhaltung als Schmalztiegel sämtlicher Nichtigkeiten. Sehr seriös. Daher hohe Einschaltquoten. Unter ebenfalls reger Beteiligung ihrer Gemeindemitglieder predigen Hitparade und Disco den Segen der Charts und lobpreisen die Verkaufsziffern des Shooting-Stars der Woche. Nicht ganz so seriös, da zuviel Verkaufsmesse und daher zuwenig Nichts.

Dann gibt's noch Starparade, Musikladen, Big Wim, Rosenthal und Studio B. Schwankende Einschaltquoten, hervorgerufen durch ausländische Musik, gelegentliches Aufglimmen von Selbstironie, Verwendung von Fremdworten, komplizierten Satzbau, bemühten Witz. Kurz: Fast Nichts. Oder etwas länger: Nichts Halbes und nichts Ganzes. Beinahe schon unseriös. Carrell lassen wir außen vor - ihm wird die Generalamnestie aller ausländischen Sprachbehinderten zuteil. Und Loriot und Dieter Hildebrandt haben im illustren Kreis der Nichtstuer auch nichts zu suchen - deren Unterhaltungssendungen bringen viel zu wenig Musik, die beiden sind fast so unseriös wie der Bericht aus Bonn.

Engen wir das Thema ein, reden wir von der Unterhaltung mit Musik. Dazu bedarf es der Unterhaltungs = U-Musik. Kennzeichen guter deutscher U-Musik sind: wilhelminischer Marschrhythmus, Fledermausmelodik, englische Klischeeharmonien und saubergewaschenes Gartenlaubengesicht. Die Texte basieren auf Steputats Reimlexikon. Hat die musikalische Entwicklung des Komponisten bei den Comedian Harmonists geendet, und hält der Texter Dylan, Toni Paxton oder Lennon für kanadische Whiskysorten, kann man sich zusammentun und mit einiger Aussicht auf Erfolg an die Schlagerherstellung wagen.

In der Götterspeise der U-Musik ist der Schlager das Wabbelige, vom Wabbeln leben mehrere große Schallplattenkonzerne. Will man es zum Wabbeln bringen, sollte man den von den unsterblichen UFA-Melodien abgesteckten Rahmen nicht

verlassen. Sendungen, die sich mit U-Musik beschäftigen, nennt man Show. Unterhaltungsmacher, die Show machen, kamt man Showmaster nennen.

Showmaster labern, damit's wabbelt. Der gut trainierte Showmaster (s.o.) labert positiv über das gebotene Liedgut. Erfreut sich über den auftretenden Star und sein neues, engagiertes Lied.

Gelegentlich riskiert er ein Interview: Frage an Su Kramer: „Kinder der Liebe sind wir alle auf der Welt. Ob wir nun arm sind oder reich - Am Anfang sind wir alle gleich. Hm. Wirklich?" Antwort, ungefähr: „Na ja, irgendwo sind wir das wohl schon, nicht wahr, und für einen Schlager ist das ja auch schon ganz schön anspruchsvoll."

Der Showmaster merkt, daß man die Künstler nicht überfordern soll. Kritische Fragen schaffen Distanz, Distanz vermindert den Umsatz. Der Showmaster übt sich in Zurückhaltung. Wenn er im Rundfunk Katja Ebstein anzukündigen hat mit ihrem Titel „Ein Indiojunge aus Peru" -dann ist er vielleicht noch mutig. Sagt: „Schnulze mit Ei, schmeckt rauf wie runter" - und das mitten in die Musik hinein. Aber im Fernsehen? Schau heiter, Junge, immerhin ist es ja nicht der Merseburger, der da singt . . . Man kann nicht jemanden einladen und dann in die Fresse hauen.

Kann man wirklich nicht? Wenn man z.B. einmal hinten durchs Bild ginge und den Daumen nach unten hielte - kann man nicht? Nein. Außer, die Schallplattenkonzerne würden auf die Idee kommen, Negativwerbung sei umsatzfördernd. Dann dürfte man dem Heino die Brille abnehmen und über Chris Roberts schallend lachen und sich laut wundern, warum die und viele andere ausgerechnet mit Singen Geld verdienen, obwohl sie andere Sachen doch bestimmt können.

Der Sänger ist der Repräsentant der Schallplattenfirma. Der Showmaster ist der Repräsentant der Fernsehanstalt. Die Schallplattenfirma ist von der Fernsehanstalt oder der Rundfunkstation abhängig. Weil Rundfunk und Fernsehen durch ihre Unterhaltungssendungen die wichtigsten Umsatzförderer sind. Die Fernsehanstalt und die Rundfunkstation sind von der Schallplattenfirma abhängig. Womit -wenn nicht mit den Produkten dieser Firma - soll man sonst Unterhaltungssendungen produzieren.

1m Idealfall ist der Showmaster der Repräsentant der Schallplattenfirma, wenn die Fernsehanstalt einen Sänger präsentiert. Die Fernsehanstalt zahlt den auftretenden Sängern meist eine vergleichsweise geringfügige Gage. Zahlen die Schallplattenfirmen den Showmastern, Redakteuren, Programmgestaltern auch so eine Art Ehrenlohn? Eine gute Unterhaltungssendung läuft doch wie geschmiert- oder? Nun: offiziell nicht. Inoffiziell auch nicht. Denn Einladungen zum Essen, Nötigung zum Trinken, Reisen zu Konzerten im Ausland, Aufmerksamkeiten zu Weihnachten: das alles dient der Information.

Fast immer kommt so die sogenannte Moderation einer Unterhaltungssendung direkt aus den PR-Zentralen der Schallplattenfirmen, fast immer handelt es sich um eine Hofberichterstattung. Und sollte sich mal eine kritische Anmerkung in die Sendezeit verirren: gut so! Denn umso schwerer- mit der erwiesenen Objektivität im Rücken - wiegt das nachfolgende Lob für den nächsten Titel.

Da ist eine große Familie am Werk: Das Kartell Unterhaltung. Da schreiben ernsthafte Redakteure unter Pseudonym grausliche Schlagertexte, da machen Schlagersänger Rundfunk- und Fernsehprogramme, da ist auch Venske mit einem Polydor-Künstlervertrag versehen . . .

Wie gut, daß wir unsere wachsame Presse haben, die uns sachlich darüber informiert, was im Showbusiness los ist. Daß große Illustrierte, daß Fernsehzeitschriften aufs innigste mit den Schallplattenfirmen verfilzt sind, daß sie sogar ihre eigenen Schallplatten produzieren, zeigt ja nur, wieviele Menschen durch die Unterhaltung ihren Unterhalt beziehen. Daß die meisten Texte auf Schallplattenhüllen von Journalisten stammen - wen stört's denn?

Und ist es nicht ein schönes Gefühl für den Sänger Alois Punzenschlecker, der bei der Fernsehzeitschrift „Weghören & Sehfehler" gerade seine erste LP fertiggestellt hat, daß er für seine alsbald folgenden Fernseh-Auftritte die denkbar besten Kritiken erhalten wird? Denn „Weghören & Sehfehler" hat soviel über den neuen Star des Hauses berichtet, daß die Fernseh-Unterhaltungsmacher gar nicht anders können, als ihn engagieren.

Da der Showmaster ja auch auf gute Kritiken angewiesen ist, wird er Alois Punzenschlecker bestimmt nicht schlecht machen - sonst geht es ihm so, wie dem Studio-B-Moderator: der sagte mal von einem Sänger, daß jener nicht sorgfältig genug mit dem geistigen Eigentum eines anderen umgegangen sei. Es gab Krach. Der Sängerreiste ab. In der Sendung wurde sein Lied nicht gezeigt. Dann eine Zeitungskritik: Die Sendung war Mist. Sehenswert allein - mein Freund, der Sänger.

Natürlich könnte man das Zusammenleben in der Unterhaltungsfamilie noch harmonischer gestalten, z.B. dadurch, daß der Showmaster nicht nur Repräsentant einer Schallplattenfirma ist, sondern gleichzeitig auch noch Chef des Ressorts Unterhaltung einer großen Zeitung.

Oder noch besser: Der Chef einer Fernsehzeitschrift mit innigen Beziehungen zur eigenen Schallplattenfirma für die er auch Schlagertexte schreibt, ist gleichzeitig Redakteur und Regisseur einer Unterhaltungssendung. Dann ist er autark und kann sich ehrlichen Herzens daran freuen, wenn „seinen" Künstlern der güldene Pantoffel oder ähnliches von „seiner" Zeitung für erfolgreiches Auftreten in „seiner" Show verliehen wird, und er ein knallhartes Interview zur Situation der deutschen Unterhaltung mit sich selbst zu Papier gebracht hat.

Über die gelegentlichen Machenschaften jener etwas linken Unterhaltungskritiker kann man ja nur milde lächeln: Wenn diese Leute zu ungünstiger Sendezeit einer sowieso schon informierten Minderheit die Strukturen des Schlagermarktes auseinanderklamüsern - dann ist das nicht mal unterhaltsam. Und wenn auch Floh de Cologne auftritt, und wenn Kittner moderiert, und Stein hat die Regie - lustiger wird's dadurch nicht. Man muß es wohl doch nicht so verbissen sehen - wir brauchen schließlich keine Kritiker, wir brauchen gute Trendmacher . . .

Konkret 01/75, S. 37

Hermann L. Gremliza

Halbzeit

Herbert Wehner, um mit einem denkenden Vertreter der SPD-Spitze anzufangen, hat jüngst einige „unorthodoxe Anmerkungen" zur Situation seiner Partei gemacht, die jetzt „mitten in einer der schwierigsten Aufgaben der Nachkriegszeit" stehe.

„Es gibt Sozialdemokraten", schreibt Wehner, „die es für heilsam halten, wenn die ‚Partei' sich von einer ‚gewissen Zahl' von sozusagen Störenfrieden . . . trennte. Bleibt die Frage, wer ‚die Partei' dabei verkörpert." Das geht gegen Jochen Vogel und Hermann Schmitt-Vockenhausen. Und ein bißchen gegen den anderen Schmidt.

„Versuche", schreibt Wehner weiter, „die Wahlergebnisse vom 27. Oktober 1974 (Bayern und Hessen) auf diese oder jene Fehlentscheidung in der SPD, auf lokale oder regionale Mängel oder Absurditäten zurückzuführen . . ., könnten nur neue Enttäuschungen zur Folge haben."

So weit, so richtig. Folgen einige beherzigenswerte Sätze über die „geschlossen kämpfende politische Willensgemeinschaft", über die notwendige Verteidigung der Ostpolitik und die Erinnerung an den Beschluß des Hannoveraner SPD-Parteitags zum Extremistenerlaß („Es beginnt erneut der Versuch, unter den Sammelbezeichnungen ‚Kommunisten', ‚Radikale' und ‚Marxisten' Zielscheiben für eine breit gefächerte Verfemungskampagne zu stellen. Die Sozialdemokraten sollen dabei genötigt werden, wenn schon nicht mit den Wölfen zu heulen, so doch ängstlich beiseite zu treten, in Deckung zu gehen").

Alles in allem acht eng maschinenbeschriebene Seiten mit Analyse der „verdüsterten Halbzeit", Appellen und guten Ratschlägen. Und nicht eine einzige Zeile über Inflation, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenboykott.

Hier wird (wenn sie es nicht schon ist) die nächste Bundestagswahl verloren. Auf die Gefahr, zu wiederholen: Wer glaubt noch, daß „die breiten werktätigen Schichten" (Wehner) eine Partei wählen, unter deren Regierung sie Arbeitslosigkeit oder die Furcht davor kennengelernt haben, unter der die Schulabgänger keine Lehrstellen mehr finden und die Preise den realen Löhnen davonlaufen? Wer von diesen Millionen Betroffener soll SPD wählen, wenn die Anführer der sozialdemokratischen Partei stumm bleiben vor der Krise, ihren Auswirkungen und ihren Urhebern?

Andrerseits: Was können sie denn sagen? Willy Brandt sagt: „Mit einem Sozialismus der Studierstuben allein kann man die Menschen ebensowenig für unsere Ziele gewinnen wie mit dem kalten Dünkel von Experten oder Technokraten." Jaja, der Herr Partei-Alterspräsident, wenn der Hahn kräht auf dem Mist usw. Das streicht dem entlassenen VWler kein Sanellabrot.

Der Finanzminister Hans Apel meint, die SPD brauche „dringend neue Ideen" für ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Gut gesagt, nur: Erstens wäre es ganz schön, wenn SPD-Leute, die Bundeswirtschafts- (Schiller, Schmidt) oder Bundesfinanzminister (Schmidt, Apel) werden, wenn schon die neuen Ideen fehlen, wenigstens die alten, von dem Mann im Bart, kennen würden. Und zweitens: Warum bemängeln gerade *die* Genossen das Fehlen neuer Ideen, die jeden selbständigen Denkversuch als Krise der Hirne denunzieren.

Hans Apel steht für Helmut Schmidt und damit für die Mehrheit der SPD-Führung. Also wird man ihn fragen dürfen: Wer hat das krisenlose Wirtschaftswachstum zur Grundlage seiner sozialdemokratischen Strategie gemacht? Wer hat an den Krisenmanager Keynes geglaubt wie Paul VI nicht an die unbefleckte Empfängnis? Wer hat denn ein Langzeitprogramm mitverfaßt, das eine Ausweitung des öffentlichen Finanzbedarfs forderte - und anschließend durch eine Steuerreform ein Milliarden-Loch in den Haushalt gerissen?

Neue Ideen? Helmut Schmidt hat eine: Er will einen „Verhaltenskodex" für die Tätigkeit multinationaler Unternehmen außerhalb ihres Heimatlandes entwickeln. Und sowas nennt Marx einen überholten Philosophen!

In der Endlos-Witzreihe über die chinesischen Ministernamen kommt auch ein Wirtschaftsminister vor. Er heißt: Wat-nu. Voll solcher Wat-nu's ist die SPD, seit sich herausgestellt hat, daß die Wachstums-Propheten verwachst haben.

Solange man ständig sich verschärfende Wirtschaftskrisen kommen sieht, ja selbst (wie Helmut Schmidt in einem Interview) eine Neuauflage des Schwarzen Freitags nicht mehr ausschließen mag und dennoch Marxens Krisentheorie „längst überholt" nennen muß, solange man hilflos vor den Kapitalbewegungen der Multis schlottert und dennoch Marxens Prognose über die Akkumulation des Kapitals zur „vorgestrigen Theorie" erklärt, solange wird man düstere Zeiten für die SPD voraussagen können.

Ein Antimarxismus, der vor lauter Angst, mit Kommunistischem in Berührung zu kommen, keinen Umweg scheut, wird immer bei so „neuen Ideen" wie der eines „Verhaltenskodex" landen. Und natürlich auch bei der etwas älteren Idee, die Partei von den „sozusagen Störenfrieden" zu säubern, die aus dem Labyrint der Umwege ausbrechen wollen.

Diesen Säuberungsmännern das Handwerk zu legen, gehört zu Wehners „schwierigsten Aufgaben der Nachkriegszeit". Vielleicht hilft es, des Gedankens Erwähnung zu tun, daß es im Herbst 1972 viele Geiselbergers, aber wenig Arbeitslose gegeben hat?

Konkret 01/75, S. 38

Gustav-Adolf Wünsche

Nulpen aus Amsterdam

Gustav-Adolf Wünsche war mit Beate Uhse unterwegs

Neulich war ich in Amsterdam. Die mit den Tulpen. Und den Grachten. Aber ich war mit Beate Uhse da. Das heißt, mit ihrem Reisedienst war ich da, für 199 Mark, frei Ruhrgebiet.

„Amsterdam bei Nacht" heißt der Entspannungsvorschlag, und wer als politischer Mensch, Stichwort Emanzipation . . .

Zunächst aber war's nur spannend. Was da in Dortmund in den Bus steigen mußte, das war mehr Vatertag als Buhne 16. Der Skat-Club von der Hauptfeuerwache zum Beispiel, verheiratet, Kinder, aber ohne Frauen und Kinder, der spielte und spielte Karten. So, als ob nichts wäre, woll?

Und dann - 42/46, 47/51, 52/54 - der beste Jahrgang also. Der redete und redete über Wetter und Preise - auch so, als ob er im Beate-Prospekt die Porno-Passagen „Zum Mitmachen" überlesen hätte. Ich will den drei Damen der drei Pärchen nicht unrecht tun - aber wo, bitte, liegt „Vilar"?

Bus-Stop Essen. Der Student - zum Anschauen bestellt. Der Fernheizungsmonteur - ohne besondere Kennzeichen. Ein Pärchen, selbdritt. Und Otto, 65, davon 35 unter Tage, mit 1200 Mark von der Knappschaft, in Onkelehe mit Elisabeth, die einen anständigen Bericht aus Amsterdam erwartet, und nächste Woche fängt er als Portier in einem Hotel an. Weil es zu Hause so langweilig ist. Das erzählt er, und daß er „so was ähnliches" kürzlich in Kopenhagen gemacht hat, nur in Amsterdam soll's teurer sein. Ich bin so verklemmt, daß Otto mir leid tut.

Hinter der Grenze wird eine starke „Koffietafel" serviert. Zahlt Beate. Und die Reiseleitung, sie heißt Pieter de Jongere, ist 39 Jahre alt, hat Psychologie in München studiert und steht im Hauptberuf allen holländischen Reiseleitern vor. Ein Zaubermann, der könnte glatt das Vorspiel erfunden haben.

Denn nichts von dem, was uns so drückt, kommt über Pieters Lippen. „Der Tag ist lang" vertröstet er die Hauptfeuerwache, oder Otto, dann mich. So kommt also aus dem Bordlautsprecher, leicht bayrisch akzentuiert, der berühmte Abfall der Niederlande. Dem Meere abgerungen, trotz drei Meter drunter, und durch ein Wunderwerk kommunizierender Kanäle immer auf dem Trockenen.

Masche? Pieter hat es mir später so erklärt: Du kannst den Deutschen nicht so mit dem Hammer kommen. Porno okay, aber der muß ein bißchen garniert werden, mit Kultur und Stadtrundfahrt, und Einkaufsbummel für die Frauen . . . Verstehst du?

Eintreffen in der Absteige, „Esso-Hotel" Amsterdam. Die Zimmer mit Bad und WC und Bidet kosten so um 70 Mark. Zahlt auch Beate. Frischwärts in die Stadt. Zur Rundfahrt wohlgemerkt. Pieter hat sein Anliegen. Bodenpreise und Inflation, und wo „man" wohnt und wo die meisten wohnen. Und daß die neue U-Bahn-Trasse die Altstadt kaputt macht. Und die Deutschen die holländischen Juden ausgerottet haben. Auf dem Flohmarkt kostet der SS-Dolch 40 Gulden.

1m Klosterviertel „Begynen-Hof" wird dem Sex-Touristen die Frist gewährt, die er braucht, um eine Kerze anzuzünden. Honi soit - aber ich hab's mit meinen eigenen Augen gesehen.

Bier und Genever in einer gehobenen Stadtstreicher-Pinte. Zahlt Beate. Dann eine Stunde Einkauf auf eigene Rechnung, und dann das große Fressen, wie bei Breughels. Zahlt wieder Beate.

Die Amsterdamer Mafiosi sind Chinesen. Sie haben das Nachtleben fest unter Kontrolle. Pieter muß das zweimal sagen. Zur „Einstimmung" führt er uns in ein gebührenpflichtiges Porno-Kino.

Ja, was soll man da sagen. Irgendwannwo haben wir dieses anabolische Gerammel schon alle mal gesehen, mit gleitender Arbeitszeit und paritätischer Mitbeteiligung. Immerhin, immerhin - 42/54, 47/46 und 52/51 mangern ganz schön einen

weg.

Die waagerechte Leinwand ist in Beate Uhses Sex-Shop an der Kalverstraat 84 gespannt. „. . . und wie gebannt sitzen die Gäste und verfolgen das aufregende Geschehen, in das sie auf Wunsch sogar mit einbezogen werden . . ." So der wortwörtliche Werbetext.

Aber was heißt hier „auf Wunsch" und „miteinbezogen"? Kein Laie kann sich wünschen, in solch „aufregendes Geschehen" gezogen zu werden. Damit sich etwa der gesamte Bus an einem gesund stößt?

Wenn's denn wirklich pressiert, geht's nämlich so: Dem Teutonen-Zug schließen sich ganz sachte ein paar sanfte Mädchen an, die über die Fix-Punkte des Programms hinreichend Bescheid wissen. Weil ja man klar ist: Gekuppelt wird nicht. Pieter muß das dreimal sagen. „Stell' dir doch vor", erläutert Pieter sein Prinzip, „da holt sich einer was. Da ruft der morgen in Flensburg an und verlangt Schadenersatz.'

Als „Höhepunkt" des reichlich späten Abends steht der Besuch eines „Exklusiv-Privat-Sex-Clubs" im Katalog. Nur Pieter versteht sich auf die Klopfzeichen, und nachdem wir (auf Beates Rechnung natürlich), mit 15 Gulden pro Mitglied und pro ohne Glied, unseren ersten Monatsbeitrag gelöhnt haben, dürfen wir ins Schwummrige. Mannomann.

Vorbei an einer langen Bar, von der es paradiesisch baumelt, über gläserne Fliesen, durch nackte Tanzende in tiefe Fauteuils. Endlich steht mal fest: Keine Profis von den Watussis, richtige Menschen, mit'm Bauch und mit genormten Gliedern. Nur die Mädchen, die sind weiter von der besseren Sorte.

Otto passiert da übrigens ein Mißgeschick. Guldenschwer verschwindet er in einem Separée. Man trinkt Champagner, man tanzt - Otto in Schale, die Dame nur Kern - man verschwindet wieder. Es dauert, leider, nicht lange.

Dann kommt Otto wieder. Finster, gar wortkarg. Aber er ist uns eine Erklärung schuldig. „Also gut", sagt er, „ich weiß auch nicht, aber es ging nicht." Und nach einer Weile wie unser aller Walter Arendt: „Die Kohlen sind flöten."

Genug - die Auflösung beginnt. Die Hauptfeuerwache spaltet sich. Pieter sagt Adjöh bis zum nächsten Morgen (sein Sohn hat Durchfall), der Monteur geht, das Trio geht, nur der harte Kern (von 42 - 54) bleibt.

Nicht ohne Brechreiz ist das Sonntagsfrühstück danach. Denn wer arbeitete, der muß auch aasen. Stundenlang, ehrlich, geht der Strich um die opulenten Platten, wird Forelle gefressen und Milch gesoffen und Wurst gehäufelt und Kellog's geschaufelt und Gouda satt . . .

Für 199 Mark, wie gesagt, plus anschließender Grachtenfahrt, plus Diamantenschleifen-Sehen, plus abschließendem Mittagsmahle. Lasset uns schämen.

Konkret 01/75, S. 40

Gisela Wenzel

Italiens rechte Putschisten

In der Nacht vom 7. auf den B. Dezember 1970 zog ein Bataillon Feldschützen, als Carabinieri-Einheit verkleidet, aus den Abruzzen in die Hauptstadt hinab und umzingelte die römische Rundfunk- und Fernsehstation, unterstützt von einigen rechtsextremistischen Stoßtrupps der „Avanguardia Nazionale", die sogar Für eine Nacht das Innenministerium besetzen konnten.

Erst heute erfährt die italienische Öffentlichkeit aus dem Munde des christdemokratischen Spitzenpolitikers Andreotti, daß es sich bei dem gescheiterten Putschmanöver unter Führung des Faschisten-Fürsten Valerie Borghese keineswegs nur um eine tollkühne Einzelaktion einiger isolierter Rechtsextremisten gehandelt hat, sondern um ein Komplott, dessen Drahtzieher in den höchsten militärischen Kommandostellen, in den Spitzenpositionen des Geheimdienstes SID und in der Spitze einiger Ministerien gesessen hatten und zum Teil noch heute sitzen.

Mehr noch: Das Organisationsnetz, das den Handstreich vom 7./8. Dezember geplant und koordiniert hatte, ist noch heute voll intakt. Nach Aussage Andreottis gibt es konkrete Hinweise dafür, daß für den August dieses Jahres erneut ein Putsch geplant war.

Inzwischen sind den sensationellen Enthüllungen Andreottis Aktionen der Justiz gefolgt: Ein gutes Dutzend hoher Militärs wurde wegen der Zugehörigkeit zu der rechtsradikalen Offiziersverschwörung „Windrose" verhaftet. Die Chefs der Generalstäbe aller Waffengattungen (Heer, Marine, Luftwaffe) und ihre Stellvertreter sowie der Kommandeur der Carabinieri werden vom Untersuchungsrichter Tamburino in Padua wegen Begünstigung der Putschisten vernommen.

Der Chef des militärischen Geheimdienstes SID, General Miceli, sitzt seit dem 31. Oktober hinter Schloß und Riegel. Und sein Vorgänger im Amt, der heutige Admiral Henke, der dank seiner politischen Beziehungen bis heute der Verhaftung entgangen ist, steht im Kreuzfeuer der Kritik der liberalen und linken Presse.

In Henkes Hand, so scheint es, laufen viele Fäden zusammen. Sie führen nicht nur zum Militär, sondern auch zur Ministerialbürokratie, zu den rechten Parteien bis in die Regierungsspitze, zur amerikanischen Botschaft und zur Nato. Steht Italien vor einem rechten Putsch? Viele sehen nur zwei Auswege aus der sich ständig verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Dauerkrise: die Öffnung nach links, die Einbeziehung der Kommunisten in die politische Macht des Staates (durch direkte Regierungsbeteiligung oder durch indirekte), oder die Öffnung nach rechts, sei es durch die Restauration des alten konservativ-reaktionären Rechtskartells der fünfziger Jahre, sei es durch einen kalten Staatsstreich und die Errichtung eines Präsidialsystems nach gaullistischem Vorbild, sei es durch einen offenen Militärputsch nach griechischem oder chilenischem Muster, wie er den „Falken" in der neofaschistischen Partei (MSI) vorschwebt.

Sicherlich gibt es Unterschiede zwischen den drei „rechten" Lösungen: Während die Politik eines Rechtskartells auf Spaltung der Gewerkschaften abzielen würde, brächte die faschistische Lösung die physische Liquidierung der demokratischen und sozialistischen Kräfte.

Die „Schwarze Spur" (‚La pista nera'), die sich in einer nicht endenwollenden Serie von Attentaten durch die letzten sechs Jahre zieht und mit den Blutbädern in Brescia und Bologna im Frühjahr und Sommer 74 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, nahm ihren Ausgang von einer scheinbar harmlosen Griechenlandfahrt von 50 italienischen Jugendlichen zu Ostern 1968. Was sich als harmloser Tourismus tarnte, war nichts anderes als lebendiger Anschauungsunterricht in der Technik der Vorbereitung des Bürgerkriegs und Machtergreifung der Militärs, den das griechische Obristenregime einer Elite neofaschistischer Jugendlicher erteilte.

Mitglieder der rechtsradikalen Organisationen „Avanguardia Nazionale" und „Ordine Nuovo" schleusten sich als Provokateure und Informanten in die Gruppen der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition ein. Durch diese Taktik wurde es möglich, die von den Faschisten durchgeführten Attentate den Linken, mit Vorliebe den Anarchisten, zur Last zu legen.

Nach diesem Schema funktionierte das Mailänder Attentat von Piazza Fontana, für das die Anarchistengruppe um Valpreda unschuldig ganze drei Jahre in U-Haft verbrachte. Das Manöver hätte der Rechten wohl kaum gelingen können, hätte sie nicht alle Zweige des Staatsapparats, die Polizei, den Geheimdienst und die Magistratur auf ihrer Seite gehabt. Auf Seiten der Polizei waren es nicht nur der Polizeikommissar Calabresi, sondern der Chef des gesamten Polizeiapparats Vicari und insbesondere der Leiter des Büros für die „innere Sicherheit" D'Amato, die durch Unterschlagung von Beweismaterial und bewußte Irreführung der Justizbehörden eine Aufklärung des Attentats verhinderten.

Vom Geheimdienst, SID ist mittlerweile bekannt geworden, daß einer seiner Agenten, Gianettini, mit Freda und Ventura, den vermutlichen Organisatoren und Exekutoren des Attentats, in engem Kontakt stand. Der STD hat den Mailänder Untersuchungsrichtern nicht nur Gianettinis Aktivität für den Geheimdienst hartnäckig verschwiegen, sondern diesen auch weiterhin regelmäßig bezahlt, als er sich dem Haftbefehl der Mailänder Staatsanwaltschaft durch seine Flucht nach Paris entzog.

Den zahlreichen Attentaten, die in den Jahren 1969-73 die Bevölkerung in Unruhe versetzten, lag im Prinzip stets das Muster von Piazza Fontana zugrunde: sie verfolgten den Zweck, die Linke zu diskriminieren, die Bevölkerung zu desorientieren und die Ohnmacht der Staatsorgane unter Beweis zu stellen.

Der Untersuchungsrichter Stiz aus Padua, dem die Aufdeckung der „pista nera" zu verdanken ist, beschreibt die Strategie der Attentäter: „Umsturz der staatlichen Institutionen, dem eine stufenweise terroristische Aktivität vorausgeht. Sie verfolgt das Ziel, Desorientierung unter den Massen hervorzurufen und eine Mentalität zu verbreiten, die günstig ist für die Restauration von zentralistischen und hierarchischen Strukturen."

Mit dem Blutbad von Brescia im Frühjahr 74, zu dem sich der faschistische „Ordine Nero" unmittelbar darauf offen durch Flugblätter und anonyme Telefonanrufe bei der Polizei bekannte, hat die Terrorstrategie eine höhere Stufe erreicht. Statt um maskierte Provokation geht es jetzt um kalten Massenmord, um die offene Kriegserklärung gegen die staatlichen Ordnungshüter durch Vorankündigung und Androhung neuer Anschläge.

Die rechtsradikalen Gruppen sind stärker geworden: Im Schutze der staatlichen Ordnungskräfte haben ihre Mitglieder nicht nur an Erfahrung, sondern auch an Waffenstärke, Kampfkraft und finanziellen Mitteln gewonnen. Dazu kommt ein ideologischer Umschwung bei den Jugendlichen des wohlhabenden Mittelstandes, unter denen es heute als chic gilt, Mitglied der „Avanguardia Nazionale" in Rom zu sein oder in Mailand in den Bars von Piazza Babilon zu verkehren. Einige Schulen in Rom, Mailand und in vielen anderen Städten sind zu wahren Brutstätten faschistischer Ideologie und Aggressivität geworden. Die Jagd auf die Linken, die zusammengeschlagen werden, ihre Bedrohung mit Pistolen und Messern, Schlagringen und Fahrradketten, Bombenanschläge auf Gewerkschafts- und Parteibüros, Zeitungsverlage, Studentenheime und Schulen sind in vielen Bezirken Italiens inzwischen alltäglich geworden.

Reiche Industriellensöhne, Kinder eines verarmenden Mittelstandes, akademisches Proletariat, dem die Aussicht auf eine berufliche Karriere versperrt ist, Subproletariat und gemeine Delinquenten, dies ist der soziale Nährboden der rechtsradikalen Gruppen. Aber sie allein wären wohl aus eigener Kraft nie in der Lage, eine Terrorstrategie von dem Ausmaße zu organisieren.

Als am 28. Mai 1974 während einer Gewerkschafterkundgebung auf den Piazza Loggia in Brescia eine Bombe acht Menschen tötete und 94 verletzte, zweifelte niemand, wo die Urheber dieses Attentates zu suchen seien: In einer Terrororganisation, die sich zunächst „Movimento di Azione Rivoluzionaria" (MAR) und später „Squadri di Azione Mussolini" (SAM) nannte und unter der Leitung des ehemaligen Partisanenführers Fumagalli stand.

Die Pläne der Bande Fumagallis veröffentlichte „Lotta Continua" am 5. Juni: „Das Startzeichen für den Beginn der Aktion sollte am Abend des 24. oder 25. April gegen 23 Uhr durch die Einblendung in den ersten Kanal des Fernsehens mittels eines Piratensenders gegeben werden. Nach der Verlesung einer Proklamation, die zur Schaffung eines Präsidentialsystems auffordert, sollten auserwählte Gruppen von 20 - 30 Mann (insgesamt etwa 300) eine Unterbrechung des elektrischen Energienetzes herbeiführen, sodaß ganz Mailand und die halbe Lombardei von der Dunkelheit überrascht würde. Das Chaos, das dadurch entsteht, sollte von den ‚Gruppen' in Bologna, Carrara, Empoli, Catanzaro, Palermo, Viareggio, Pisa und Sondrio dazu ausgenutzt werden, eine heiße Woche mit demonstrativen Attentaten und Stürmung von Kasernen einzuleiten (in einigen Kasernen würden Offiziere und Rekruten den „Guerillas" zum festgesetzten Zeitpunkt Einlaß

verschaffen und diese würden, nach entsprechender Ausrüstung mit Waffen gemeinsame Sache mit den Offizieren machen) . . .

Stellt sich die Frage, wer Fumagalli und seine Kameraden finanziert. Darüber haben die Staatsanwaltschaften von Brescia und Padua bereits einige konkrete Anhaltspunkte geliefert.

Am 24. August dieses Jahres wurde der steinreiche Zuckerfabrikant Mario Piaggio verhaftet. Der Richter war in den Besitz von Beweisen gelangt, daß Piaggio über die Finanzierungsgesellschaft „La Gaiana" die „Windrose" und andere neofaschistische Gruppen finanziert hatte. Über diese Kanäle wurde auch die MAR Fumagallis finanziert. In der Anklage heißt es, Piaggio habe, zusammen mit einigen anderen Personen „eine geheime Militär- und Zivilorganisation geplant, organisiert und aufgebaut . . . zum Zwecke eines bewaffneten Aufstandes". Er habe sich dazu „verschiedener bewaffneter Gruppen mit hierarchischer Struktur" bedient. Ihre Aufgabe sei es gewesen, durch die Finanzierung und Organisierung von Hilfstruppen (MAR/SAM) „chaotische Zustände zu schaffen, Attentate auszuführen, gewaltsame und einschüchternde Aktivitäten zu verfolgen".

Ebenfalls mit Fumagalli und der „Windrose" in Verbindung gebracht wird der Finanzspekulant Michele Sindona, gegen den am B. Oktober Haftbefehl erlassen wurde. Sindona galt bis vor kurzem als einer der mächtigsten und einflußreichsten Persönlichkeiten in italienischen Finanzkreisen. Seine Beziehungen reichen vor allem zu wirtschaftlichen und politischen Gruppen in den USA, wo er im vergangenen Jahr wenige Monate vor der Riesenpleite seines Finanzimperiums noch zum „erfolgreichen Manne des Jahres" gekürt worden war.

Am 23. Oktober schließlich wurde ein Haftbefehl auch gegen Lando Dell'Amico ausgesprochen, der im Auftrag des Ölmillionärs und Pressekönigs Monti wenige Tage vor dem Attentat von Piazza Fontana 18,5 Millionen Lire an den Chef des „Ordine Nuovo", Pino Rauti, überwiesen hatte. Auch die Zement- und Stahlindustriellen von Brescia (Pasotti, Comini, Busseni) gelten als Geldgeber der in ihrer Zone agierenden Faschisten. Angeblich sollen sie für jedes Attentat drei Millionen Lire ausgesetzt haben.

Im Frühjahr 1974 deckte Richter Tamburino aus Padua eine neofaschistische Offiziersverschwörung unter dem Decknamen „Windrose" auf, die in engem Kontakt mit Fumagalli und anderen rechtsextremistischen Terrororganisationen, mit dem militärischen Geheimdienst (SID), mit den reaktionär-konservativen Kreisen der schweigenden Mehrheit „Italia Unita" und finanzkräftigen Wirtschaftskreisen stand und allem Anschein nach von dem obersten Kommandanten der italienischen Streitkräfte, Admiral Henke und dem Chef des Geheimdienstes, Miceli, gedeckt worden war.

Im Februar dieses Jahres wurde gegen die Generäle Nardella und Spiazzi ein Haftbefehl erlassen. Während sich Nardella rechtzeitig nach Amsterdam absetzte, berief sich Spiazzi auf seine militärische Schweigepflicht und auf seine Sonderstellung als Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes. Damit geriet der SID erneut in den Verdacht, das eigentliche Zentrum der Verschwörung zu sein.

Der italienische Geheimdienst kann auf eine ganz beachtliche Putschtradition zurückblicken. Die Reorganisation dieser Behörde nach der SIFAR-Putschaffäre von 1964, die Ablösung De Lorenzos durch den General Aloja und seit 1966 den Admiral Henke hat die Anfälligkeit dieser Institution für die Ambitionen konservativer und faschistischer Generäle nicht geringer gemacht. Aber erst sein letzter Chef, General Miceli fiel in ähnliche Ungnade wie sein Vorgänger De Lorenzo. Bleibt abzuwarten, ob er sich nach seiner Pensionierung ebenso unverhohlen zur neofaschistischen Partei (MSI) bekennen wird wie dieser.

Miceli ist in Haft - seit Kriegsende der erste italienische General hinter Gittern. Ein sehr viel gefährlicherer Mann, der General Maletti, Chef der Unterabteilung für innere Sicherheit (des berüchtigten „Ufficio D") ist weiterhin im Amt und kontrolliert heute praktisch die gesamte Behörde. Er ist ein enger Freund der griechischen Obristen und der Vertrauensmann von Eugenio Cefis, dem Chef des Industriekonzerns Montedison.

Cefis, der vielleicht mächtigste Mann Italiens, beschäftigt den staatlichen Geheimdienst SID für seine Zwecke wie eine Privatagentur. Vor knapp zwei Jahren bewegte ein Abhörskandal die Gemüter. Kein Politiker und Richter, kein Industrieller und Prominenter fühlte sich mehr vor den „Wanzen" in der Telefonleitung und unterm Schreibtisch sicher. Selbst der

Untersuchungsrichter, der mit der Aufklärung dieser Affäre betraut war, fand sie in seiner Leitung.

Niemand zweifelte daran, daß zur Installierung eines so ausgedehnten Abhörnetzes nur der SID die finanziellen und technischen Mittel besaß. Inzwischen ist bekannt geworden, wer der eigentliche Auftraggeber war: Eugenio Cefis.

Konkret 01/75, S. 44

Gerhard Zwerenz

Der Junggeselle

Sie vertragen ja eine Unmenge, sagte ich.

Der Mann im schwarzen Anzug sieht aus, als sei er von einer Beerdigungsgesellschaft direkt in die Kneipe gekommen.

Er greift nach dem Glas und leert es in einem Zug. Mindestens fünfzehn Bier hat er sich schon hinter die Binde gegossen. Sein Gesicht bleibt dabei starr. Neu der Mund öffnet sich, die Kehle zuckt.

Aus verschleierten Augen blickt der Mann mich an. Er ist vielleicht fünfunddreißig Jahre alt, von kräftigem Körperbau - wahrscheinlich hat er früher regelmäßig Sport getrieben, Fußball?

Das Gesicht ist von gesunder Bräune, nicht unintelligent. Das Haar lichtet sich über der Stirn: an den Seiten liegt es in sorgfältigen, braunen Wellen eng an.

Ich komme vom Friedhof, sagt der Mann.

Man merkt Ihnen an, daß sie Trauer haben.

Nicht, was Sie denken. Nicht wegen meines Onkels, den konnte ich nie leiden. Ich bin auch nur mitgegangen, weil es sich so gehört. Dabei gehe ich nicht gern auf Friedhöfe. Es gibt Leute, die spazieren zum Zeitvertreib oder aus Neugier hin. Ich nicht. Ich nehme nur an Beisetzungen teil, wenn ich es unter keinen Umständen vermeiden kann. Aber wenn es sich gehört, dann muß man eben. Soviel will ich Ihnen sagen, wegen meines Onkels, weil der abgefahren ist, deswegen säße ich jetzt nicht hier. Das können Sie mir glauben.

Er hat ein neues Bier bekommen, schnuppert an der Blume, bläst sei an und trinkt das Glas mit einem Ruck aus.

Aber weshalb dann der Kummer? frage ich.

Das ist so ein dummer Zufall. . . Weil wir hier unter uns sind, kann ich es ja sagen. Sind Sie aus Köln? Na, ist auch egal. Aber die Ehrenstraße kennen Sie? Natürlich. Und die kleine Brinkgasse? Wo sie das Mäuerchen davor gesetzt haben. Als wäre die Brinkgasse das Schlimmste.

Fällt Ihnen eigentlich was auf? Der Name? Nein. Na, denken Sie doch mal drüber nach. Brinkgasse - ich schreibe und denke immer *Bringgasse,* man *bringt* sein Geld hin und läßt es dort.

Schön, die Damen wollen auch leben. Ich ging regelmäßig zweimal die Woche hin. Ich weiß nicht, was Sie für einer sind, aber unter Männern braucht man da keinen Schmus drum zu machen. Reden wir offen. Die Brinkgasse ist das billigste. Geben wir's zu. Als ich dann besser verdiente, besuchte ich andere Häuser. Das wird viel teurer.

Köbes, noch ein Bier.

Solange ich wöchentlich zweimal hinging, hatte ich meine Ordnung. Was will ein Junggeselle schon mehr. Ich bin immer auf der Achse, müssen Sie wissen. Da hat man nicht Zeit und Lust, sich auf große Unternehmungen einzulassen - Herz - Gefühle. Freilich, das ergibt sich schon mal nebenher, aber im großen ganzen ist man nicht drauf aus, hat gar keine Lust, viel zu investieren. Die Jüngeren, ja, die geben sich noch Mühe, aber ein Junggeselle in meinem Alter, da wird man bequem, bloß keine Komplikationen.

Er holte eine postkartengroße Fotografie aus der Tasche. Man sah darauf eine zierliche, junge Frau, klein, wie es schien. Das Gesicht war klar und - was kann man auf ein Foto schon geben - freundlich. Die junge Frau trug das Haar hochgesteckt. Sie schien eine sehr sympathische Person zu sein.

Eleonore S. heißt sie, sagte der Mann, und Sie können mir glauben, als ich sie kennenlernte, dachte ich, es wäre vielleicht nicht das Dümmste, wenn du heiraten würdest. Zu den jungen Fischen gehörst du nicht mehr, bist schon ein Karpfen mit Gewicht.

Ich will Ihnen sagen, ich verdiene ziemlich gut. Es macht mir nichts aus, daß ich mein Geld in teure Häuser schaffe, aber manchmal ärgert's mich. Als ich weniger verdiente und in die Brinkgasse ging, da hatte das so seine Richtigkeit. Aber so ist der Mensch, kaum geht's ihm besser, will er auch alles besser haben.

Und da lerne ich Eleonore kennen. Das war am - warten Sie, am Montag war das, heute ist Freitag, stimmt's?

Also, ich kauf mir am Neumarkt gerade eine Zeitung, da sehe ich das Mädchen. Sie werden lachen, aber wissen Sie, wie mir plötzlich war? Wohnen Sie hier in der Stadt? Ja? Wenn Sie plötzlich das Geräusch von Pferdehufen hören, treten Sie dann ans Fenster? Pferde sind was Seltenes, heute in der Stadt. Die Brauereien fahren noch mit Fuhrwerken. Ich kann mich gar nicht satt sehen an den Tieren. Brauereipferde, wissen Sie, ich verstehe nichts von Pferden, fahre einen großen Wagen, aber so richtige, pralle Brauereipferde sind was Solides, die gefallen mir.

Lachen Sie nicht der Vergleich mag komisch sein, ich hab' jedenfalls gedacht, das Mädchen, das ist was Solides. Klar, in meinem Alter, wenn das Geld so nach allen Seiten rausgeht, denkt man doch manchmal ans Heiraten.

Kennen Sie das? Wir sind wohl ungefähr im gleichen Alter?

Trinken wir ein Kölsch.

Köbes, noch zwei!

Ich rede sie an und blitze ab. Das ist gut, denk' ich. Also steig ich hinterdrein.

Sie müssen wissen, ich bin ein beharrlicher Mensch. Tatsache. Das lernt man in meinem Beruf. Wir sind immer beweglich, aber wenn wir erst einen Kunden haben, halten wir ihn eisern fest, dann heißt es: Er oder ich. Und der kauft, sage ich Ihnen.

Ich also nichts wir hinterher.

Sie spaziert die Schildergasse hinab und biegt in die Hohe Straße ein. Ich halte mich direkt neben ihr. Das wird ihr langsam über.

Was wollen Sie?

Ich bin kein junger Fuchs mehr, meine Dame, sag' ich, ich lauf nicht einfach jedem Rock hinterdrein. Um es kurz zu machen, ich verdien' gut, bin ein umgänglicher Mensch, fahr' einen schweren Wagen, und wenn wir uns verstehen, können wir heiraten.

Sie lacht überrascht. Das war mal was anderes. Das saß. So eine Frau hat's ja nicht leicht. Geht sie allein durch die Stadt, wird sie immerzu angesprochen und angepöbelt.

Sie wollen doch nicht eine Frau von der Straße weg heiraten, sagt sie.

Ich glaub' an die Liebe auf den ersten Blick, sage ich - und wirklich, als ich dies raushatte, war ich es satt, weiterhin als Junggeselle zu leben.

Wir gingen ins Kino, danach saßen wir zwei Stunden in einem Café. Hochanständig alles. Das war am Montag. Ich wollte mich am nächsten Tag wieder mit ihr treffen. Sie erklärte, das ginge nicht, sie müsse Dienstag früh eine kleine Reise antreten. Sie sei aber Freitag zurück, und wir könnten uns am Freitagabend treffen. Sie freue sich.

Wir verabreden uns also auf Freitagabend...

Bei diesen Worten stutzt mein Gegenüber, wirft einen hastigen Blick auf die Armbanduhr und fährt fort: Ah, jetzt, es ist fünf nach acht, um acht wollten wir uns treffen, am Neumarkt beim Zeitungskiosk, wo ich sie das erstemal sah . . .

Er starrt trübsinnig vor sich hin.

Und warum wurde nichts daraus? frage ich.

Sie war verhindert, sagt er, sie wird immer verhindert sein, und wissen Sie weshalb?

Vielleicht ist sie verheiratet?

Nein.

Sie ist krank.

Nein.

Sie hat sich einen Witz geleistet mit Ihnen...

Einen Streich hat sie mir gespielt, einen unübertrefflichen. Am Montag also lern' ich sie kennen. Aber Dienstag stirbt plötzlich mein Onkel. Infarkt. Heute nachmittag um drei war die Beisetzung. Ich wollte erst gar nicht mitgehen, aber dann dachte ich, es macht einen schlechten Eindruck, und schließlich dachte ich, wenn die Beisetzung um drei ist, da bist du abends um acht längst wieder frei. Ich wollte ja Eleonore treffen. Ich dachte die ganze Zeit auf dem Friedhof an nichts anderes. Wie die anderen in die Kapelle trotten, bleib' ich noch draußen. Du gehst zuletzt 'rein, denk ich und spaziere hinter der Kapelle ein wenig durch die Gräberreihen. Es ist recht saubre Luft dort, eine Seltenheit heute in unseren Städten. Der Wind war frisch, das tat mir wohl, plötzlich höre ich ihren Namen. Jemand ruft ihren Namen.

Ich bleibe stehen.

Kein Zweifel, es war ihr Name.

Ja, mein Lieber. Und dann kam ich an das Grab. Es war offen. Der Sarg stand unten. Der Pfarrer predigte, und ihn hatte ich gehört, als er den Namen ausrief:

Eleonore S . . .

Sehen Sie, so ist das, wäre ich nicht zur Beerdigung meines Onkels gegangen, an dem nur ja nie etwas lag, wäre ich nicht gerade in dieser Stunde durch die Grabreihen spaziert, ich hätte es vielleicht nie erfahren. Ich wußte nur ihren Namen, nicht die Adresse. Heute abend wäre ich zum Kiosk gegangen. Dann hätte ich mir gesagt, sie will nicht. Sie hat dich versetzt. Vielleicht hätte ich ihre Adresse ausfindig gemacht. Wahrscheinlich aber ist das nicht. Du sollst eben Junggeselle bleiben - damit hätte ich mich getröstet.

Am Dienstagmorgen war sie tot. Ich weiß nicht, wie es zugegangen ist. Ich will es nicht wissen. Sie ist tot, und ich bleibe Junggeselle. Man muß nämlich auch Vertrauen haben zu einem Weib, das man heiratet. Das ist was Seltenes. Zu ihr hätt' ich Vertrauen gehabt, wenn Sie das vielleicht auch merkwürdig oder unbegründet finden. Und jetzt ist sie tot und begraben.

Köbes - bringen Sie noch zwei Bier für den Herrn und für mich . . .

Konkret 01/75, S. 46

Hans Haustein

Contra Nostalgie

Die Geschichte des 1000jährigen Reiches ist noch nicht zu Ende. Wer das nicht wahrhaben wollte, dem muß es das 62-Prozent-Plebiszit für Franz J. Strauß ins Bewußtsein rufen.

Wenn in der Bundesrepublik Dokumente der barbarischen Periode des faschistischen Deutschland öffentlich vorgezeigt werden, ist der Eklat programmiert. lm Falle der Ausstellung des Frankfurter Kunstvereins über „Kunst im 3. Reich" leider doppelt, von links und von rechts.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), das beste Barometer für die Großwetterlage der Bourgeoisie, schrieb am 11. 10. 1974 gegen die Ausstellung: „Was wir heute brauchen, ist Erkenntnis, nicht ‚Entnazifizierung'." Ein entlarvender Satz: Erkenntnis führt für die FAZ offenbar nicht zur Entnazifizierung. Weiter heißt es: „Wer erklären will, wie die Kunst im Nationalsozialismus funktioniert hat, muß sich schon die Mühe machen, auch von anderem zu reden als nur vom Nationalsozialismus."

Exakt. Der Satz Max Horkheimers, „Wer vom Faschismus redet, darf über den Kapitalismus nicht schweigen", kann erweitert werden: Wer von der Kunst im Nationalsozialismus reden will, darf über die Kunst im Kapitalismus nicht schweigen. Daß die Frankfurter Ausstellung unter dieser Programmatik steht, gerade das ist der Pfahl im Fleische der Reaktionäre und ihrer Wasserträger. Die ideologische Verbrämung ihrer Position tritt auf in Gestalt des „autonomen Kunstwerks". Daß nicht nur Nazi-Kunst, sondern gleichzeitig Dokumente des Faschismus gezeigt werden, gilt als beschämender Entmündigungsversuch am Betrachter; denn - so sinngemäß weiter - würde man die Nazi-Kunst „für sich" ausstellen, dann könne auch jeder „für sich" - eben autonom - feststellen, daß diese primitiven Machwerke ja gar keine Kunst seien. Deshalb sieht die FAZ in dieser Ausstellung ein unzulässiges „moralisierendes Bewerten".

Die Äußerung der Aussteller, daß die Berührungsangst zur Kunst der Nazi-Zeit überwunden werden solle, hat auch zur Kritik von links Anlaß gegeben, die ernst genommen werden muß. Hier wird davon gesprochen, daß sich die löbliche Absicht der Aussteller gegen ihre eigene Moral kehre. Nun ist der Begriff der Moral davon abhängig, wer sie mit welchem Interesse für sich mobilisiert oder, um es deutlicher zu sagen: Moral ist klassen- und standpunktgebunden, ein abstrakter Moralbegriff daher für die politische Auseinandersetzung untauglich. In dieser Hinsicht ist die bourgeoise Kritik der Linken überlegen, indem sie die Gebundenheit der Moral an ihren Standpunkt als „selbstverständlich" voraussetzt.

Die Frankfurter Ausstellung hat ihre Geschichte. Seit Georg Bussmann Direktor des Frankfurter Kunstvereins ist, trägt eine der 8 bis 10 Ausstellungen pro Jahr politischen Charakter: Kunstproduktionen werden zugleich mit dem sie bedingenden und in ihnen enthaltenen sozialen und historischen Kontext gezeigt. Daß dieses Verfahren Mißmut erregt, mußte Bussmann schon anläßlich seiner ersten politischen, einer Käthe-Kollwitz-Ausstellung, erfahren. Der Frankfurter Kunstverein, vormals Tummelplatz der Kulturaristokratie, verwandelte sich in eine Organisation, die die Informationspflicht, wie sie für die klassischen Medien staatsvertraglich verankert ist, ernst nahm. Viele alte Mitglieder traten aus, viele neue kamen hinzu - eine Entwicklung vom elitären Honoratiorenclub zum bürgernahen Kunstverein, der den Anspruch zu verwirklichen sucht, daß die Kunst und die Auseinandersetzung mit ihr alle angeht.

Daß diejenigen, die Kunstkonsum als intellektuelle Luxusbeschäftigung mehr oder weniger müßig betreiben, verärgert und wütend abziehen, wundert nicht. Ebensowenig, daß sie die Fronde bilden, die alle Hebel in Bewegung setzt, um über einen Sturz Georg Bussmanns das alte Privileg wiederherzustellen. In diese Auseinandersetzung fällt die Ausstellung „Kunst im 3. Reich". Und auch in diesem Zusammenhang ist die Kritik zu begreifen.

Der Gegenüberstellung von heroischer Nazi-Ideologie und Barbarei des Faschismus kann sich der Besucher dieser Ausstellung nicht entziehen. Namentlich die junge Generation fühlt sich (halb ungläubig) betroffen. Der Schädelhaufen, montiert auf die Fotografie einer Monumentalplastik. Die Fron der pflugziehenden Sträflinge neben dem schollenbearbeitenden Urbauer mit schnaubenden Kaltblütern. Die Arbeiterin in der Munitionsfabrik neben dem ästhetisierten Weib. Der Arbeiter als lohnverzichtender Leibeigener eines Staates, dessen einzige Räson der Terror ist, gegenüber den rauchenden Schloten der anonymen Industrie. Das Elend des Eroberungskrieges gegenüber dem martialischen Herrentum des „Volks ohne Raum" in Gestalt des „tapferen", Furcht und Schrecken verbreitenden MG-

Schützen.

Der erläuternde Begleittext auf großen Schrifttafeln ist umfangreich und etwas zu schwierig, aber er wird gelesen - zu ungeheuerlich ist der Kontrast.

Diese Beobachtung bestätigt eine Umfrage, die der Kunstverein unter den Besuchern gemacht hat. 85 Prozent halten für das Hauptziel der Ausstellung, die Funktion der Kunst im 3. Reich zu analysieren, 60 Prozent halten dieses Ziel für ganz oder teilweise erreicht. Über 30 000 haben in den knapp zwei Monaten in Frankfurt die Ausstellung besucht. Das ist der meßbare Erfolg.

Die Überraschung und Überwältigung vieler Besucher liegt darin begründet, daß die faschistische Barbarei nicht auf das „falsche" Verhältnis Hitlers zu den Juden reduziert bleibt, die landläufig kolportiert wird, sondern die einzelnen Bestandteile der faschistischen Greueltotalität analysiert werden.

Dort liegt auch der Ansatzpunkt der am häufigsten geäußerten Kritik. Wegen der Nostalgiewelle verkomme ein solches Zurschaustellen faschistischer Kunstprodukte zu modischem Konsum. Jeder, der nicht blind durch die Ausstellung läuft, wird erleben, daß das nicht stimmt. Wer Angst hat vor der Handvoll Besucher, die sich an den alten Sachen aufgeilen wollen und deswegen ein Auge zukneifen müssen, der hat beide Augen zugekniffen.

Der Faschismus kann nicht „bewältigt" werden, solange er sich weltweit immer aufs Neue wiederholt, solange er eine aktuelle politische Drohung ist. Daher wird solange vom Faschismus geredet werden müssen, bis der Kapitalismus überwunden ist. Auch in der Kunst.

Konkret 01/75, S. 48

Karen Andresen

Berufsziel: Leberkrebs

PVC ist einer der meistgebrauchten Kunststoffe. Doch die Arbeiter, die PVC herstellen, ruinieren ihre Gesundheit. Die Industrie weiß das - und läßt weiterproduzieren

Es gibt kaum einen Lebensbereich, in dem man ihn nicht findet, den Kunststoff Polyvinylchlorid, kurz PVC genannt. Bauteile und Schuhe, Regenmäntel und Schallplatten, Eßgeschirr und Mäntel von Kabeln werden draus gemacht. Unter Markennamen wie Hostalit (Hoechst), Vinoflex (BASF), Trosiplast (Dynamit Nobel) oder Vestolit (Chemische Werke Hüls) werden in der Bundesrepublik jährlich rund eine Million Tonnen PVC produziert.

Doch PVC, in den vergangenen Jahrzehnten zu einer fast allgegenwärtigen Selbstverständlichkeit geworden, ist ins Gerede gekommen, seit 1973 an der Bonner Universitätsklinik bei Arbeitern der PVC-herstellenden Industrie ein komplexes, überwiegend unheilbares Krankheitsbild diagnostiziert wurde. Die Bonner Ärzte stellten bei ihren Patienten neben Haut- und Knochenveränderungen, Veränderungen am Blutgefäßsystem, Lungenfunktionsstörungen und Milzvergrößerung auch eine bisher nur selten aufgetretene Form von Leberkrebs fest.

Seither ist die Zahl der Verdachtsfälle in der Bundesrepublik auf insgesamt 124 angestiegen, die meisten von ihnen Arbeiter bei der Troisdorfer Flick-Tochter Dynamit Nobel. Rückwirkend konnten die Bonner Mediziner dieselbe Leberkrebsart auch als Todesursache bei dreien der zwischen 1956 und 1968 verstorbenen PVC-Arbeiter mit Gewißheit feststellen. Weltweit sind inzwischen 21 Todesfälle bekanntgeworden.

Dabei war in der medizinischen Forschung die gesundheitsschädigende Wirkung des aus Erdöl gewonnenen Gases Vinylchlorid (VC), das den Ausgangsstoff für PVC bildet, seit langem bekannt. Schon 1933 wurde auf seine narkotische Wirkung hingewiesen. Als Narkoticum war es indessen unbrauchbar, da höhere Konzentrationen zu Herzrhythmusstörungen und Atembeschwerden führten. 1n den sechziger Jahren kamen aus England, Frankreich und Belgien Meldungen über Haut- und Knochenveränderungen bei PVC-Arbeitern.

Bereits 1949 hatte zudem eine sowjetische Veröffentlichung auf die leberschädigende Wirkung des Vinylchlorids aufmerksam gemacht - ein Befund, der 1961 durch Forschungsergebnisse in den USA bestätigt wurde. Weitere Arbeiten, in denen auch der Verdacht aufkam, Vinylchlorid könne krebserregend wirken, veranlaßten 1970 ein internationales Chemie-Konsortium (ICI, Montedison, Rhone-Progil, Solvay), dem italienischen Professor Maltoni einen umfassenden Forschungsauftrag zu erteilen. Die Ergebnisse Maltonis, die zunächst von den Auftraggebern zurückgehalten und erst veröffentlicht wurden, nachdem die in der Bonner Universitätsklinik diagnostizierten Leberkrebserkrankungen die Gefährlichkeit des Vinylchlorids erneut bestätigt hatten, zeigten, daß auch niedrige VC-Konzentrationen bei Ratten Leberkrebs bewirkten.

Auf die arbeitsmedizinische und hausärztliche Praxis hatten die Forschungsarbeiten freilich kaum einen Einfluß. Vielmehr wurde den über Durchblutungsstörungen, Schwindelgefühl und Schmerzen in der oberen Bauchhälfte klagenden Arbeitern häufig der ärztliche Rat gegeben, künftig weniger zu trinken.

Einige der Betroffenen wurden jedoch aufgrund der gleichzeitig aufgetretenen Haut- und Knochenveränderungen an die Universitäts-Hautklinik in Bonn überwiesen. Den dort behandelnden Ärzten, denen die Verdachtsmomente gegen Vinylchlorid bekannt waren, gelang es schließlich, die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Symptomen herzustellen und Ursache wie Gefährlichkeit der Krankheit, die nahezu den gesamten Organismus erfaßt und inzwischen „Vinylchlorid-Krankheit" genannt wird, zu erkennen.

Ihre Patienten, so fanden die Bonner Ärzte heraus, waren an ihrem Arbeitsplatz zum Teil erheblichen Konzentrationen des schädlichen Gases ausgesetzt. Die Mehrzahl von ihnen arbeitete an den „Autoklaven" genannten Reaktionsbehältern, in denen das Vinylchlorid unter Beigabe verschiedener Zusatzstoffe in PVC chemisch umgesetzt (polymerisiert) wird. Dabei gehörte oft auch die Reinigung dieser Behälter zu ihren Aufgaben.

Da das Vinylchlorid niemals vollständig in PVC umgesetzt wird, die Polymerisation vielmehr entsprechend der gewünschten PVC-Art nach einer bestimmten Zeit abgebrochen wird, muß jeweils überschüssiges VC-Gas abgepumpt werden (Entgasung) und kann in einem weiteren Produktionsgang erneute Verwendung finden.

Während der Reaktionsbehälter im Normalfall so abgedichtet sein sollte, daß während des Polymerisationsvorganges kein VC in den Arbeitsraum entweichen kann, ist der Grad der Entgasung- neben der Effektivität der im Werk installierten Abzugsvorrichtungen - in jedem Fall von entscheidender Bedeutung dafür, wieweit die Arbeiter nach dem Öffnen der Autoklaven VC-Restbeständen ausgesetzt sind. Über die Arbeitsbedingungen ihrer Patienten wissen die Bonner Ärzte zu berichten: „Die größten Gasmengen werden durch Undichtigkeiten (z. B. an den Ventilen) am beschickten Autoklaven frei, die erst nach Beendigung des Reaktionsprozesses behoben werden können, und durch unzureichende VC-Rückgewinnung nach Abschluß der Polymerisation."

Den Grund für diese unzureichende Entgasung macht eine Broschüre des Verbandes der kunststofferzeugenden Industrie recht unverblümt deutlich: „Um eine wesentliche Absenkung des VC-Restgehaltes zu erreichen, müßten die bisher üblichen Entgasungszeiten ganz erheblich - auf Tage oder Wochen - ausgedehnt werden". 1m Klartext: Das Produktionsvolumen je Zeiteinheit und damit die ökonomische Rentabilität würde sich verringern. Mit einer Freisetzung von zum Teil nicht unerheblichen Mengen Vinylchlorids müsse deshalb, so der Frankfurter Verband, nach dem jetzigen Produktionsverfahren auch noch während der Lagerung und der Weiterverarbeitung des PVCs gerechnet werden.

Eine zusätzliche gesundheitliche Gefährdung entsteht dort, wo die Arbeiter die Reinigung der Autoklaven noch manuell durchführen müssen. Während dieser Arbeitsgang teilweise schon mechanisch durch Hochdruckstrahlen erfolgt, mußten zahlreiche der in Troisdorf erkrankten Arbeiter in den zuvor mit Wasser durchgespülten Autoklaven einsteigen, um mit Spachtel, Hammer und Meißel verhärtete Restbestände von den Innenwänden zu entfernen.

Für den Umgang mit inhalierbaren schädlichen Arbeitsstoffen werden in der Bundesrepublik - wie in anderen Industrieländern auch - jährlich Schwellenwerte veröffentlicht, in deren Grenzen die Einwirkung auf den Menschen als ungefährlich gilt. Diese sogenannte MAK-Liste (MAK = Maximale Arbeitsplatz-Konzentration) wird von einer Sonderkommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgestellt, deren Unabhängigkeit allerdings nicht einmal oberflächlich gewahrt ist: Von den insgesamt 26 Mitgliedern gehören dreizehn den Chemie-Giganten Bayer, Hoechst, BASF und Merck an.

Für Vinylchlorid wurde der MAK-Wert 1960 auf 500 ppm (=parts per million) festgesetzt und 1970 - unter dem Eindruck der in den USA Anfang der sechziger festgestellten Gesundheitsschäden - auf 100 ppm gesenkt. Da diese MAK-Wette für die Firmen jedoch nicht bindend sind, bleibt ihre Einhaltung in das Belieben der Betriebe gestellt. Die Möglichkeit einer Kontrolle von außen ist gering: Für die insgesamt 1,6 Millionen gewerblichen Betriebe stehen nur 2.170 Gewerbeaufsichtsbeamte und 78 Gewerbeärzte zur Verfügung. Als Folge davon wurden 1973 lediglich 16 Prozent der Betriebe überprüft. Bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung, den Berufsgenossenschaften, ist die Situation ähnlich. Hier sind nur 846 Personen für die technische Überwachung der Betriebe zuständig.

Durch den werkärztlichen Dienst bei Dynamit Nobel wurden Messungen der VC-Konzentrationen an den Arbeitsplätzen anscheinend überhaupt nicht durchgeführt. Jedenfalls konnten die Bonner Ärzte entsprechende Werte nicht erhalten, kamen jedoch aufgrund ihrer Untersuchungen zu dem Schluß, daß es sich um „erhebliche Mengen" des schädlichen Stoffes gehandelt haben muß. Sie verwiesen zudem auf amerikanische Messungen, die für die Autoklavenreinigung an den Innenwänden Konzentrationen von 600 -1000 ppm ergeben hatten, die von den Arbeitern nicht nur inhaliert, sondern auch durch die Haut resorbiert werden.

Als Folge der alarmierenden Meldungen aus der Bonner Klinik wurden schließlich von den Herstellern einige Änderungen an den betroffenen Arbeitsplätzen bekanntgegeben. So teilte man mit, man wolle die manuelle Autoklavenreinigung auf das Notwendigste beschränken und zeitlich begrenzen, man werde für verbesserte Absaug-Einrichtungen für ausströmendes VC-Gas sorgen, an die gefährdeten Arbeiter Schutzkleidung ausgeben und sie regelmäßigen arbeitsmedizinischen Vorsorge- und Kontrolluntersuchungen unterziehen.

Das Bonner Bundesarbeitsministerium reagierte seinerseits mit der Vergabe verschiedener Forschungsaufträge. Da Vinylchlorid inzwischen in die Liste der krebserzeugenden Stoffe aufgenommen wurde, für die ein als unbedenklich

geltender MAK-Wert nicht angegeben wird, beauftragte das Ministerium zudem eine aus Vertretern der Berufsgenossenschaft, der Behörden und der Industrie bestehende Kommission mit der Erarbeitung einer „Technischen Richtkonzentration" für VC.

Die Berufsgenossenschaft hat ihren Mitgliedern vorerst die Einhaltung von maximal 50 ppm bei der PVC-Herstellung empfohlen, ein Wert, bei dem die von Professor Maltoni getesteten Ratten bereits Leberkrebs aufwiesen.

Jüngste Ergebnisse der Bonner Universitätsklinik lassen befürchten, daß es sich bei dem bisher Erkannten möglicherweise nur um die Spitze des Eisberges handelt: Die Ärzte fanden Verdachtsfälle auf Leberkrebs auch bei Arbeitern der PVC weiterverarbeitenden Industrie, vornehmlich bei der Produktion von Fußbodenbelägen.

Der Verband der kunststofferzeugenden Industrie gibt sich indessen optimistisch: Das „Technikums-know-how" um den Rest-VC-Gehalt signifikant zu senken, liege bereits vor, und alles in allem stehe außer Zweifel, „daß es gelingen wird, *in angemessener Frist* die Produktionsverfahren so fortzuentwickeln, daß Gesundheitsgefahren ausgeschlossen werden können."

Konkret 01/75, S. 50

Regina Busch

Dr. med. christ.

Wer so dumm ist, krank zu werden, ist selber Schuld. Schuld ist er nicht nur an seiner eignen Krankheit, sondern auch daran, daß alle Versicherten so viel Geld für die Krankenkassen aufbringen müssen. Kurz, er ist ein „Sozialparasit". Den aber will der christliche Arzt Dr. Manfred Auberlen nicht „züchten".

„Gesunderhaltung ist des Bürgers erste Pflicht!" Etwa unter diesem Spruch fanden sich Medizinmänner, Pharmazie-Lobbyisten und interessierte Politiker in Kiel zum gesundheitspolitischen Kongreß der CDU zusammen. Von Bürgerpflichten vor allem war dort die Rede. Noch einmal Dr. Auberlen, Prüfarzt in der Arbeiterrentenversicherung: „Sofern jedoch das Verhalten des Versicherten auf die Maximierung seines Krankheitsgewinns aufgrund seiner geleisteten Beiträge abzielt, erweist er sich als Schädling der Solidargemeinschaft."

Ministerpräsident Helmut Kohl („Den Gesundheitswillen mobilisieren"), sein Kollege Gerhard Stoltenberg („In eigner Verantwortung gesundheitsbewußt leben") und der gesundheitspolitische Sprecher der CDU, Professor Fritz Beske („Durch gesundheitliches Fehlverhalten wird das Prinzip der Solidarität mißbraucht") sahen mehr Gefahren beim Saufen und Rauchen, beim Futtern und Faulenzen als in schlechter ärztlicher Versorgung, in ständig wachsenden Berufskrankheiten, in einer Schwemme von überteuren Arzneimitteln.

Ein paar Symptome wurden schon erkannt: „Wenn das Problem der ausreichenden Zahl der Ärzte für Allgemeinmedizin gelöst wäre, gäbe es keine Schwierigkeiten in der ambulanten ärztlichen Versorgung", meinte der Ärztefunktionär Dr. Haupt. Doch Professor Josef Stockhausen, bis März 1974 Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer, mochte noch nicht einmal den Ärztemangel bemängeln, sondern nur „Mängel in Teilbereichen". Professor Beske, Anführer der CDU-Gesundbeter, rief gar den rund 1000 Teilnehmern nach zweitägigem Diskutieren zu: „Eine Krise, die umwälzende Veränderungen herausfordern würde - eine solche Krise gibt es nicht!"

So durchzogen das Gerede über ärztliche Versorgung, den Arzneimittelmarkt, die Struktur der Krankenhäuser, den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Krankenversicherung, Suchtbekämpfung und Behindertenbetreuung stets drei schwarze Fäden:

· Jede Reform ist „Sozialisierung" und eine Gefahr für die „freie soziale Marktwirtschaft".

· An der „Kostenexplosion" in der Krankenversicherung sind die bei solchen Veranstaltungen Abwesenden schuld - vor allem die nicht gesundheitsbewußt lebenden Arbeitnehmer.

· Kassenpatienten sind potentielle Sozialschädlinge.

Gerhard Stoltenberg (medizinische Kennzeichen: Raucher und Schuppenträger) hat ein eindringliches Beispiel: „Die Zahl von Frühinvaliden wächst, weil einzelne Mitbürger zum Beispiel die Chancen aus vermehrter Freizeit und längerem Urlaub zum gesunden Leben nicht nutzen". Professor Siegfried Häussler assistiert: „Die größten Volkskrankheiten haben ihre Ursache im individuellen Fehlverhalten."

Deshalb empfiehlt auch der CDU-Vorsitzende Kohl, die Bürger in einer großangelegten Gesundheitsaktion über falsche Eßgewohnheiten, Bewegungsarmut, Mißbrauch von Alkohol und Nikotin, falsches Freizeit- und Urlaubsverhalten und Ausbau des Schulsports aufzuklären.

Vergeblich erwartet man von der CDU Aufklärung, wie man sich vor den Gefahren der Umweltverschmutzung oder der Gesundheitsbedrohung am Arbeitsplatz schützt, und wie die Arbeitgeber zur Kasse und Verantwortung gebeten werden sollen.

Vom Arbeitsleben ist bei den Dr. med. Christ. sowieso kaum die Rede. Und wenn, dann so: Professor J. Rutenfranz vom Dortmunder Institut für Arbeitsphysiologie kam zu der tiefsinnigen Erkenntnis, „Arbeit habe nicht nur etwas mit dem Erwerb von Geld zu tun". Vielmehr gewinne sie mehr und mehr „ihren eigenen Wert zurück". Ja, sie werde sogar „wieder als Möglichkeit der Selbstverwirklichung anerkannt". Bei der Arbeitsgestaltung möchte der Arbeitsmediziner gern

„Kenntnisse auch im philosophischen Sinne" angewendet wissen. Dementsprechend platonisch ist deshalb auch das Rutenfranz-Verhältnis zum Fließband: „Es ist nicht in sich selbst problematisch."

Rutenfranz fordert auch, Arbeitserschwernisse dürften nicht länger nur finanziell ausgeglichen werden: „Es kann nicht angehen, daß Geld für die Erschwernis der Arbeitsbedingungen durch Lärm auch dann gezahlt wird, wenn Arbeitnehmer die Körperschutzmittel nicht tragen und dadurch ihre Gesundheit gefährden." Kein Wort an den Unternehmer, Lärmquellen zu isolieren, schallschluckende Wände zu ziehen oder leise Maschinen zu entwickeln. Oder in anderen Fällen entsprechende Schutzvorkehrungen bei Arbeit in Hitze, Staub, Giftstoffen zu treffen.

Manfred Auberlen, der es als seine Pflicht ansieht, „die Solidargemeinschaft der Versicherten vor unberechtigten Inanspruchnahmen zu schützen", pickte sich ein paar ihm genehme Antworten aus einer 1970 durchgeführten Erhebung: Mit ihrem Berufs- und Arbeitsschicksal waren voll zufrieden 58,3 Prozent der Männer (von 15 912 Befragten) und 63,3 Prozent der Frauen (von 15 564 Befragten). Unzufrieden wegen zu hoher Leistungsanforderungen waren 2,3 Prozent der Männer, 2,1 Prozent der Frauen. Unzufrieden wegen zu geringen Verdienstes 3,5 Prozent der Männer und 3,2 Prozent der Frauen.

Dr. Auberlen weiß auch, warum: „Konfliktsituationen bzw. Unzufriedenheit aus der privaten Sphäre werden häufig im Sinne der Affektübertragung auf die Arbeitswelt projiziert." Vom umgekehrten Vorgang sagte er nichts.

Ebensowenig über die anderen, entscheidenden Ergebnisse der Studie, die als modellhafte Vorsorgeuntersuchung bei 31 476 erwerbstätigen Sozialversicherten in Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Jeden fünften der Untersuchten stuften die Ärzte als sanatoriumsreif ein, bei 63,9 Prozent der Männer und 71,1 Prozent der Frauen hielten sie therapeutische Maßnahmen erforderlich. Sie alle waren weder krank geschrieben noch fühlten sie sich krank.

In einer DGB-Befragung gaben 43,8 Prozent der Arbeiterinnen (45 bis 65 Jahre alt) an, am Arbeitsplatz überfordert zu sein - durch Tempo, Lärm und Schmutz.

Doch dies alles interessierte die CDU-Ärzte nicht. Um so mehr redeten sie über ihren Kumpan, der sich an den Opfern gesundstößt: Die Pharmaindustrie. MdB Dr. Göke Frerichs hielt die PR-Rede für Hersteller, Großhandel und Apotheken (den *gesunden* Mittelstand): „Der Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt ist die Voraussetzung für das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft." Und: „Ein scharfer Wettbewerb ist auch in der Forschung ein wirksamer Faktor."

Doch nicht nur hier, sondern auch bei Preisgestaltung, Werbung und Vertrieb wirkt dieser Faktor scharf: Wenige Großunternehmen beherrschen den Markt, überschwemmen ihn mit einer Vielzahl von Spezialitäten (24 000 in diesem Jahr), diktieren die Preise und bestimmen, welche Informationen über Nebenwirkungen und Wirkungen eines Medikaments gegeben werden.

Doch: „Wer ein effizientes Gesundheitswesen haben will, muß den Wettbewerb in der Arzneimittelindustrie bejahen", sagt Helmut Kohl aus dem BASF-Ländle. Und in Kauf nehmen, daß unkontrollierte Medikamentenpreise die Kosten für die Krankenversicherung hochschnellen lassen. 8,4 Milliarden Mark mußten die Versicherungen 1973 für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aufwenden. 1960 waren es erst 1,3 Milliarden. Ebenso sprunghaft wuchsen die Leistungen für Ärzte-Honorare an: von 1,9 Milliarden 1960 auf 8,8 Milliarden im Jahr 1973. Die Umsatzsteigerung je Kassenarzt in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich 22 Prozent jährlich entspricht einem Einkommenswachstum von durchschnittlich knapp 13 Prozent.

An dieses Eingemachte wollen die CDU-Ärzte und Sympathisanten verständlicherweise nicht ran. Das Monopol der Kassenärzte muß bleiben, Polikliniken, Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit und das klassenlose Krankenhaus dürfen nicht kommen. „Denn", so beschreibt Professor Beske seinen Befund, „es entspricht der Ungleichheit der Menschen, daß die Erwartungen im Krankheitsfall verschieden sind".

Der CDU-Kongreß stand unter dem Motto: Gesundheit in Freiheit und Solidarität. Gemeint war: Gesundheit für die Kassen der Pharma-Industrie, Freiheit für die Ärzte, Solidarität mit den Privatpatienten.

Konkret 01/75, S. 52

Michael Conrad

Als „Bild“ laufen lernte

Der durch die Lage der Nation verunsicherte Bürger, mit mehr Angst vor Gewaltverbrechen als vor Krebs, kann wieder beruhigt zur Kinokasse schreiten. Für ihn wurde ein Durchhaltegenre geschaffen, das Mut im Großstadtdschungel suggeriert. „Ein Mann sieht rot" ist der Anfang. Charles Bronson ist der Mutmacher, er nimmt als mittelständischer Bürger den Kampf gegen das Verbrechen auf, er spricht dem Bürger aus dem Herzen - mit der Pistole in der Hand.

Das „Do it yourself", der Selfmade-Mann werden wieder aktuell. Die amerikanische Geschichte ist voll von diesen Einzelkämpfern. Privatdetektive, die einsam gegen das Verbrechen ziehen, der klassische Westerner, der allein in die Stadt reitet, sie „säubert" und sie wieder allein verläßt, oder der Cop in den Polizeifilmen der Nixon-Ara, der gegen Unterwelt und Korruption im Polizeiapparat einen einsamen Kampf führt. Die Actionfilme früherer Jahre drehten sich um den großen Coup, die neueren um Gewaltverbrechen, Korruption, Prostitution, Drogen und Sexualverbrechen.

Was bei „Rififi" (1954) von Jules Dassin der sorgsam inszenierte Bankraub war, ist in den neuen Filmen die ausgespielte Vergewaltigung. So auch in Michael Winners „Ein Mann sieht rot". Hier finden die Morde des Paul Kersey (Charles Bronson) ihre Motivation. Damit die Identifikation, die Bejahung der Selbstjustiz auch bis zum Schluß des Films anhält, wird die Szene sattsam, ja genüßlich ausgespielt.

„Mord ist nur Töten ohne Lizenz" sagt Bronson als Killer „Bishop" im „Kalten Hauch" (1972) von Michael Winner. Ein Spruch, der durch „Ein Mann sieht rot" schnell revidiert wird. Selbstjustiz heißt das neue Programm, das geheiligt wird. Lizenz und Moral waren früher die Werte, die eine Person integer, zum Handeln bereit machten. Die Lizenz hat ihre Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft verloren. Eine durch Vietnam und Watergate erschütterte Gesellschaft, ein korrupter und - auch deshalb - wenig effizienter Polizeiapparat versetzten die US-Bürger in Ängste. So wird die Moral, der Sinn für Law and Order zu einer neuen Lizenz, die Selbstjustiz zur Ideologie. Der Bürger nimmt das Recht in die Hand und die Pistole in die Faust, er schießt zurück. Jetzt noch wie der einsame Charles Bronson als Einzelkämpfer, in folgenden Filmen (Produzent Laurentiis plant eine Fortsetzung) vielleicht schon als wohlgeordnete Bürgerwehr. Das Feedback in der Realität wird nicht lange auf sich warten lassen, die amerikanische Gesellschaft war immer anfällig für Selbst- und Lynchjustiz.

Das europäische Bürgertum hat sich mittlerweile selbst zum Gegenstand seiner Filme erhoben, das amerikanische ist im Kino noch ungebrochen und lebt sich an seinen Feindbildern aus. In „Walking Tall" („Der Große aus dem Dunkeln") von Phil Karlson wird den Bürgern noch mal die Arbeit von einem Sheriff abgenommen. Erst in der Schlußszene zeigt sich, daß der Heldenmut des Sternträgers die Städter in seinem „Sauberkeitswahn" mitgerissen hat: die Kamera in der Totalen, von links kommen die Bürger ins Bild, sie tragen das Mobiliar des „gesäuberten" Bordells zu einem Scheiterhaufen zusammen und setzen es in Brand. Wo „Der Große aus dem Dunkeln" endet, beginnt „Ein Mann sieht rot": Der Bürger wirkt aktiv.

„Der Große aus dem Dunkeln" gehörte 1973 zu den erfolgreichsten Filmen in den USA. Obwohl nur eine Billig-Produktion, spielte er über 10 Millionen Dollar ein. Erfolge rufen Dino de Laurentiis (Produzent) und Michael Winner (Regisseur) auf den Plan. Seit 1959 dreht der gebürtige Engländer Winner Filme wie am Fließband. Seine Spezialität sind psychologisch und gesellschaftlich aufgemotzte Actionfilme. Er beschreibt in seinen Filmen eine Männerwelt, in der ein Sozialdarwinismus à la Harold Robbins (‚Die Unersättlichen") herrscht. Seitdem der harte Mann in der Realität wie im Film wieder gebraucht wird, dreht er mit Charles Bronson.

Bronson gehört zu den letzten großen Identifikationsfiguren die das amerikanische Kino hat. Er ist das rechte Medium für Winners Filme. Bronson spielt immer den Einzelgänger, der im Western („Chatos Land"), im Gangster- („Kalter Hauch") wie im Copfilm („Ein Mann geht über Leichen") einen unerbittlichen Kampf gegen seine Umwelt führt.

Bronson, der harte, männliche Typ, sexy und brutal zugleich, läuft mit immer gleichem Gesichtsausdruck durch die Winnerfilme. Er schauspielert nicht, sondern er präsentiert sich: 1n Winners viertem Bronson-Film „Ein Mann sieht rot" als Bürger von nebenan, der nachts mit stumpfem Gesichtsausdruck durch die Straßen läuft und ein unerbittliches Privatrecht vollstreckt.

Dekor, Ausleuchtung, Kamera und Montage haben in den neuen amerikanischen Filmen kaum noch eine Funktion. Lediglich die Actionszenen werden in diesem Depressionskino bis ins letzte Detail inszeniert. Seit „Bullit" von Peter Yates ist das Statussymbol Auto das wichtigste Requisit. Während der Normalverbraucher sich im Schrittempo durch den Feierabend schlängelt, wird in den Actionfilmen mit hochgezüchtetem Motor über die Highways gejagt. So werden in diesen Filmen nicht nur die Schranken des Rechts, sondern auch die der Nutz- und Verwendbarkeit von Objekten gebrochen.

So dient das Verkehrsmittel von „Stoppt die Todesfahrt der U-Bahn 123" nicht mehr dem Transport von Menschen, sondern von Ideologien. Der U-Bahn wird Gewalt angetan.

„Bild": „Nachts in Hamburgs U-Bahnen, Frauen in Angst". Ein riesiger Aufmacher über ‚Sex-Ganster", „Schläger" und „Räuber", die Frauen bedrohen. Wer bekommt es nicht mit der Angst, wenn laut BILD sogar ein Polizist behauptet: „Ohne Waffe fahr ich nicht mit der U-Bahn".

Es ist ohne Zweifel richtig, die Untergrundbahnen sind Schauplätze von Gewaltverbrechen - in den USA. In der Bundesrepublik nicht. Doch die U-Bahnen mit ihren nachts vereinsamten Bahnhöfen lassen sich effektvoll ausschlachten. Fernab von Ordnungshütern, ganz auf sich allein gestellt, wird dies die Kulisse für den Großstadthorror. Was für biedere Wallacefilme das dunkle Moor war, ist für den neuen amerikanischen Actionfilm die U-Bahn.

Kein Wunder also, daß Bronson sich auch dort zu beweisen hat. Gleich zweimal kann er in „Ein Mann sieht rot" beweisen, daß er nicht nur in, sondern auch unter der Stadt zielsicher mit seinem Colt umgeht.

„Law and Order"-Stimmungen, die - wie in der Bundesrepublik - noch nicht reche gediehen sind, werden geschürt. Die Produkte, in denen sich diese Ideologie veräußert, treffen auf die gleiche Bedarfsstruktur wie in den USA. Da sich das Geschäft mit der Angst nicht nur in klingende Münze, sondern auch in erfolgreiche Innenpolitik umwandeln läßt, ist der reibungslose Vertrieb der Ware „Angst" gesichert.

Haupt-Marktplatz: Axel Springers „Bild". Die Lohnschreiber vom Dienst haben es schon immer verstanden, verbrechen, Mord und Totschlag konsumgerecht aufzubereiten. Als spekulative Sensationsmache zuerst, später als gezielte Agitation. Die Zielrichtung: SPD, linke Gruppen, Liberale und Demokraten.

Zwar eskalierte in den letzten Jahren die Gewalt, doch die Kontrolle ist den zuständigen Behörden nicht entglitten. 96 Prozent der Tötungsdelikte werden aufgeklärt. Doch d<< weder Hans Habe noch W. S. Schlamm einen Action-Roman über Rocker, Gewaltverbrecher oder gar über die RAF geschrieben haben und weder Vohrer noch Roland ihn verfilmen konnten, greift man auf Importe zurück. „Ein Mann sieht rot" kam gerade zur rechten Zeit, der Roman von Brian Gartfield wird in „Bild"-Serien abgedruckt und schon hat man passend zum Film die Zeitung. Der Medienverbund funktioniert.

Konkret 01/75, S. 53

Filme im Januar

Chinatown. Wäre der polnische Regisseur Roman Polanski in den vierziger Jahren als Vollprofi nach Hollywood geraten und hätten sich die Kollegen Howard Hanks und John Huston bei seinem Anblick vor Elend erschossen – dann müßte man von „Chinatown“ so respektvoll reden wie von den Detektivthrillern „Der tiefe Schlaf“ und „Der Malteserfalke“. Weil’s aber nicht so kam, ist der Polanski-Krimi nur eine wehmütige Antwort auf die Klassiker der „Schwarzen Serie“ von damals. Zu glatt, zu bunt, zu gepflegt und so elegant, daß Spaß und Spannung auf ein paar Details beschränkt bleiben. Vorzüglich Jack Nicholson und sein Wiedergänger Faye Dunaway.

Der lange Blonde mit den roten Haaren. Trotz des Hauptdarstellers Pierre Richard mitnichten eine Fortsetzung des leidlich komischen Spektakels. „Der große Blonde mit den schwarzen Schuh“, sondern ein Pauker-Film aus Frankreich, an dem sich studieren läßt, daß die Europäische Gemeinschaft des Kino-Schwachsinns sich stabilisiert.

Es war nicht die Nachtigall. Gesagt für jene, die sich von Namen und Sprüchen verwirren lassen. Diese als „erotische Komödie“ angekündigte Sex-Schmankerl ist ein Sex-Schmankerl, auch wenn der Grazer Erfolgsdramatiker Wolfgang Bauer („Magic Afternoon“) dem Regisseur Sigi Rothemund das Drehbuch gestrickt und die als „Emanuela“ immerhin appetitliche Sylvia Kristel die Hauptrolle spielt. Es ist sogar ein ziemlich dämliches Sex-Schmankerl.

The Kid. Wiederaufführung des Chaplin-Films von 1921. Höchst sehenswert nicht nur wegen Kinderstar Jackie Coogan und der utopischen Traumszene am Schluß.

Konkret 01/75, S. 55

Peggy Parnass

Bruno S.

Mehr als tausend Bücher und zehntausend Aufsätze sind seit 1828 über Kaspar Hauser geschrieben worden. Von all dem hat der Münchner Regisseur Werner Herzog bis auf das von Handke nichts gelesen. Dafür aber den ersten Film über Kaspar Hauser gedreht, der damals in Nürnberg auftauchte, weder sprechen noch gehen konnte und offensichtlich noch nie einen Menschen gesehen hatte: „Jeder für sich und Gott gegen alle."

„Ich wußte die ganze Zeit nur", sagt Herzog, „diesen Film muß ich zu Ende machen. Der Film ist mir so wichtig, daß, müßte ich jetzt sterben . . ." Die Arbeit, die ihm so wichtig war, war schwer, lang und teuer. Ein Jahr Vorbereitung, sieben Wochen Drehzeit, 850.000 Mark Kosten. Schwer und wunderbar zugleich auch wegen seines Hauptdarstellers, Bruno S., der sich soweit mit Kaspar Hauser identifiziert, daß er sagt: „Wer weiß, vielleicht war ich einmal Kaspar Hauser."

Als Herzog in Hamburg seinen Film vorführte, hatte er seinen Hauptdarsteller, Bruno S., dabei. Im Holi, an gleicher Stelle, an der am Tag zuvor noch Burkhard Driest gewandt und sicher Aufsehen erzeugte. Bruno, das Heim- und Anstaltskind. 23 Jahre weggesperrt. Davon 10 Jahre in einer geschlossenen Anstalt, aus der er 1958 als „geheilt" in unsere Gesellschaft entlassen wird. Da Herzog nicht den Versuch gemacht hat, dem Bruno für die Presse Gewalt anzutun, steht er da wie sonst auch. Etwa 1,60 m groß, unrasiert, 3 Pullover, 2 Jacken, hängende Hose. Eine Asyl-Gestalt.

Bruno ist gutgelaunt. Herzog machte darauf aufmerksam, daß das nicht immer so ist. Daß er während der Zusammenarbeit und auch, wenn ihm Leute nicht passen, kolossale Ausbrüche bekommen kann.

Während der Filmvorführung ist Bruno völlig fasziniert: „Jetzt kriegt er einen auf die Rübe. Jetzt ist er im Land der Träume," kommentiert er. Und immer wieder: „Bald kommt der Zinksarg! Das ist ein echter Sarg."

Hinterher stürzen sich alle, die ihn vorher kaum bemerkten, begeistert auf Bruno. Er wird von allen Seiten fotografiert und weiß inzwischen, daß es notwendig ist. Ein Reporter fragt: „Wie alt sind Sie?" Bruno murmelt bedrückt: „43 Jahre". Ich frage ihn: „Findest Du das viel oder wenig, Bruno?"

Er, und das stimmt, da er ja kaum angefangen hat zu leben: „Für mein Alter viel zu alt." Das kommt noch einmal hoch, als er sich recht verzweifelt in eine kahle Stelle am Hinterkopf sozusagen verbeißt. Eine Alterserscheinung, für die es natürlich auch noch viel zu früh ist. Herzog versucht, ihn zu trösten: „Das geht uns Männern doch allen so."

Bruno ist immer noch bei seinem Zinksarg: „Zwei große Freiheiten gibt es in Hamburg. Die eine auf St. Pauli, die andere in Ohlsdorf." (In Ohlsdorf ist Hamburgs Groß-Friedhof). Bruno erzählt von seinen Arbeiten. Er arbeitet viel und zuverlässig. Als Fahrer von Halle zu Halle in den Berliner Borsig-Werken, wo man ihn jetzt mit relativem Wohlwollen betrachtet. „Früher hat mir nur jeder verachtet. Warum ich dett nirgends ausgehalten habe, war nämlich die Einsamkeit. Die Einsamkeit ist mein neues Gefängnis. Auch ein geistiges Gefängnis sah ich hinterher. Ich bin der Mensch ohne Gesicht. Verstoßen wie ein Zigeuner. Verstoßen und verachtet. Keine Verwandte. Alle haben welche, der Bruno nicht. Wie kann man so gemein sein, sich loszusagen?"

Ich versuche ihm klar zu machen, daß leibliche Verwandte nicht unbedingt das Gelbe vom Ei sein müssen. Erkläre ihm Wahlverwandtschaften. Aber er will richtige. Herzog versucht, ihn froh zu stimmen: „Weißt Du noch, Bruno, während der Arbeit in Oberstdorf, als Du zum erstenmal Berge gesehen hast? Und Dein Flügel?" Den hat sich Bruno nämlich als erstes von seiner Gage gekauft.

Bruno: „Ja, ich habe schöne Musikinstrumente. Auch den Blütner-Flügel. Durch meine Arbeit. Denn betteln tut der Bruno nicht. Er spielt auch auf de Höfe mit'n Akkordeon. Malen tu ich auch. Die Zeit ist sowieso kurz. Lieber selber machen als auf den flackernden Fernseher gucken."

Als ich noch höre, daß Bruno fünf Zimmer hat, um die er jeden Tag zittert: „Denn ich brauche Raum. Aber wenn mal abgerissen wird, dann lieber gleich tot", werde ich neugierig und mache mich auf den Weg nach Berlin.

Erstmals lerne ich am Telefon verschiedene Abteilungen der Borsig-Werke kennen. Da ist er jetzt „unser Bruno" und „ja eigentlich ein putziges Kerlchen". Dann ruft Bruno mich an. Außer sich, schreiend und tobend vor Zorn. Eine Reportage im „Stern" hat ihn gerade an das Wildschweinessen in Dinkelsbühl erinnert. Dort war Uraufführung und Bruno Ehrengast. „Da ham se mir Akkordeon spielen lassen, damit sie besser fressen und saufen konnten. Und für mich war nichts zu essen vom Wildschwein übrig. Da habe ich mein Plakat runtergerissen und das Bier auf den Tisch gekippt. Die haben das extra gemacht, damit der Bruno nicht vergißt, was jedes Jahr zu Weihnachten los ist, wenn er einsam auf de Hinterhöfe Musik macht und nichts abkriegt vom Festessen. Die wollten, daß der Bruno das niemals vergißt, auch nicht, wo er Ehrengast ist."

Ich sah ein, daß dies nicht der beste Moment für eine Verabredung war. Am nächsten Tag ging die Telefoniererei weiter. Nun meldete sich auch jemand vom Werk bei mir und fragte mißtrauisch: „Wollen Sie ihn auch wirklich nicht schon wieder für einen Film haben? Wir könnten ihm ja nicht dauernd freigeben. Er hat ja eine gute Arbeit hier."

Jemand anderes im Büro sagte: „Wollen Sie wirklich allein zu ihm hingehen? Na ja, wenn es Sie nicht gruselt . . . Ich meine ja nur. Der Bruno kann ja auch nicht mit Geld umgehen. Kauft sich drei Flügel. Und in den Kneipen hält er alle frei. Aber wenn sein Film in Berlin läuft, gehen wir geschlossen hin. 50 Mann. Seine ganze Abteilung."

Dann kommt Bruno an den Apparat. Heiter, freundlich: „Morgen kann ich ja nicht auf de Höfe, weil Totensonntag ist. Da können Sie den ganzen Tag zu mir kommen. Ich habe keinen Namen an der Tür und immer die Vorhänge runter. Da muß man nur ans Fenster klopfen."

„Wo ißt Du denn?"

„Im Werk".

„Aber das geht am Sonntag doch nicht." „Nein, das ist wahr. Am Sonntag mach' ich mir nur Kaffee."

Dann stehe ich in der tristen Straße vor seinem tristen Haus neben dem Schrottplatz. Bruno reißt die Tür auf, zeigt nach links und rechts und sagt sehr laut: „Das ist die faschistische Niemandsgegend."

Er sieht aus wie in Hamburg. Die drei Pullover, die zwei Jacken und die ausgebeulte Hose. Hosenstall offen. Einen Schritt rein ins Zimmer und schon stoße ich an den herrlichen Flügel.

„Drei Meter lang", sagt Bruno stolz, gradseitig, nicht kreuzseitig gespannt." Der Flügel füllt die ganze Länge des Raumes aus. Er zeigt eifrig, wie er das Instrument selber stimmt. Er hält das abgerissene Plakat seiner Premiere hoch: „Das Fallbeil nenne ich dies."

Ich packe Brathähnchen, Tomaten, Mandarinen und Ei aus. Während Bruno im Stehen schnell ißt, und erzählt, sehe ich mich um. Ein Öfchen, noch nie ausprobiert, Waschmaschine. Ein Handwagen mit selbst angebrachter Klingel. Eine elektrische Schreibmaschine. Waagen, Wecker und Glocke. Ein selbstgebastelter Galgen.

Die Luft in Brunos Raum ist gut aber eiskalt. Mir tut schon alles weh vor Kälte. „Das können wir abstellen", sagt Bruno fröhlich und macht einen Elektroofen an, auf den man sich draufsetzen müßte um aufzutauen. „Ich heize ja sonst nur, wenn es richtig kalt ist", sagt er, setzt sich und spielt Figaros Hochzeit. Seine Musik macht uns beide froh. Ich sehe die Verstärker und großen Lautsprecher: „Hast Du auch ein Tonband?"

„Wozu?"

„Um Deine schöne Musik festzuhalten."

Bruno: „Ah ja, damit man es sieht." Und erzählt: „Zu allererst war ne Ziehharmonika da. Das haute nicht so hin. Nur 4 bis 8 Bässe. Akkordeon ist besser. Da hole ich mehr Akkorde raus und alles, was ich brauche. Wenn ich spielte, wurden die Leute immer kleener und der Bruno immer größer. So wurde mir das im Traum angedeutet. Meine Instrumente wollen mir helfen."

Er spielt das D-Dur Rondo von Clementi. Im Nebenraum ein großes Nestler-Zeichenbrett. Und eine Schiene für eine bewegliche Holzgliederpuppe, -Brunos Modell. Bruno zeigt mir seine Bilder „Wiege auf Friedhof" und „Faschistische Geister". Drumherum Fliegenfänger, Mobiles, eine Leiter, den selbstgebastelten Galgen. „Für Türken, Jugoslawen und Racker", sagt Bruno.

„Aber Bruno, die sind doch genauso einsam wie Du".

„ Nee, die, die nicht vereinsamt sind, sind wie Könige. Wenn die sehen einen Außenseiter, dann nehmen sie ihn nicht für voll." Immer wieder sagt Bruno, „ich zittere nur, daß das Haus abgerissen wird" und immer wieder sagt er, wie er diese Gegend haßt: „Aber wo soll ich hin, ich brauche doch Bewegung für meine Musik und zum Malen."

Bruno sammelt. Auf einer seiner Nähmaschinen steht der Fernseher. Um mir zu zeigen, wie schlecht das Bild ist, macht er ihn an. Fernsehschnulze. Gerade sagt einer: „Meine Liebe zu Dir bleibt immer gleich". „Ja, ja, daß ich nicht lache", höhnt Bruno. „Ich glaube an gar nichts mehr. Nur an Visionen. Komisch, daß auch die Wissenschaft sich plötzlich dafür interessiert." Faltbeil mit Korb. Bruno: „Zum Malen. Es kostet Nerven, ein Fallbeil zu bedienen."

„Möchtest Du es denn?"

„Nein. Man soll sie lieber mit Verachtung strafen. Ist besser. Sind ja nicht alle schlecht."

„Besuchst Du niemals den Arbeitskollegen, der Dir die Gondel geschenkt hat oder jemand anders?"

„Nein. Weil der Bruno genug gestraft worden ist, will er nicht auch noch Frau und Kinder sehen."

Bruno sammelt auch Kaffeemühlen und herrliche Uhren aller Art: „Früher war das mal mein Wunschtraum gewesen, eine Uhr zu haben. Darum habe ich die jetzt. Und alte Schreibmaschinen. Zum Angucken. Davon gebe ich keine mehr her. Wenn die alten nicht wären, wären die neuen nicht. Wenn ich tot bin, geht das alles ans Waisenhaus. Weil ich das schriftlich gemacht habe. Das Testament habe ich Herzog gegeben."

Bruno spielt mir noch was auf seinem zweiten Flügel vor. Eine kleine Celesta. „Zu denken, daß die mal in der Oper gestanden hat und jetzt steht sie beim Bruno."

Eine eiskalte Küche. Treppe rauf zum Schlafraum. Noch ne Nähmaschine und noch ein paar Handwagen und Waagen: „Das sind nämlich Dinge, die man heute nicht mehr bekommt," sagt Bruno.

So schön ich es bei Bruno, seinen Bildern und seiner Musik finde, so wenig hielt ich die Kälte aus. Also schlug ich seine Stammkneipe, die Lützow-Klause, als nächsten Treffpunkt vor. Bruno, der bekannt dafür ist, nur Bier zu trinken, davon aber eine ganze Menge, taute schon auf, als er mich zum Weingrog einlud.

„Ein neuer Film" sagt er, „da muß man dran denken, daß sich eine Katastrophe dahinter verbergen kann. Man könnte die Arbeit verlieren. Ich muß mich absichern. Diesmal gingen gleich 6.000 an das Finanzamt und die Arbeit war hart. Wir haben uns gegenseitig nichts geschenkt. Wenn sie mich im Hotel nicht hätten wie n' Aussätzigen betrachtet, wäre alles in Ordnung gewesen. Sie waren gemein. So auf die feine Art."

Zwischendurch mischen sich die Wirtin und ? Gäste ins Gespräch ein. 3 Personen aus 3 Ecken der kleinen Pinte. Alle sehr interessiert, alle sehr bemüht, zu beweisen, daß sie den Bruno eigentlich schon immer geschätzt haben. Bereit, ihm Ratschläge zu geben. „Zieh Dich doch besser an, Bruno, dann hast Du auch mehr Chancen. Ein Mann wie Du, der so intelligent ist, darf doch nicht wie ein Penner in Lumpen rumlaufen."

Bruno, der gerade noch von seinem Glockenspiel erzählt, mit dem er die Kirchenglocken nachmachen kann, spricht wieder vom Tod.

„Wenns schnell geht, freue ich mich drauf. Wenn sich nichts ändert, ists eine Erlösung. Sieh mal, ich habe immer Namen für Bilder. Friedhof ist Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfreut. Wo das Blut aus Kaspar Hauser rausfließt, das ist ‚Stille Nacht, Heilige Nacht`. Bruno hat ja niemanden."

„Hast Du nie ne Frau gehabt?"

„Ne. Ich habs versucht, wo es ging. Und ich wurde immer nur abgewiesen. Alle haben nein gesagt."

„Glaubst Du nicht, daß sie jetzt weniger abweisend sein werden? Daß auch vielleicht Frauen im Werk sich für Dich interessieren? Verbaust Du dir vielleicht nicht hier und da eine Möglichkeit?"

„Ich weiß, ich weiß", sagt Bruno, „aber die wurde mir schon 1958 verbaut, als ich die Obdachlosenasyle kennenlernte."

„Waren da nie Mädchen in den Heimen?"

„Nein. Und wenn, dann waren sie isoliert. - Ach, diese Gegend ist das letzte. Aber hoffentlich reißen sie das Haus nie ab." Ich: „Jede Gegend ist oft das letzte." Er: „Es stimmt, was Sie sagen. Wenn ich Klavier spiele, lese ich aus den Noten raus, was die über mir denken. Und Karikaturen ohne Worte, die lese ich auch. Wie Noten."

„Ach", lacht Bruno, „det würde genau so sint wie n' Tintenklecks auf 'n weißes Laken."

„Bruno, berliner nicht so, Du kannst auch anders."

Bruno: „Warum nicht, det ist'n Dialekt. Aber Bruno formt seine Worte. Er schläft nicht. Die BZ schrieb mal, Bruno der Gelegenheitsarbeiter. Wenn sie hätten geschrieben, Gelegenheitspoet, dann hätts vielleicht gestimmt, Arbeiten tu ich immer. Ich bin kein Bettler."

„Gefällt Dir Deine Arbeit denn?"

„Ja, bis auf das, was ich immer sehe. Wat mir nicht gefällt."

Die plietsche Wirtin hat außer Kaspar-Hauser-Büchern auch den „Stern" gelesen und sagt: „Der Journalist wollte dem Herzog wohl nichts Gutes. Der hat ihn wohl auf dem Kieker. Für Bruno, aber gegen Herzog."

Da frage ich Bruno: „Machst Du Dich denn auch so stark für Herzog wie der sich für Dich?"

Bruno: „Nee; sieh mal, stark machen ist Reklame schieben. Werbefunk ist Starkmacherei. Sagen, was wirklich ist, verteidigen, ist was andres."

„Wie waren denn die Leute, nachdem Du im Fernsehen warst, zu Dir?"

„Na Mensch, die Freundlichkeit in Person. Besucher? Also - wenn ich keinen kenne - vorsichtig! Es könnten ja Tagediebe sein. Bruno, der hat doch alles frühzeitig verloren. Und ich glaube auch zu wissen, daß ich 'n frühen Tod habe."

„Warum?"

„Ich weiß das."

„Hast Du Angst?"

„Nein, das nicht mehr. Früher hatte ich das mal, weil ich, wenn ich manchmal einschlafe, das so ahne und fühle."

„Was willst Du vom Leben?"

Bruno, heftig: „Früher wie morgen: das!"

Ich: „Dann könntest Du doch Selbstmord begehen."

Bruno: „Das muß aber gekonnt sein. Da ist eine Schranke aus Angst. Wenn die durchbrochen wird, dann ist man unter Umständen schnell weg. Eine Frau, eine Familie, das hat er nicht. Aber meine Eltern gehören auf die Müllkippe."

Konkret 01/75, S. 58

Ulrich Maske

Scheiß alleino

„Er hatte Drähte an der Nase und Antennen an den Ohren, ganz grün im Gesicht, und dann beugt' er sich leicht nach vorn. Und er sagt: . . §,/.!?-". . ;/§ %. . .?, sehr angenehm . . .

So begrüßt einen Gerhard Gösebrecht, der Mann aus dem dreizehnten Sonnensystem. Sein Autor selbst sagt einfach nur: „Hallo, komm rein." Kein Glitzeranzug, normale Wohnung, nicht „von Kopf bis Fuß" auf irgendetwas Besonderes eingestellt. Dafür ist er auch nicht langweilig, nicht affektiert, redet verständlich, macht mal hin und wieder einen Spruch. „Ich habe früher englische Texte gesungen, aber ich hatte sie nicht im Griff. 1n meiner eigenen Sprache kann ich mich eben besser ausdrücken, man kann sie besser verstehen. Es ist Straßendeutsch, Umgangsprache." So singt er, als „Präsident" der Rockerclique: „Hör mal, Mann, mach meinen Engel nicht an - sonst kriegst du dermaßen was in die Schnauze . . .!"

Das Straßendeutsch scheint sich auszuzahlen. Die beiden ersten LPs „Daumen im Wind" und „Alles klar auf der Andrea Doria" verkauften sich gut, er bekam einen Fünfjahresvertrag bei einer Plattenfirma: „Alle Firmen wollten mich haben, große Pokerei und so." Selbstbewußt fügt er hinzu: „Ich habe die Marktlücke gesehen, ich wollte auch was verdienen können." Und mit seiner LP „Ball Pompös" ist er geschickt in diese Marktlücke nachgestoßen.

Gut, er will Geld machen. Sonst noch was? „Ich manage zuviel, ich hab zuviel am Hals. Wenn ich aber ein Lied mache, also zum Beispiel ein Lied über Schulen, dann will ich auch in ein paar Schulen gehen. Für all diese Sachen brauche ich Zeit . . ."

Die hat er nicht, er muß immer auf Tour, bis tief ins Innere des Landes. In einigen Orten im deutschen Süden war er Stammtischgespräch: Er hatte auf dem Plakat die Hand zu weit im Rückenausschnitt der Dame . . .

Udo Lindenberg hat so seine Vorstellungen von Musik und Text, die er nicht aufgeben will. An die Adresse von Dieter Thomas Heck und dessen Hitparade hat er gereimt: „Außerdem - mit Roberts Holm und Heino, macht doch euern Scheiß alleino!"

Ob er seine Texte progressiv findet? „Mit dem Begriff kann ich nichts anfangen." Kein Wunder, der ist in der Pop-Scene für allen Schund verbraucht worden. Im Lied „Riskante Spiele", wo es um Drogen und Alkohol geht, steht der Betroffene zum Schluß im Mäusenest, es klingt „ahuahua". Stellung beziehen" „Wenn er am Schluß nur noch ahuahua sagen kann, dann kann es eigentlich nicht so gesund sein, was er da macht", meint Udo. „In gewissem Sinne finde ich meine Sachen schon progressiv: daß sie ohne Schlagerklischees, übliche Märchen und Lügen solche Breitenwirkung haben. Ein Zeichen, daß die Leute kritischer unterscheiden zwischen dem Scheiß, der so geboten wird, und ehrlichen Sachen. Ob sie nun besonders tiefgehend sind . . ." Er zuckt die Schultern. Er wirkt unbefangen, manchmal fast naiv, wenn es um gesellschaftlich brisante Themen in seinen Stücken geht, die nicht in seiner „Scene", in der Science-Fiction-Traumwelt oder von Seemanns-Rock-Romantik handeln. Zu seinem „Mädchen aus Ost-Berlin": Ja, in der Schaubude haben sie mich unheimlich reingelegt. Da haben sie mich aufgenommen, später haben sie es mit Mauer und Stacheldraht ablaufen lassen. Ich wollte das nicht, aber die sagten: Das Programm läuft. War ich natürlich sauer, klar." Auch wenn er in der Geschichte des Tangogeigers Rudi Ratlos Adolf Hitler nebenbei erwähnt, denkt er nicht, daß das die Nazi-Nostalgie stärkt, Hitler verharmlost.

„Hitler positiv sehen? Die paar Ochsen, die es da gibt!" Optimistisch oder naiv? Ja, vielleicht sollte man vorsichtiger sein bei den Texten. Vielleicht reicht es nicht aus, nur gute eigenständige Musik zu machen, nur die Sprache der Jugend zu treffen. Gerade, wenn man verständlich singt, ist die Wirkung des Textes, die Verantwortung am größten.

„Manchmal will ich einfach nur Lieder machen, um die Leute ein bißchen zu unterhalten. Vielleicht auch, um sie zu ködern, sagen wir mal so. Sie hören was, wollen mehr. Und dann bringe ich auch Elemente, die zum Nachdenken anregen: Ja, ich will die Umwelt ein bißchen kritisch sehen . . ."

Als nächstes plant Udo eine LP über die Zukunftsgesellschaft. Vielleicht auch „ein bißchen kritisch", Udo?

Konkret 01/75, S. 59

Rüdiger Bloemeke

Wurm im Krautrock

Bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt in der Hamburger Musikhalle im November 71 zeigte sich die Gruppe „Faust" nicht gerade von der besten Seite. Übereilt hatte die Polydor (Deutsche Grammophon) sechs unerfahrene Musiker mit einer unerprobten Tonmaschinerie auf die Bühne gedrängt. Als nichts klappte, ließ Fäustling Jochen Irmler die Hose runter und reckte seinen blanken Hintern den mit Presseleuten gefüllten Bänken entgegen.

Die Gruppe, eine der ersten, die unter dem Etikett „Deutscher Rock" auf den Markt geworfen wurde, gibt es noch -ohne Instrumente, ohne Anlage, aber mit einem Plattenvertrag und 65 000 Mark Schulden. Heute zeigt ihr die Plattenindustrie die Kehrseite. Fazit für „Faust": Eine von der Industrie künstlich geweckte Nachfrage läßt sich trotz besten Angebots auf die Dauer nicht am Leben erhalten.

Eine Lektion, die auch andere deutsche Rockgruppen lernen müssen. Rockgruppen, die unter dem von „Faust" auf der vierten LP lancierten Begriff „Krautrock" angeblich in England und den USA Furore machen. Lange Besprechungen in renommierten Fachzeitschriften wie „New Musical Express", „Sounds" oder „Pop Musik", 80 000 zum Single-Preis verkaufte Exemplare einer einzigen LP, Tourneen durch Frankreich und England mit Auftritten in Paris und London - was andere deutsche Gruppen allein vom Hörensagen kennen, hat den „Faust"-Musikern letztlich nur die Erkenntnis gebracht: „Wir haben die große Kohle nicht gemacht."

Stationen der „Faust" aus der Sicht der Gruppe: lm Frühjahr 71 ködert Produzent Uwe Nettelbeck die Musiker mit einem Tausendmarkschein für Probeaufnahmen. Die fertigen Demos bewegen die Polydor dazu, der Gruppe in Wümme (Lüneburger Heide) ein Studio mit zum Teil alten Anlagen in einer leerstehenden Schule einzurichten. Im Oktober liefert „Faust" die erste LP, wird einen Monat später zur Unterstützung des Plattenverkaufs „auf die Bühne gehetzt" (Nettelbeck) und kehrt ins Studio zurück. 1n dieser Zeit lebt die Gruppe von einem Vorschuß, der schnell verbraucht ist. „Faust"-Mitglied Gunther Wüsthoff: „Zeitweise haben wir nur Haferflocken gegessen." Nach einem Jahr verlängert die Polydor den, Vertrag nicht, Vertreter der englischen Firma „Virgin" engagieren die Gruppe für drei Jahre mit einer Garantie für sechs Langspielplatten. Mit einem 35 000 Mark-Vorschuß und einem Kredit des Produzenten ersteht „Faust" einen Lkw und geht auf Tournee. Da die Kosten höher sind als die Einnahmen, weigert sich die Gruppe, weiter aufzutreten. Gunther Wüsthoff: „Wir haben es gewagt, den Leuten von Virgin auf die Füße zu treten, da haben sie uns fallen lassen." Die Plattenfirma nimmt „Faust" keine Bänder mehr ab und zahlt nicht mehr. Ein Rechtstreit dauert lange, Arbeitslosenunterstützung kriegen die Musiker nicht. Die Situation der Gruppe ist desolat.

Schon nach der ersten Produktion verschwinden 20 Prozent der deutschen Gruppen sang- und klanglos in der Versenkung. 1974 gab es zirka 100 produzierende Gruppen. Den Sprung in die amerikanischen Charts schafften aber nur drei: „Nektar", „Eloy", „Triumvirat". So bezeichnet Produzent Frank Dostal Meldungen über riesige internationale Erfolge denn auch als „Quatsch, auf den die meisten nicht genügend orientierten und unter Zeitdruck arbeitenden Journalisten reinfallen".

Der Wunschtraum vom großen Geschäft mit dem ‚Krautrock" verführte manchen Werbe-Strategen zu verfrühten Erfolgsberichten. In der Branche blieb dagegen kein Geheimnis, daß deutsche Gruppen, die mit Gewinn arbeiten, an einer Hand abzuzählen sind. Für die Pleiten jedoch brauchte man mehrere Hände. Die Folge: Unablässige Fluktuation in den Bands und Liquidationen wie beispielsweise bei „Thirsty Moon" und „Agitation Free".

Die andauernde Trendlosigkeit auf dem internationalen Markt macht die deutschen Plattenfirmen immer unsicherer. So strich die Deutsche Grammophon jetzt ihr für deutsche Bands gedachtes Label „Zebra" und behielt von acht Gruppen allein „Randy Pie" und „Ougenweide". Neue Devise der Firma: „Man muß sich auf wenige Gruppen spezialisieren, oder die Finger ganz davon lassen." Denn was als „Krautrock" bislang auf den Markt gekommen sei, habe weniger durch Qualität als durch Quantität von sich reden gemacht.

Auch bei der Metronome, deren Label „Brain" mit 16 Gruppen auf den „Krautrock" einstieg (Slogan: „Aus deutschen Landen frisch auf Euren Tisch"), plant man, sich auf maximal zehn Gruppen zu beschränken. In drei Jahren wanderten zwölf „Brain"-Gruppen ab - nur sechs tauchten bei anderen Firmen wieder auf. Vier weitere Bands sieht „Brain"-

Labelmanager Günther Körber 1975 untergehen. Sein Urteil: „Die deutsche Musikszene ist krank."

Anderen ergeht es wie Zippo Zetterlinck, der bei schönem Wetter in der Hamburger Innenstadt unterwegs ist- mit einer Plastiktüte voller selbstgepreßter Platten. Einer Tüte mit „Krautrock", den kein Mensch haben will.

Konkret 01/75, S. 59

Platten im Januar

Wenn man, lau gebadet in den Klängen von Andy Williams' „Hawaiian Wedding Song", urplötzlich mit Iwan Rebroffs „If I Were A Rich Man" konfrontiert wird, wirkt das wie eine kalte Dusche. Diesen Schock bereitet das Doppelalbum „24 Millionen Erfolge 3", ein Sampler, wie man im Fachjargon sagt. Der Sampler „20 Beat Hits“ haut einem nach Wayne Fontanas „Game of Love“ die Mashed Potatoes" der Rattles um die Ohren und die „20 Golden Smash-Hits" lassen dem Country & Western Song „Detroit City" Perez Prados „Patricia" folgen. Cha-Cha-Cha. Unverkennbar sollen diese Sammelplatten verschiedener Interpreten - zur Zeit viel gefragt - die Tanzfreunde beglücken: Musik für Ihre Party. James Last läßt grüßen.

Nur selten wird die Chance genutzt, auf einer Platte den Überblick über eine Pop-Sparte zu geben, also vom Thema und Stil her verwandte Stücke zusammenzustellen. Allerdings hat auch nicht jede Firma das Repertoire für eine Reihe wie „That's Soul": Hieran schließt der Sampler „Super Soul - 20 Hits" an -populäre Stücke, gut gemischt, wenn auch zum Teil schon leicht angestaubt. „Phillysound", gleichfalls vom Boom mit „schwarzer Musik" angeregt, wirkt dagegen eher eintönig, wie Schokoladenpudding. Für Hillbilly-Fans, die nicht nur Johnny Cash sammeln: „Good Old Country Music" bringt einen guten Querschnitt durch Produktionen der letzten zehn Jahre. Die Zeit von 1936 bis 64 durchfährt der „Western Express" mit einer Ladung schwerverdaulicher Raritäten. „The World Of Country Giants" und „Country Classics" lassen Rückschlüsse auf die Einstellung der Zusammensteller zu: Wer Hillbillies mag, frißt auch das. Eben nicht.

Konkret 01/75, S. 60

Günter Ehnert

nananana...

Kennen Sie einen deutschen Schlagersänger, der mit „Dr" anfängt und mit „ews" endet? Selbst wenn Sie wissen, wer Jürgen Drews ist: Können Sie sich einen Jürgen-Drews-Fan vorstellen, oder einen Jürgen -Drews-Fan-Club? Es gibt Dutzende von diesen und Tausende von jenen. Eine Subkultur ohne Hasch und Rockerketten durchzieht das Land, friedlich, freundlich, frömmlich, dümmlich - ein Glanzprodukt der Bewußtseinsindustrie. Günter Ehnert hat eine Jürgen -Drews-Fan-Hauptclub-Leiterin besucht:

„Bei uns", sagt Christa Rasch, 39, Leiterin des norddeutschen Fan-Hauptclubs, „bei uns, da fühlt man sich wie in einer Familie."

Familen-Oberhaupt ist der 26-jährige Schlagersänger und Schauspieler Jürgen Drews, der bis 1969 der Beat Gruppe „Die Anderen" angehörte, sich 1971 für den Les-Humphries-Chor anwerben ließ und ein Jahr später bei der Schallplattenfirma WEA auch einen Vertrag als Solo-Interpret unterschrieb. Sein Ziel: „Ich möchte mit meinen Liedern beweisen, daß deutsche Schlager nicht süßlich, unecht und kitschig klingen müssen."

Inzwischen sind von Jürgen Drews, der bisweilen auch komponiert und textet, sechs Singles und eine Langspiel-Platte erschienen. Zwei Titel davon hielten sich insgesamt fünf Wochen in der deutschen Hitparade. Von jeder Single-Produktion konnte er rund 30.000, von der Langspielplatte 6.000 Stück absetzen. Auch der Absatz jedes zukünftigen Platten-Produktes ist- wie immer dieses klingen mag - mit mindestens 1.000, vielleicht gar 5.000 Exemplaren sichergestellt. Denn innerhalb von gut zwei Jahren haben sich ungezählte Fans, die treuesten Künstler-Kunden, wirkungsvoll organisiert.

Frau Rasch leitet einen der vier Jürgen-Drews-Hauptclubs. Die zentrale Leitung sitzt in München, den Unterbau bilden etwa 100 „normale" Clubs, in denen dann zwischen zwei und zweihundert Mitglieder registriert sind. Club-Auslands-Dependancen gibt es in Dänemark, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und Österreich. Das verbindende Zentralorgan der Jürgen-Drews-Club-Bewegung ist ein von der Zentrale verschickter Rundbrief. „Dort", so Christa Rasch, „steht alles drin, was es Neues über Jürgen zu berichten gibt." Ihr eigener Beitrag bestand aus der kompletten Radio-Luxemburg-Hitparade. „Ich hab' sie am Samstag am Radio mitgeschrieben, weil es ja interessant ist für alle Club-Mitglieder, wo Jürgen mit seiner Single steht." Einmal im Monat, am letzten Samstag, treffen sich die zehn Mitglieder des von Christa Rasch geleiteten Clubs. Bei Kaffee und Kuchen wird über alle Jürgen-Drews-Neuigkeiten geplaudert, dabei läuft - nonstop - die Langspielplatte „Zeit für meine Songs".

Still, es klingt Musik,
Still, dies ist das Glück.
Ich will dir alles von mir sagen,
Und du wirst mich ohne Worte verstehn.

„Bravo" schrieb kürzlich, wer so gut (wie Jürgen Drews) aussehe, brauche ja nicht gut singen zu können. „Das war gemein, denn das hat er gar nicht nötig. Jürgen kann anziehen, was er will, er sieht immer gut aus, aber er putzt sich nicht heraus, und er hat keine Starallüren."

Ich bin dein Freund
Und deine Schulter zum weinen Und du mein Haus;
Doch sind deine Träume mal nicht mehr die meinen,
Unser Glück hält vieles aus.

Im Club wird gemeinsam Lotto gespielt. Die vier Richtigen, der bisher höchste Gewinn, bedeuten für Jürgen Drews eine zusätzliche Geburtstagsüberraschung. „Wir haben ihm ein Hemd gekauft und einen Blumenstrauß und bei einem Konzert in Rendsburg überreicht." Wie überhaupt jedes Konzert besucht wird, das Jürgen Drews im Kreise der Les Humphries Singers gibt, und jeder Diskotheken-Auftritt verfolgt wird, den er als Solist absolviert. Aber langweilig wird selbst der fünfte oder sechste Auftritt mit gleichem Programm nie. „Das ist jedesmal etwas Anderes und immer wieder spannend."

Besondere Erinnerungen sind seine Auftritte in der „Schaubude" und Ilja Richters „DISCO". Deren Proben konnten die Club-Mitglieder live, die Sendung am Bildschirm verfolgen. Freilich, die Eintrittskarten - „wir nehmen immer Plätze in der ersten Reihe" - und die Reisen von Hamburg durch ganz Norddeutschland sind kostspielig. Frau Rasch: „Ich mache dafür auch keinen Urlaub; Jürgen und der Club sind mein einziges Hobby."

Keiner singt gern allein,
Komm zu mir, stimm mit ein, Dein Freund, bring ihn mit,
Und dann singen wir zu dritt.
Wir singen nur: Nanananananana, nanananananana

Es versteht sich, daß jedes Club-Mitglied jede Jürgen-Drews-Platte zu Hause hat. Auch die Les-Humphries-Pressungen und die - nur noch antiquarisch zu beschaffenden- Veröffentlichungen der Gruppe „Die Anderen" gehören dazu. „Die Lieder, die Jürgen singt, sind immer etwas Besonderes, sie haben Sinn und Verstand, sprechen jeden Typ an und sind auf keinen Fall Schnulzen. Jürgen würde nie ein Lied singen, von dem er nicht überzeugt ist; alles ist aus dem Leben gegriffen."

Heute bist du nicht wie sonst zu mir gekommen,
Freunde sagten, du hast einen reichen Mann genommen.
In der Zeitung sah ich dann das Bild von euch zwei:
In dem Arm die roten Rosen - daß du weintest, war zu sehn . . .

Christa Rasch ist durch ihre 18-jährige Tochter auf Jürgen Drews aufmerksam gemacht worden. „Seine nette und ehrliche Art habe ich sofort bewundert." Ihren Fan-Club gründete sie vor einem Jahr. Abends und am Wochenende beantwortet sie die Fragen der Mitglieder und Interessenten. Manche fragen nach Platten-Nummern oder Fernseh-Auftritts-Terminen, andere nach dem Lieblings-Essen: „Also, seine Lieblingsgerichte sind Rote Grütze und Hefeklöße in Vanille-Soße. Er trinkt gern Beaujolais und nascht gern Gummibären, Äpfel und Lakritzen." Auch während dieser Heimarbeit liegen die Jürgen-Drews-Lieder auf dem Plattenteller. „Ich höre sie immer und immer wieder, so oft ich nur kann am Tag, und finde sie immer wieder schön."

Einsamkeit ist wie ein Meer
Und dein Stolz ist eine Burgaus wenigem Sand,
Doch die Flut kommt bestimmt
Und dringt in deinen Traum;
Möwen schreien,
Du erwachst ganz allein,
Das tut weh.

Christa Rasch, Witwe und Mutter von sechs Kindern zwischen sieben und einundzwanzig Jahren, dirigiert ihren Fan-Club aus einem Miet-Reihenhaus in Hamburg-Neugraben. Die rührige Hauptclub-Leiterin hat erst vor kurzem dafür gesorgt, daß Jürgen Drews 10.000 Autogrammkarten unterschreibt: „Jürgen macht alles selbst, da gibt es keinen Schmuh." Außerdem hat sie ihren eigenen Club-Ausweis entworfen und drucken lassen, auch diesen hat der Jungstar bereitwillig unterschrieben. Ihre regelmäßigen Besuche bei der Plattenfirma bewirkten, daß „wir das Jürgen-Drews-Poster statt für fünf für eine Mark bekommen". (Herstellungspreis ca. 60 Pfennig.)

Wenn man noch weiß, daß eine Clubleitung Fans in Westafrika, Amerika und Australien informieren muß, daß ständig Fotoalben verschiedener Mitglieder weitergereicht werden müssen, die zum Selbstkostenpreis ihre Amateur-Aufnahmen von Jürgen Drews anbieten, daß die eigenen Aufnahmen in das zweite große Fotobuch eingeklebt werden müssen, daß Zeitungen durchgesehen und ausgeschnitten sein wollen, daß die Kontakte zu Club-Mitgliedern, Gesamtvorstand, Plattenfirma und natürlich Jürgen Drews selber nicht abreißen dürfen, wird verstehen können, daß kaum noch Zeit für andere Vergnügungen ist. „Wir schreiben zu jeder Hitparade, in der Jürgen Drews vorgestellt wird. Als er in der ZDF-Hitparade war, haben wir alle Stimmkarten angefordert, aber keiner hat eine bekommen, das ist nicht zu verstehen."

Geht mir was schief, gibt sie mir Mut,

Sie .sieht mir's an, sie kennt mich gut.

Doch sie scheint nicht zu fühlen,

Daß ich ein andres Mädchen mag,

Wie, wie .soll ich es .sagen . . .

Jürgen Drews, der Launenlose - „er ist nie ungehalten oder mürrisch, er ist immer nett und ehrlich" - ist nicht nur Sänger, sondern auch Schauspieler. In dem Film „Das Syndikat" spielte er neben Mario Adorf, Enrico Maria Salerno und Franco Fabrizi die vierte Hauptrolle, einen jungen Verbrecher. Der Film war in Hamburg eine Woche lang zu sehen. „Ich bin mit meiner Tochter jeden Tag hingegangen. Und ich finde es nichtrichtig, daß er nur eine Woche gezeigt wird, da haben wir ja gar nicht alle die Gelegenheit, Jürgen zu sehen." Frau Rasch will in dieser Angelegenheit noch mit der Verleih-Firma korrespondieren.

„Sinn der Sache ist", faßt Christa Rasch die Ziele des Fan-Clubs zusammen, „daß man dem Sänger in jeder Beziehung hilft. Wir wünschen uns, daß Jürgen bald einen großen Hit hat und einer der beliebtesten Sänger wird, dafür tun wir, was wir können." So könnte also durch die intensive Arbeit der Fan-Clubs der Schlagersänger Jürgen Drews zu Ansehen und Erfolg kommen. „Ja, sicher, aber er würde uns das nie vergessen."

Vertraue mir, glaub an mich,

Vergiß die Fragen;

Ich laß dich nie im Stich,

Denn wir sind eine Welt,

Wie kann in Tagen es sein, daß das Glück zerfällt.

„Ein Foto von mir", sagt Frau Rasch, „kann ich Ihnen nicht geben. Jürgen hat mir davon abgeraten, weil mich sonst die Leute überall erkennen." Das Familienoberhaupt weiß schon, was es sagt.

Konkret 01/75, S. 62

Post

Die ersten zwei Ausgaben des neuen KONKRET stellen genau das dar, was ich lange vermißt habe: eine gut gemachte, engagierte Zeitschrift, die ein wohltuender Gegensatz zu den entweder rechtsreaktionären oder scheißliberalen BRD-Presseerzeugnissen ist. Auch Leute wie Blüm sollten Sie weiterschreiben lassen, gerade kontroverse Standpunkte provozieren Denkanstöße.

Albrecht Piltz,

Bad Godesberg

Zu Eurem Neuanfang den Gruß und die besten Wünsche eines Zeit- und auch sonst Genossen. KONKRET wird gebraucht und mancher von uns hat es in den letzten Monaten vermißt, als Arbeitshilfe und als Korrektiv. Die Rechtsdrift unseres Landes, latent von der ersten Stunde an, wird immer klarer als Kurs und Ziel. Die Fragen des Genossen Gremliza an den „Genossen" Schmidt, so berechtigt sie waren, trafen den Falschen. Dieser Mann da oben ist nicht unser Mann, und auch die sozialdemokratischen Kollegen in den Betrieben sehen täglich mehr, daß dieser Mann das falsche Parteibuch in der Tasche hat. Und wenn Ihr ehrlich seid, Ihr wißt es auch. Tragt nicht bei zur Vernebelung, seid konkret im besten Sinne. Habt den Mut, Euer Parteibuch zu riskieren. Es geraten Sozialdemokraten auf die Anklagebank, die diesem Namen Ehre machen, und sie werden verurteilt von Leuten, die besser in der CDU aufgehoben wären.

Klaus D. Bufe,

Oberhausen

Das neue KONKRET ist die zur Zeit - neben „ran" - beste Zeitschrift in der BRD. Dem offenen Brief an Helmut Schmidt kann ich, selbst SPD-Mitglied, voll zustimmen. Holt den Gen. (?) Schmidt endlich von seinem hohen Roß runter! Er glaubt, nur weil er Bundeskanzler ist, kann er sich alles erlauben. Anstatt bei Wahlniederlagen, z.B. Hessen und Bayern, die Schuld bei sich zu suchen, schiebt er sie einfach auf „die Linken". Also: weiter so!

Rainer König,

Bemerode

Die Antwort an Helmut Schmidt zeigt Bemühen um ernsthafte Auseinandersetzung in Solidarität, ohne die Standpunkte zu verwischen. Ähnlich stelle ich mir die Intention hinter dem Streitgespräch von Steffen und Degenhardt vor, wenn die beiden auch sehr weit von einer solchen Haltung entfernt sind. Trotzdem sieht man gut das Verhältnis beider Parteien zueinander und ihre wunden Punkte: bei der SPD pansche Angst, Berührungsangst vor den Kommunisten, bei der DKP Unfähigkeit zu solidarischer Kritik der DDR.

Helmut Rudolph

Bonn

Das Auftauchen des neuen alten KONKRET auf dem Zeitschriftenmarkt wurde von uns in zweifacher Weise mit Freude aufgenommen. Erstens erscheint damit wieder eine linke Publikumszeitschrift, für die, angesichts der Rechtsdrift -nicht nur - ehemals linksliberaler Zeitschriften, ein dringender Bedarf besteht. Zweitens haben wir die Geschehnisse im alten Konkret sehr aufmerksam verfolgt und zum Anlaß für einen ins Grundsätzliche gehenden Artikel zur „Mitbestimmung und innere Pressefreiheit" genommen. Auf Euren Kampf bezogen haben wir damals u.a. geschrieben, „die solidarisch um Mitbestimmung kämpfende, vor Streikmaßnahmen nicht zurückschreckende KONKRET-Redaktion hat sich einstweilen durchgesetzt. Es besteht die Chance einer Wendung zur profiliertem „linken Journalismus". Unsere Hoffnung auf eine Wendung zu profiliertem linken Journalismus hat durch Euer Experiment wieder Nahrung gefunden.

Willi Filla,

Wien

Ich halte es für sehr wichtig, wenn weiterhin Leute vom Schlage des Norbert Blüm zu Wort kommen; habe das begrüßt, weil ich auch der Meinung bin, eine Zeitschrift kann eine bestimmte Richtung oder Zielsetzung haben, ohne daß gleich nur Vertreter dieser Richtung darin publizieren.

Michael F. Kessler,

Schwalbach

Daß der Forum- und Diskussionscharakter der Zeitschrift durch die Konfrontation konträrer Positionen und die Hereinnahme von Autoren, die aus sehr unterschiedlichen weltanschaulichen Grundlegungen linke Politik vertreten - von Blüm über Steffen bis Abendroth und Degenhardt - hervorgehoben wird, ist ein positiver Ansatz zur Diskussion demokratischer Positionen über formelle Parteigrenzen hinweg.

Hans-Detlev Kirchbach,

Köln

Ich habe keine Angst vor Helmut Schmidt, aber das Bild ist ja zum Grausen: Mit etwas Schwarz (Haare, Augenbrauen und Bart) ließe sich leicht ein „Führer"-Konterfei zeichnen . . .Ärgerlich stimmt mich die Taktik (?), Herrn Blüm als Rechts-Feigenblatt zu benutzen. Herr Blüm will doch die Liberalen nur vom Fahrrad holen, um selber fahren zu können. Aber ans Steuer wird er wohl kaum gelassen - höchstens im Wahlkampf oder bei Ihnen. Es ist doch einfach unverantwortlich, die Stellung und das Selbstverständnis der Kirchen mit dem Hinweis auf (ein paar) Nonnen oder den öffentlich-rechtlichen Charakter von Verkehrsbetrieben zu bagatellisieren. Erinnert er sich nicht an massive Eingriffe von „Kirchenfürsten" in die Diskussion zum § 218? Weiß er nicht um den Einfluß der Kirche auf die Schule? Wie läßt es sich mit dem christlichen Standpunkt vereinbaren, wenn Herr Carstens öffentlich laut denkt, ob man Bürgern in Untersuchungshaft, die sich im Hungerstreik befinden, den Tod „erlauben" solle, andererseits die Willensfreiheit der Mutter über eine Schwangerschaftsunterbrechung nicht anerkennt und dazu noch mit dem Grundgesetz argumentiert, das ja gerade den Bürger vor Eingriffen des Staates in seine Rechtssphäre schützen soll, wenn Herr Strauß von Roten Ratten und Herr Köppler vom Roten Spuk spricht? Das sind die Herren, die Angst vor Herrn Schmidt, Herrn Brandt und den Sozialdemokraten haben, und im „Rechtskartell" mit allen Mitteln versuchen, an die Macht zu kommen.

Joachim Steier,

Dortmund-Dorstfeld

In der letzten Ausgabe von KONKRET ist eine Kritik von Hartmut Schulze zu unserer Ausstellung „Die Kunst im Dritten Reich - Dokumente der Unterwerfung" erschienen. Da wir grundsätzlich die Arbeit Ihrer Zeitung für wichtig ansehen, bedauern wir umso mehr, daß dieser Artikel ein wenig schnellhändig aus dem Katalog der Ausstellung, dem Buch von Berthold Hinz und verschiedenen anderen Zeitungskritiken zusammengeschrieben wurde. Wenn im Ausstellungsbetrieb der BRD gelegentlich, was selten genug ist, politisch inhaltliche Arbeit versucht wird, so sollte von einer Zeitung, die selbst bemüht ist, politisch aufklärend zu arbeiten, solche Ansätze ernster genommen werden.

Dr. Georg Bussmann,

Frankfurter Kunstverein

Konkret 01/75, S. 63

Radikalauer

Tom Mots

Mit seinem Urteil entsprach das Gericht dem Antrag der „Bild"-Zeitung.

Die Freien Demokraten müssen sich jetzt mit dem Kirchenpapier abwischen.

Unrichtig ist, daß der Untersuchungshäftling ermordet wurde. Richtig ist: Er wurde gestorben.

In Washington wird die Gründung einer unabhängigen Republik Fordkorea geplant.

Zu schade, daß diese Idee schon früher verwirklicht wurde: aber der Bau neuer Autobahnen wäre wirklich ein hervorragendes Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wer da sagt, die Bundes-CSU sei tot, der vergreift sich am ungeborenen Leben.

Heißt es nun immer Bande, oder darf man auch 'mal Union sagen'?

„Allein der Abschreckungseffekt dieser Waffe", sagte der Erfinder des Bumerangs, „wird künftige Kriege ausschließen."

Vorsicht, Typhusgefahr: Erst schießen, dann die Hand geben.

Er war Krebsarzt. Das konnte man schon an seinem seitlichen Gang erkennen.

Für ein Anfangsgehalt von 1600 Mark, so zitierte die „Welt" einen arbeitslosen Akademiker, wolle er nicht arbeiten, denn diese Summe verdiene ja schon ein Müllarbeiter. Und so beziehe er lieber Arbeitslosengeld, das von den Beiträgen der Müllwerker finanziert wird.

„Mein Ohrensausen", sagte der Präsident der RAF/AOK, „ist eine Machenschaft des Großkapitals."

Der Architekt Spille, so meldet die „Zeit', will die „Verkrustung des Wohnstumpfsinns" aufbrechen. Ja, die Verkrustung wird aufgebrochen. Der Stumpfsinn bleibt.

Er ging seinen Weg durch Bonn stur geradeaus - mit kleinen Abweichungen nach links und rechts, je nachdem, was geboten wurde.

Wenn Herbert Wehner eine Kirche betritt, erwarten die Leute von ihm ein Solo an der Stalin-Orgel.

Nostalgie: Wir warten auf die Ausstellung „Die schönsten Todesurteile der NS-Zeit und ihre Schöpfer heute".

Als Professor Carstens einmal in Moskau übernachtete, da fand er in seinem Hotelbett eine Wanze und sprach verwundert: „Ich dachte, der BND betreibt nur Inlandsaufklärung."

Er stellte sich auf die Straße, schrie „Heil Hitler" und wartet seither auf die Großfahndung der Bundesanwaltschaft.

Hintermänner

Wer bisher häufig das Gefühl hatte, hinter ihm stünde einer, der kann beruhigt sein. In Zukunft werden nämlich hinter jedem Bundesbürger neun andere stehen, und zwar je ein Vertreter des Parlaments, der Polizei, des BGS, des BND, des MAD, des Verfassungsschutzes, der örtlichen Bürgerwehr und der Gesellschaft für antiterroristische Umtriebe sowie ein neutraler Spitzel.

Wie der Münchner Psychologie-Staatsanwalt Sechser auf Anfrage versicherte, soll sich der Bundesbürger im Kreise dieser ständigen Begleiter nicht mehr so einsam fühlen, wodurch seine innere Sicherheit beträchtlich erhöht wird. Sollte er dennoch unruhig werden, kann er - das ist das Schicksal jedes Zehnten - erschossen werden.

Gerhard C. Krischker

flüchtigkeit

büchner steckbrieflich
gesucht
heine nach paris
vertrieben
freiligrath nach london
herwegh nach
und fallersleben nach
und und und

deutschlands demokratische dichter
kennt man hierzulande

nur flüchtig

sancta Justitia

der schlagende beweis meiner unschuld

wurde wegen tätlichkeit des gerichtsaals verwiesen

deutsch gesprochen

kriegen
heißt hier soviel wie
bekommen

bombe
soviel wie
großer erfolg

kanone
soviel wie
meister in seinem fach

zum totlachen

ungerächt

warum eigentlich
immer nur
den lukas hauen

markus und matthäus und johannes

sind auch
zur verantwortung
zu ziehen

finde ich

zuviel des guten
(meinen eltern)

sie haben alles für mich getan

jetzt schämen sie sich auch noch für mich